DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

342 30. JAHRGANG März 2013 4,50 €

AUS DEM INHALT:

KONGRESS

Über 600 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Bewegungen diskutierten am letzten Januar-Wochenende in den über 20 Workshops des »Stuttgart Open Fair«-Kongresses über den Einstieg in eine zukunftsfähige Weltgesellschaft. Mit dem Motto »Endstation – alle einsteigen!« wollten die Veranstalter zu einem Richtungswechsel in vielerlei Hinsicht einladen. Das Ziel: »Wie sieht heute und morgen gutes Leben für Alle aus?« Seite 3

BILDUNG

Im Spätsommer soll in Bremen der »Libertäre Bildungskongress« stattfinden. Geplant ist das Ereignis für 50-60 Menschen aus einem breiten Spektrum emanzipativer Perspektiven. In einer Bremer WG-Küche entstand dazu unser Interview auf Seite 4.

UMSONSTÖKONOMIE

Das Plädoyer »Geld und Eigentum – abschaffen! Und warum das noch lange nicht reicht!« ist ein Versuch, die Praxis von Umsonstökonomie mit Theorie zu verbinden. Unser Text basiert einerseits auf Erfahrungen vor allem aus umsonstökonomischer Praxis, aus widerständigem Leben und aus dem Reproduktionsbereich. Andererseits wird Theorie reflektiert und in teils neue Zusammenhänge gestellt. Seite 5

SELBSTORGANISATION

Mag Wompels »Plädoyer für antizyklische, aber alltägliche Blockade der Unternehmens- und Wirtschaftsziele« erschien zuerst in der Graswurzelrevolution vom April 2009 und wurde für CONTRASTE aktualisiert. In ihrem Artikel liefert sie nicht nur eine plastische Begriffsklärung, sondern rückt auch den Alltag als Feld sozialer Kämpfe in den Blick. Seite 6

POLITIKWISSENSCHAFT

Die Debatte über die Piratenpartei fand und findet vor allem im Netz und in den Tageszeitungen statt. Die Literaturlage, was Bücher über die Piraten angeht, ist erstaunlicherweise immer noch sehr überschaubar. Oskar Niedermayers Buch versammelt zu einem für einen Wissenschaftsverlag ungewöhnlich niedrigen Preis 13 Artikel von insgesamt 12 AutorInnen. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Das Modell Genossenschaft ist nicht nur altbewährt, sondern derzeit einer der wesentlichen Treiber für die Energiewende. 600 Genossenschaften gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik, die sich diesem Projekt widmen. Die meisten Energiegenossenschaften bauen und betreiben eigene Kraftwerke oder verkaufen Strom. Unsere Beispiele aus Berlin und Wolfhagen auf Seite 13.

www.contraste.org

SCHWERPUNKTTHEMA

Selbstbestimmt Arbeiten

»Hauptsache irgendeine Arbeit, egal welche!« fordern die einen. »Arbeit muss auch Spaß machen, die persönliche Entwicklung fördern und gesellschaftlich sinnvoll sein« meinen die anderen – und häufig sind es die gleichen Menschen, die nach einigen Jahren vergeblicher Jobsuche resigniert von der zweiten zur ersten Aussage übergehen. Die Widersprüche in der auslaufenden Arbeitsgesellschaft werden immer größer, gleichzeitig nimmt auch die soziale Spaltung zu, die Reichen werden reicher, während die niedrigen Einkommensschichten es zunehmend schwerer haben, auch nur ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Foto: http://mayday-wien.org

Von Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz ● Während die einen unter Überlastung stöhnen und Burnout zur Volkskrankheit wird, leben die anderen unter prekärsten Bedingungen von der Hand in den Mund. Der Umgang mit Arbeitslosen wird umso repressiver, je höher die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Wirtschaftskrise hat die Situation noch einmal verschärft. Zur Überwindung der Krise wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefordert, die meisten davon können aber kaum ihren Mann oder ihre Frau ernähren.

Schon seit den Anfängen des Industriekapitalismus, seit entfremdete Lohnarbeit zur Norm wurde und nur das als »Arbeit« galt, was zur Kapitalvermehrung beitrug, gab es auch Widerstand gegen diese Entfremdung und Experimente mit Alternativen. Das Streben nach Autonomie in der Arbeitswelt, das in den 70er Jahren viele selbstverwaltete Projekte auf den Weg brachte, wurde oft genug vom System vereinnahmt. In der neoliberalen Ausprägung des Kapitalismus ist Autonomie eine Grundanforderung an Arbeitskräfte, die vor allem zu vermehrter Selbstausbeutung führt.

Auf der Suche danach, was Autonomie unter diesen Umständen bedeuten könne, gingen viele Ideen und Diskurse der letzten Jahre über eine demokratische Form der Arbeits- und Betriebsorganisation hinaus, hin zu grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Arrangements. Sie beziehen auch die Verteilung von Reichtum und Arbeit in ihre Überlegungen mit ein, fordern die Entkopplung von Arbeit und Einkommen oder stellen den Begriff »Arbeit« grundsätzlich in Frage.

Michael Albert hat mit »Participatory Economy« (Parecon) ein Modell der Wirtschaftsdemokratie entwickelt, in dem weder Markt noch bürokratische Planung vorgeben, was produziert werden soll und wie viel konsumiert werden darf, sondern die Produzierenden und Konsumierenden sich selbst untereinander absprechen. Dieses Modell wird in unserem Schwerpunkt vorgestellt und von Christian Siefkes, Autor von »Beitragen statt Tauschen« und Proponent der Peer-Produktion, kritisch kommentiert.

Das Modell »Neue Arbeit« von Frithjof Bergmann wurde in der vorletzten CONTRASTE-Ausgabe (Nr. 340) vorgestellt. Das »Otelo«, über das wir in dieser Ausgabe berichten, hat diese Idee in den ländlichen Raum in Oberösterreich transportiert.

Vor allem Frauen weisen darauf hin, dass ein großer Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit nicht in Form von Erwerbsarbeit, sondern unbezahlt erbracht wird. Sie fordern, diese Sorgetätigkeiten gleich zu bewerten wie die bezahlte Arbeit, sowohl finanziell als auch was den sozialen Status betrifft. Frigga Haug geht in der Vier-in-einem-Perspektive noch einen Schritt weiter. Sie bezieht auch Eigenarbeit und gesellschaftliches oder politisches Engagement in den Arbeitsbegriff mit ein und plädiert im CONTRASTE-Interview für eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, »damit alle genug Zeit haben, sich der sozialen fürsorgenden Praxen ebenso anzunehmen, wie sich selbst zu entwickeln und politisch tätig zu sein«.

Andere kritisieren gerade, dass immer mehr unter dem Begriff »Arbeit« subsumiert wird und betonen die Qualität der Tätigkeiten und sozialen Beziehungen, die außerhalb der Arbeitswelt angesiedelt sind. Wenn Menschen, etwa durch ein Grundeinkommen, von Erwerbsarbeit unabhängig wären, dann könnten sie sich selbstbestimmt jenen Tätigkeiten zuwenden, die sie wirklich befriedigen und hätten auch ausreichend Zeit für Muße. Konzepte wie die Peer Produktion oder die Subsistenz-Perspektive stellen Geld und Tausch grundsätzlich in Frage. Nicole Lieger und Brigitte Kratzwald skizzieren Visionen eines Lebens jenseits der Lohnarbeit.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

Konto: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit
Bank: Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel
BLZ: 210 602 37, Kto.: 234 389

WWW.BUKO.INFO

BREITE SOLIDARITÄT GEGEN ZWANGSRÄUMUNG IN BERLIN-KREUZBERG

»Die Häuser denen, die drin wohnen«

Am 14.2. um 9 Uhr war die Zwangsräumung der Wohnung von Familie Gülbol angesetzt. Die fünfköpfige Familie lebte seit Jahrzehnten in der Lausitzer Straße. Ein Mietrechtsstreit war für den Vermieter Anlass, der Familie zu kündigen.

Von Antonia Schui, Redaktion Berlin ● In den Wintermonaten hatten AktivistInnen die geplante Räumung bereits zweimal verhindert. Aufgrund der Präsenz von NachbarInnen war die Gerichtsvollzieherin beim ersten Versuch gleich wieder gegangen, der zweite Termin kam erst gar nicht zustande (s. CONTRASTE Nr. 340, S. 4).

Ab 6 Uhr sperrte die Polizei ganze Straßenzüge ab und inszenierte ein bürgerkriegsähnliches Szenario. Noch bei Dunkelheit knatterte ein Hubschrauber am Himmel, der U-Bahnverkehr war unterbrochen. Dennoch schafften es 400 Personen vor den Hauseingang der Lausitzer Straße 8, bei Minustemperaturen saßen sie auf dicken Pappen. NachbarInnen reichten Tabletts mit Brötchen, Transparente in den Fenstern zeigten Solidarität der AnwohnerInnen. Lautstark wurde »Die Häuser denen, die drin wohnen« gerufen.

Und doch ist es nicht gelungen, die Räumung zu verhindern. Die Gerichtsvollzieherin kam schließlich über einen Hinterhofkomplex durch die Wiener Straße in das Gebäude. Mit 400 PolizistInnen, diversen Tricks, Hubschrauber und Pfefferspray siegten die Interessen des Hausbesitzers – auf Kosten der Allgemeinheit. Und doch war die Aktion ein großer Erfolg.

Zwangsräumungen gehen in der Regel lautlos vonstatten – viele Betroffene sehen Mietschulden als ihr individuelles Problem. Eine Sicht, die Profiteuren nutzt, Teil der neoliberalen Selbstbestimmungs-Ideologie ist und folgende Prozesse ausblendet: Leute mit niedrigerem, zunehmend auch mittlerem Einkommen, unter ihnen viele Alleinerziehende, müssen ihr Zuhause für Wohlhabende räumen. Einigen bleibt nach der Räumung die Möglichkeit, mit Verwandten in beengten Verhältnissen zu leben. Andere ziehen in Außenbezirke, fernab ihres vertrauten Umfelds. Mit dem Verlust der Wohnung beginnt für viele die Obdachlosigkeit. Besonders MigrantInnen sind von Verdrängung betroffen. Abmahnungen, die gezielt an ZuwanderInnen versendet werden, sind Teil einer rassistischen Praxis, die zu erzwungenen Räumungen führen kann. Trotz der politischen Brisanz gibt es kein öffentliches Interesse am Thema.

Am Tag dieser Räumung war das ganz anders. Ali G., der die Situation offensiv thematisierte, schuf im Vorfeld bereits eine Basis für Solidarisierung und mediales Interesse. Dass der »Kampf erst beginne«, war seine mutige Botschaft nach der Räumung.

Zeichen eines politischen Aufbruchs ist auch die Heterogenität des Protests. Leute unterschiedlicher Herkunft, aus diversen sozialen und kulturellen Kontexten, ziehen an einem Strang. Personen aus dem linken Spektrum, engagierte MieterInnen, GentrifizierungskritikerInnen, KiezbewohnerInnen und solidarische NachbarInnen werden gemeinsam aktiv.

Gut möglich, und sehr naheliegend, sind nun auch internationale Vernetzungen gegen Verdrängung. So ist auch Südeuropa, vor allem Spanien, in Folge der Wirtschaftskrise mit Zwangsräumungen konfrontiert. Parallelen gibt es auch zu Entwicklungen in anderen Kontinenten. Ende Januar protestierten Tausende in mehreren Städten Brasiliens gegen die mit brutalen Mitteln erzwungene Räumung des Armenviertels Pinheirinhos im Bundesstaat São Paulo.

Auch in Berlin zogen DemonstrantInnen vor die brasilianische Botschaft, um Solidarität mit Penheirinhos zu zeigen; die BewohnerInnen hatten das Gelände vor acht Jahren besetzt.●

INTERN

Neue Druckerei, neue Kosten, neues Layout

Den einen oder anderen LeserInnen in Wohn-, Lebens- oder Arbeitsgemeinschaften wird es vielleicht schon positiv aufgefallen sein – seit der Februarausgabe lässt sich die Zeitung einfach in zwei Zeitungsteile – fachsprachlich »Zeitungsbücher« – teilen und damit komfortabler mit anderen gemeinsam lesen. Diese Neuaufteilung der gefalzten Druckbögen ist durch den Wechsel in unsere neue Druckerei produktionsbedingt notwendig gewesen, für eine Beibehaltung des Druckes in einem Buch würden aus technischen Gründen weitere 100 EUR Mehrkosten entstehen, die den Druck unnötig verteuern würden. Eine Erhöhung der Druckkosten von 125 EUR im Monat ließ sich durch den Wechsel zur Freiburger Druckerei leider ohnehin nicht vermeiden.

Redaktion Heidelberg ● Die neue Produktionsweise erfordert es, dass einige Seiten einen neuen Platz erhalten, denn der Schwerpunktteil auf den bisherigen Seiten 7 bis 10 lässt sich nun nicht mehr als gesonderter Innenteil dem Rest der Zeitung entnehmen und eine Trennung unseres Schwerpunktthemas auf zwei »Bücher« ist nicht sinnvoll. Nach gemeinsamer Beratschlagung befanden die Redaktionen, dass eine Verschiebung des Schwerpunktes auf das zweite Buch sinnvoll ist. Die Schwerpunktseiten werden ab der April-Ausgabe deshalb auf den Seiten 11 bis 14 stehen.

Wie in der letzten Ausgabe bereits erwähnt, haben sich die Druckkosten um 125 EUR im Monat erhöht, beim Vertrieb sind die Kosten glücklicherweise nicht wie befürchtet gestiegen, sondern doch gleich geblieben und sehr froh sind wir nach der Vertriebspanne im Januar darüber, dass der Vertrieb durch die Freiburger Druckerei professionell und reibungslos verlaufen ist.

Die unvermeidbaren Mehrkosten von 125 EUR pro Monat bedeuten, dass eine Summe von 1.250 EUR in diesem Jahr zusätzlich zu schultern ist und wir unser bisheriges Spendenziel für 2013 auf 3.639 EUR korrigieren müssen. Beim Spendenziel wurden die neu hinzugekommenen Abos und die unten aufgelisteten Spenden in Höhe von 403 EUR berücksichtigt.

Im kurzen Monat Februar gab es sieben neue Abos, ein Onlineabo sowie die Umwandlung eines bisherigen Abos in eine Fördermitgliedschaft über 100 EUR. Leider aber auch wieder die Kündigung einer Fördermitgliedschaft über 100 EUR, ein Geschenkabo lief aus und zwei Abos mussten nach intensiven, sehr einseitigem Schriftwechsel eingestellt werden.

Unter Berücksichtigung der o.g. Mehrkosten benötigen wir nun noch 130+ Abos, um auch ohne Spenden wirtschaftlich arbeiten zu können.

RICHTIGSTELLUNG

In unserer Ausgabe vom Februar 2013 beschrieb Claudia Herbst ihren Ausstieg aus der Kommune Lossehof. Im abgedruckten Nachtrag zur Aktualisierung ihres Beitrages schrieb sie: »Ein Kommunarde hat sich bei der CONTRASTE-Redaktion gemeldet, um gegen das Erscheinen dieses Artikels vorzugehen.« Das ist sachlich falsch. Richtig ist, dass ein Kommunarde vorab eine Mail geschrieben und angefragt hatte, ob die Kommune zeitgleich mit dem Erscheinen von Claudias Artikel eine Stellungnahme dazu verfassen könnte. Die CONTRASTE-Redaktion hatte damals entschieden, den Beitrag ohne eine Stellungnahme abzudrucken, sondern diese auf eine spätere Ausgabe zu verschieben. Die Artikelserie über die Weiterentwicklung der Kommune Lossehof wird im Mai 2013 fortgesetzt.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2013

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2013: 3.639 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 130+ Neuabos

Die Spenden:

- Simon Trimpin, Sandhausen (15 EUR)
- Michael Faulhaber, Korbach (68 EUR)
- Solidinner de luxe von Bambiguerilla, Berlin (75 EUR)
- Reinhard Bach, Koblenz (20 EUR)
- Sabine Ellersick, Düsseldorf (55 EUR)
- Britta Stamm und Markus Wolf, Hamburg (100 EUR)
- Luzie U. Wingen, Großbritannien (50 EUR)
- N.N., Köln (20 EUR)

Herzlichen Dank!

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 EUR.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

elis.corner

Körperliche Arbeit

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Als Jugendliche habe ich mal für ein paar Wochen bei Assugrin am Fließband gearbeitet: Süßstofftabletten in weiße Behälter einfüllen, die wie kleine Sektkelche geformt waren, und dann einen roten Deckel drauf. Zusammen mit anderen Ferienarbeiterinnen (am Band haben »natürlich« nur Frauen gearbeitet) habe ich mir einen Spaß daraus gemacht, Liebesbriefe oder Zettel mit irgendwelchen Sprüchen mit einzupacken. Später stand ich vier Wochen bei Rausch am Fließband und habe Pralinen verpackt. Wir Arbeiterinnen durften davon essen, soviel wir wollten – der Appetit verging mir bald, spätestens als eine Schokoladenmaschine auslief, und ich die riesige, kackbraune Pfütze auf dem Boden sah.

Nach dem frühen (vorläufigen) Ende meiner Schullaufbahn ging es wieder in die Fabrik. Im Akkord sollte ich irgend welche technischen Teile löten. Mir wurde schnell klar, dass ich keinerlei Chance hatte, durch besondere Leistung über den Minimallohn zu kommen. Der war so niedrig, dass ich es nur als gerecht empfand, einen Teil meiner Arbeitszeit damit zu verbringen, mit der Herstellung von Schmuck zu experimentieren. Was ich nicht wusste: Mein Arbeitsplatz wurde mit einer Kamera überwacht. Es verlief alles ganz unspektakulär und ich wurde einfach fristlos entlassen.

Gemeinsam mit einigen WG-MitbewohnerInnen begann ich, als junge Kommunistin auf der Straße zu agitieren. Weil ich Geld brauchte, ging ich in die nächste Fabrik, mit dem festen Vorsatz, nicht nur für meinen Lebensunterhalt zu sorgen, sondern den ArbeiterInnen auch zu erklären, dass sie ausgebeutet werden. Im Kabelwerk Ehlers wurden Innereien für Computer hergestellt. Die waren größer als Waschmaschinen und konnten weniger als spätere Taschenrechner. Als Kabelformerin hatte ich einen der bestbezahlten Frauenarbeitsplätze, wieder im Akkord, und es war eine interessante Erfahrung, unter den Augen der REFA-Zeitnehmer möglichst langsam zu arbeiten, um nicht die Akkordvorgaben hochzuschrauben. Die Pläne, nach denen wir Kabelbäume gefertigt hatten, wurden durch Kassettenrekorder mit Fußschalter ersetzt. Nach fünf Stunden war das Tagespensum geschafft, Zeitunglesen ging natürlich nicht, und ich empfand es anstrengender, die Leerzeit mit scheinbarer Geschäftigkeit zu füllen, als wenn ich wirklich etwas zu tun gehabt hätte.

Zwischendurch musste ich immer mal wieder an anderen Arbeitsplätzen einspringen, und das erledigen, was sonst deutlich schlechter bezahlte Kolleginnen machten. Zum Beispiel Kabel zuschneiden oder an einer Maschine Kabelschuhe anschlagen, zack-zack-zack, schnell und laut, den ganzen Tag. Wie konnten Menschen das über Wochen, Monate, Jahre aushalten? Ich war schon in der Mittagspause ganz erschöpft, und hatte Sehnsucht nach meinen privilegierten Kabelbäumen. Zu meinem großen Erstaunen nahmen die Kolleginnen meine revolutionären Sprüche mit großer Gelassenheit. Ich erzählte ihnen nichts Neues, natürlich wurden sie ausgebeutet. Gerade war »Ihr da oben, wir da unten« von Berndt Engelmann und Günter Wallraff erschienen, sie nahmen das hin wie ein Naturgesetz. Die meisten von ihnen hatten nie die Absicht gehabt, lange in der Fabrik zu bleiben. Die einen wollten für ein neues Auto dazuverdienen, die anderen sich eine Kücheneinrichtung erarbeiten oder mithelfen, die Raten fürs Eigenheim abzuzahlen. Alle waren schon viele Jahre dort, irgendwie hängen geblieben. Nach eineinhalb Jahren bekam ich Angst, dass es mir genauso ergehen könnte, und ich kündigte.

Nach einigen sehr angenehmen Monaten bei einem Zahntechniker, der mir einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz anbot, habe ich mich gegen ein Leben als Handarbeiterin entschieden und den Zweiten Bildungsweg eingeschlagen. Nur in den Ferien ging ich noch eine Zeit lang in einer Druckerei jobben oder Taxifahren. Geblieben ist mir eine große Wertschätzung für diejenigen, die unter Einsatz ihres Körpers all das ermöglichen, was mir das Leben angenehm macht, und ein Unbehagen über die Ungerechtigkeiten, die mit dieser Arbeitsteilung zusammenhängen.●

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon unten auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Unser Spendenkonto siehe Kasten auf dieser Seite (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ALTERNATIVER MEDIENPREIS 2013

Kritische JournalistInnen gesucht

Zum 14. Mal sucht die Jury nach unkonventionellen Bewerbungen für den Alternativen Medienpreis. JournalistInnen können sich in den Sparten Internet, Print, Audio und Video bewerben. Zu gewinnen gibt es acht mit je 500 Euro dotierte Preise. Die feierliche Preisverleihung findet am 26. April 2013 in der Nürnberger Akademie, Gewerbemuseumsplatz 2, statt. Bewerbungsschluss ist der 15. März 2013.

Redaktion Heidelberg ● Ausdrücklich erwünscht sind Beiträge, die gesellschaftliche Missstände kritisch durchleuchten und Themen aufgreifen, die von den großen Medien vernachlässigt werden. Darstellungsformen, Formaten und Themen der Publikationen sind keine Grenzen gesetzt. JournalistInnen können sich sowohl mit Beiträgen aus nichtkommerziellen wie auch etablierten Medien, die neue Ansätze unkonventionell aufgreifen, bewerben. Die Jury berücksichtigt unterschiedliche technische und finanzielle Produktionsbedingungen.

Schon zum zweiten Mal kann man sich für den »Sonderpreis Medienkritik« bewerben. Stifter ist das Projekt »Zweite Aufklärung«, ein Forum für Medienkritik und Gesellschaftsentwürfe. Die Ausschreibung richtet sich an AutorInnen, deren Beiträge zu neuen Entwicklungen in der Medienlandschaft kritisch Stellung beziehen, ihre gesellschaftliche Wirkung beleuchten oder Fehltritte und Fehlentwicklungen der Medien aufdecken. Der Sonderpreis ist mit 500 Euro dotiert.

Wer teilnehmen will, meldet sich online per Formular unter www.alternativermedienpreis.de an. Hier gibt es die Informationen zum Wettbewerb. Die Wettbewerbsbeiträge können online oder per Post an Nürnberger Medienakademie, c/o Stiftung Journalistenakademie, Alternativer Medienpreis, Arnulfstr. 111-113, 80634 München eingesandt werden.●

8. STUTTGART OPEN FAIR

Endstation: Alle einsteigen!

Über 600 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Bewegungen diskutierten am letzten Januar-Wochenende in den über 20 Workshops des »Stuttgart Open Fair«-Kongresses über den Einstieg in eine zukunftsfähige Weltgesellschaft. Mit dem Motto »Endstation – alle einsteigen!« wollten die Veranstalter zu einem Richtungswechsel in vielerlei Hinsicht einladen. Das Ziel: »Wie sieht heute und morgen gutes Leben für Alle aus?«

Von Peter Streiff, Red. Stuttgart ● Die über 70 beteiligten Gruppen aus der Stuttgarter Zivilgesellschaft stellten die Frage, ob wir in globalen Krisen, im Überkonsum, in der sozialen Spaltung und im Demokratienotstand schon an der Endstation angekommen sind. In den Workshops wurden vielfältige Lösungsansätze vorgestellt und gemeinsam diskutiert – von ganz praktischen Fragen des Einkaufsverhaltens im Alltag, über anderen Umgang mit Geld, solidarisch organisierter Landwirtschaft bis zur Mitbestimmung im Gemeinwesen.

Farbe bekennen

Ein besonderes Highlight war die Podiumsdiskussion »anders wachsen«, in der VertreterInnen unterschiedlicher Weltreligionen und Weltanschauungen das Wachstumsproblem behandelten. Vertreter christlicher Kirchen trafen die selbstkritische Einschätzung, das Christentum müsse sein Verhältnis zur Natur ändern und dem Bewahren der Schöpfung mehr Raum geben. Mit hinduistischen und muslimischen GesprächspartnerInnen waren sie sich einig, dass auch der Begriff Umwelt falsch sei, denn es müsse von Mitwelt gesprochen werden, die genauso Rechte habe.

Eine Absage erteilte das Podium den Versuchen, Wachstumskritik und soziale Gerechtigkeit gegeneinander auszuspielen, »denn Wirtschaft braucht Alternativen zur falschen Vorstellung vom grenzenlosen Wachstum«, wie Dr. Ulrich Börngen aus dem Aufruf namens »Stuttgarter Wachstumskritik« an politisch Verantwortliche zitierte. Das Ende des Wachstumswahns stelle die Verteilungsfrage neu, Arbeit und Einkommen müssten neu verteilt und eine Umverteilung von oben nach unten eingeleitet werden.

Aufbau von Bewegungen

Der Kongress blickte nicht nur auf die Probleme in der Welt, sondern auch auf die internen Fragen der sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. In der Auftaktveranstaltung am Freitagabend im Forum3-Theater provozierte der israelische Philosoph Dr. Yeshayahu Ben Aharon mit der These, dass im sozialen Aktivismus die Gefahr einer Umkehrung drohe: »Sobald Bewegungen vom Kampf gegen einen gemeinsamen ‘Gegner’ zu gemeinsamen positiven Zielen übergehen, beginnen sie, sich gegenseitig zu bekämpfen.« Parallel zum nach außen gerichteten Aktivismus müsse auch nach innen gearbeitet und unbewusste Motive aufgedeckt werden, bevor äußere Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel das Erlangen politischer Macht, dazu führen, dass diese sich zerstörerisch auswirken können.

In verschiedenen Workshops am Samstag wurden dann auch Aspekte des Aufbaus der zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Stuttgart diskutiert, darunter die neu gegründete Stuttgarter Bewegungsplattform sowie die Vorbereitung des europäischen Forums gegen unnütze Großprojekte. Zu diesem Forum Ende Juli in Stuttgart werden Gäste aus dem Val di Susa (I) und vom Widerstand gegen das Flughafenprojekt in Notre Dame des Landes (F, vgl. CONTRASTE 341) erwartet.

Globale Verantwortung

In weiteren Workshops diskutierten die TeilnehmerInnen verschiedene Aspekte der globalen Krisen. Die Themen Regenwald-Abholzung und Anbau von Gensoja in Brasilien sowie Auslagerung der energieintensiven Aluminiumproduktion für die deutsche Automobilindustrie brachte beispielsweise der Poema-Workshop anschaulich zusammen – unter dem Titel »fürs Schnitzel brennt der Regenwald und fürs Auto wird geflutet«.

Eine Delegation der Gesellschaft »Kultur des Friedens« berichtete von den aktuellen Demonstrationen in Kairo, da einige AktivistInnen wenige Wochen vor dem SOFa-Kongress von einer Ägypten-Reise zurückkehrten. Die Demokratiebewegung in den nordafrikanischen Ländern und insbesondere der Bezug zum Weltsozialforum in Tunis wird am großen »WeltSTATTMarkt« (vgl. Kasten) Thema sein. Sihem Bensedrine, eine der bekanntesten Oppositionellen in Tunesien, wird den Markt eröffnen und über die aktuellen Entwicklungen mit den StuttgarterInnen diskutieren.

Auf die Frage, was sie sich als Unterstützung in ihrem Demokratie-Prozess in Tunesien von Seiten der Europäer wünsche, antwortete sie Anfang Februar kurz vor der Ermordung des Oppositionsführers Chokri Belaid: »Länder, die zuvor die Ben-Ali-Diktatur unterstützten, müssen jetzt Verantwortung gegenüber Tunesien übernehmen. Sie können uns beim Aufbau der Demokratie begleiten, indem sie damit beginnen, die Entscheidungen der tunesischen Wähler zu respektieren und begreifen, dass der Prozess Zeit in Anspruch nehmen wird. Solange Europa das Problem der Migrantenströme ausschließlich vom Aspekt der Sicherheit betrachtet, wird es keine angemessenen und dauerhaften Lösungen finden. Wir wissen, dass ein Erfolg unserer Demokratie sich positiv auf unsere europäischen Nachbarn auswirken wird und andere arabische Völker inspirieren wird, für ihre Freiheit zu kämpfen.«●

Infos:
www.drittes-europaeisches-forum.de

Das ganze Interview mit Sihem Bensedrine ist in der Zeitschrift Südzeit (März 2013) abgedruckt.

Foto: Peter Streiff

Podiumsdiskussion »anders wachsen« mit VertreterInnen von drei Weltreligionen am Stuttgart Open Fair

Weitere Termine

Solidarische Landwirtschaft
am Beispiel des Buschberghofs, Vortrag und Diskussion mit Wolfgang Sträng, Di. 12.3.2013, 20 Uhr, Forum3, Stuttgart (www.solawis.de)

Aufbruch in Nordafrika
SOFa-Filmreihe, Mi. 13.3.2013, 19.30 Uhr, Kino Delphi, Stuttgart

WeltSTATTMarkt
Im Rahmen des Stuttgart Open Fair findet der WeltSTATTMarkt dieses Jahr kurz vor dem Weltsozialforum auf dem Stuttgarter Schlossplatz statt – mit über 40 Infoständen, Bühnenprogramm, Kunstinstallationen und Straßentheater.

Eröffnet wird die Open Air-Veranstaltung von der tunesischen Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Sihem Bensedrine; Stuttgarter AktivistInnen werden auf den Weg zum Weltsozialforum nach Tunis entsandt.

WeltSTATTMarkt, Samstag, 23.3.2013, 10-19 Uhr, Schlossplatz, Stuttgart

Weltsozialforum (WSF)
Das WSF vom 26.-30.3.2013 in Tunis bietet Gelegenheiten zur Diskussion und zur Vorbereitung der Mobilisierung hinsichtlich der zentralen Herausforderungen aktueller internationaler Entwicklungen. »Wir wollen alte und neue Bewegungen zusammenbringen, um gemeinsame Wege für eine ‘andere Welt’ zu beschreiten«, heißt es in der Einladung des tunesischen Organisationskomitees. 36 verschiedene NGOs aus Deutschland nehmen am WSF teil, Kontakt: Hugo Braun (Attac), braun@attac.de

Weitere Infos unter www.sofa2013.de
Stuttgart Open Fair – Sekretariat:
Roland Marks/Johannes Lauterbach
Tel: (0 70 71) 25 56 08
Mail: info@sofa2013.de

GRÜNDUNGSKONVENT ZUM BÜRGERiNNEN-PARLAMENT

Rückbesinnung auf die »res publica«

Zwei gut besuchte Demokratie-Kongresse im letzten Jahr zeigten bereits, dass es der Bewegung gegen Stuttgart21 um mehr geht als um den Bahnhof. Die kurze Besetzung des Rathauses im November 2012 mit dem Signal »Stuttgart selber machen!« gab den Anstoß: »Seit Jahren werden im Stuttgarter Rathaus politische Entscheidungen getroffen, die gegen das Allgemeinwohl verstoßen und gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt werden. Das unnütze Großprojekt Stuttgart 21 ist ein Paradebeispiel für das verantwortungslose Handeln von PolitikerInnen«, erklärten die BesetzerInnen. Zwei Monate später fand der »Gründungs-Konvent zum BürgerInnen-Parlament« statt.

Zwuckelmann, Red. Stuttgart ● Am 19.11.2012 geschah im Rathaus zu Stuttgart Ungeheuerliches: ca. 200 Bürgerinnen und Bürger diskutierten in einem offenen Forum von 11 bis 17 Uhr darüber, wie sie in dieser Stadt zusammen leben wollen, wie sie ihre Belange wirkungsvoller artikulieren können und wie sie die bestehenden demokratischen Strukturen weiterentwickeln könnten, damit ihre Belange besser berücksichtigt würden.

Konsens und verbindendes Element der vielen unterschiedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer war die Erfahrung, dass nicht das Gemeinwohl im Mittelpunkt der Entscheidungen unserer Volksvertreter in Stadt und Land steht, sondern oft genug wirtschaftliche Partikularinteressen. Immer wieder fielen die Beispiele LBBW, Patrizia oder Cross Border Leasing.

Die Vorgänge sind so unerhört, dass Bürgermeister Werner Wölfle tags zuvor in einer Pressemitteilung die Drohung veröffentlichen ließ, dass sich auch die Bürgerinnen und Bürger, die über derartige Themen diskutierten, an Recht und Gesetz halten müssten. Er selbst sei verärgert, dass sich Bürger anmaßten, ein »entscheidungsbefugtes Parlament der Bürgerinnen und Bürger« einsetzen zu wollen und damit die demokratische Verfassung infrage stellen würden. Es war eben jener Werner Wölfle, der vor einem starken Jahr mit dem Regierungswechsel im Land und seinem Wechsel auf den Bürgermeisterposten betonte, dass die Grünen und auch er einen anderen Politikstil pflegen werden und dass man ihm auf die Füße treten solle, wenn er Fehler mache. Mit dem Gründungskonvent bekam er kräftig auf die Füße getreten – hat dies aber leider falsch interpretiert und genau so machtversessen reagiert, wie man es von besitzstandswahrenden Machtmenschen erwartet.

Dabei ging es gestern vor allem darum, wie die demokratischen Strukturen und Entscheidungsprozesse so weiter entwickelt werden könnten, dass wieder mehr das Bürgerinteresse und das Gemeinwohl, also die res publica, im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung steht. Nach kurzer Begrüßung durch Peter Gruber und einer Erklärung des musikalischen Beitrags durch Christoph Kämper spielte das »Ensemble Subito« den 1. Satz des 3. Brandenburgischen Konzerts von Bach und stimmte so auch musikalisch wunderbar auf den Tag ein. Daraufhin gab es Impulsreferate von Jens Loewe zum Bürgerhaushalt in Porto Alegre und von Doris zur Initiative »Recht auf Stadt«. Dann ging es ganz schnell, dass die TeilnehmerInnen aktiv werden mussten. Auf Karten sollten sie die für sie drängendsten Themen schreiben und an Pinnwände hängen. Diese wurden daraufhin von den Veranstaltern sortiert und auf zehn Themenblöcke aufgeteilt. Jeder der TeilnehmerInnen wurde nun aufgefordert, sich zu einem der Themenblöcke zu gesellen und mit den anderen über das Thema und die dazugehörigen Kärtchen zu diskutieren. Die Veranstalter selbst protokollierten die Diskussionen. Die Selbstorganisation der Gruppen klappte sehr gut und in allen Gruppen gab es einen harten Kern, der den gesamten Tag über in dieser Gruppe blieb. Andere Teilnehmer wechselten von Gruppe zu Gruppe und brachten sich und ihre Ideen in mehreren Gruppen ein. Themenblöcke waren beispielsweise »Demokratie«, »Nahverkehr« oder »Bildung und Soziales«.

Auch die Versorger (ein Gruppe, die an den Demos gegen Stuttgart21 für Speis und Trank sorgt, Anm. der Red.) waren vor Ort und verpflegten die Teilnehmer mit Tee, Kaffee, Butterbrezeln und selbst gebackenen Kuchen. Das Catering war wieder einmal perfekt, denn bis zum Schluss gab es alles, was das Herz begehrte.

Um 14 und um 15 Uhr gab es weitere Vorträge zu der belgischen Initiative »G1000« und zu den mexikanischen Zapatisten. Um die Diskussionen nicht zu stören, wurden diese Vorträge ohne Mikrofon abgehalten.

Insgesamt war es eine sehr lebhafte Veranstaltung. Bis zum Schluss um 17 Uhr waren noch immer über 100 Bürgerinnen und Bürger vor Ort und diskutierten. (.) Was am Ende heraus kommt, bleibt offen. Die Veranstalter werden sich jedoch darüber klar werden müssen, wie sie methodisch die vielen Ideen und Wünsche und Vorstellungen irgendwann so verdichten, dass ein konkretes Ergebnis zustande kommt, an dem die interessierten BürgerInnen dann gezielt weiter arbeiten können. Deutlich gezeigt hat die Veranstaltung jedenfalls, dass es bei vielen BürgerInnen das Bedürfnis gibt, Entscheidungsprozesse zu ändern und das Gemeinwohl wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Und wie Jens Loewe sagte: Wer, wenn nicht die Bürgerschaft selbst, könnte ein BürgerInnen-Parlament mandatieren? Dazu müssen die BürgerInnen auch nicht Herrn Wölfle um Erlaubnis bitten. Das ist lebendige, gelebte Demokratie!●

Infos: www.buergerinnen-parlament.de
www.zwuckelmann.de
www.g1000.org

Gründungskonvent zum BürgerInnen-Parlament im Großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses Foto: Wolfgang Rüter

»LIBERTÄRE BILDUNG« ALS KRISTALLISATIONSPUNKT FÜR AKTIVISTiNNEN, THEORIE-ORIENTIERTE, PRAGMATISCHE UTOPISTiNNEN UND BETROFFENE

Gemeinsam radikaler hinterfragen

Im Spätsommer soll in Bremen der »Libertäre Bildungskongress« stattfinden. Geplant ist das Ereignis für 50-60 Menschen aus einem breiten Spektrum emanzipativer Perspektiven. In einer Bremer WG-Küche entstand dazu das folgende Interview.

CONTRASTE: »Libertär« klingt nach »mehr Freiheit!« – was meint ihr damit genau?

Fiete: Mittlerweile finde ich den Freiheitsbegriff gar nicht mehr so gut. Er klingt in meinen Ohren vor allem negativ – zum Beispiel »frei von Lohnarbeit«, andererseits aber auch »frei von der Verantwortung für andere« usw. »Libertär« schließt ja ein, dass ich einen bestimmten Begriff von Freiheit meine, der explizit anarchistisch ist.

Immanuel: Eigentlich haben wir das aber nicht so eng gefasst. Wir wollen Menschen zusammenbringen, die eine Vielfalt von Perspektiven auf Bildung haben und unterschiedliche Verständnisse von Freiheit und Solidarität damit verbinden.

Welche Perspektiven wollt ihr auf dem Kongress zusammenbringen und warum?

I: Schul- und erziehungskritsche AktivistInnen, Menschen aus Schulen, aus dem Bildungsstreik-Spektrum, aus Netzwerken für selbstbestimmtes Lernen und FreilernerInnengruppen.

Christoph: Es geht uns darum, dass unterschiedliche politische Milieus sich gegenseitig zuhören und reflektieren.

F: FreilernerInnen sind zum Beispiel von ihren persönlichen Erfahrungen mit Schulverweigerung, Repression und der Solidarität ihrer Eltern geprägt und deshalb schulkritisch eingestellt; uns interessiert, was passiert, wenn solche Positionen auf anarchistische Ideologie- und Institutionenkritik treffen oder auf BildungsaktivistInnen oder auf heRschaftskritische LehrerInnen. Anders herum können Kinder queer-feministischer oder autonomer Eltern sicher von den Erfahrungen von FreilernerInnen profitieren oder von den AktivistInnen aus freien und demokratischen Schulen ... Und SchülerInnen- und StudentInnenproteste mit eher kurzfristigen politischen Perspektiven finden auf dem Kongress bestimmt theoretisches und praktisches Handwerkszeug für weiter reichende Kritiken.

I: Auch ich kann mir da viele Synergien vorstellen. Die kritisierten Strukturen können nochmal radikaler hinterfragt werden, wenn andere kritische Perspektiven bekannt sind. Repressionserfahrene mit unterschiedlichen Hintergründen können professionellere Soliarbeit organisieren als ohne den Austausch ...

F: »Synergien« ist voll der betriebswirtschaftliche Ausdruck.

I: Ach echt!? Kommt der da auch wirklich her? Bei meiner Permakulturausbildung haben wir den auch benutzt ...

F: ... Oh ja, die jungen Kreativen ... Aber jetzt mal im Ernst: Schon der Vorbereitungsprozess war für mich ein Lern- und Annäherungsprozess. Ich wusste zum Beispiel vorher nichts über FreilernerInnen und auch nicht, wie zwangsbewehrt das Schulgesetz in Deutschland ist oder welche Repressionen SchulverweigererInnen drohen ...

I: dass beispielsweise in Hamburg und Thüringen SchulverweigererInnen sogar auch in den Jugendstrafvollzug geschickt werden ...

Um es noch einmal zu präzisieren: Wer ist eigentlich diese Vorbereitungsgruppe?

I: Menschen aus all den unterschiedlichen Spektren die wir bereits aufgezählt haben ...

F: ... FreilernerInnen, AnarchistInnen, Bildungsbewegte, Kritische LehrerInnen, Menschen, die sich selbstbestimmtes Lernen oder Demokratische Schulen auf die Fahnen geschrieben haben. Insgesamt zwei Handvoll Menschen aus verschiedenen Regionen.

Was wollt ihr mit dem Ereignis erreichen?

F: Wir wünschen uns einen Austausch der Perspektiven. Schön wäre, wenn es zu längerfristigen Kooperationen und Vernetzungen käme oder vielleicht sogar zu milieuübergreifenden solidarischen Praxen. Ein wünschenswertes Ergebnis wäre auch, wenn wir eine Außenwirkung des Kongresses über diese bisher isolierten Kreise hinaus erzielen. Ich selbst wünsche mir, dass das Thema »Bildung« innerhalb der anarchistischen Szene einen höheren Stellenwert gewinnt.

I: Ich wünsche mir, dass sich Verständnis füreinander entwickelt. Ein gemeinsames Bewusstsein.

C: Mir ist besonders wichtig, dass es keine isolierte Veranstaltung bleibt, sondern dass der Kongress zu einem großen regelmäßigen Treffen wird.

Aber ist ein Kogress die passende Form für sowas?

F: Ha! Eine gute Frage ...

I: Sehr gut sogar.

Schwerthelmine: Da müssen wir uns erstmal zum Nachdenken zurückziehen.

Fridoline: Hat jemand von euch Hunger?

Ja, ich würde auch was dafür schnippeln.

F: Okay, jetzt im Ernst. Das mit dem Kongress war ein Arbeitstitel, den wir nicht mehr losgeworden sind ...

C: ... weil uns kein anderer Name zu der Abkürzung »LiBiKo« eingefallen ist – du weißt schon: Labelling und so.

I: Die Erwartungen, die der Begriff »Kongress« auslöst, werden wir unterlaufen. Er soll nicht nur etwas für theorieorientierte Erwachsene sein, sondern altersübergreifend. Auch junge Menschen beteiligen sich daran, und auch für ganz junge Menschen soll er attraktiv sein ...

C: Wir haben herausgefunden, dass das Konzept des »Open Space« unserer Vorstellung am nächsten kommt ...

F: Aber natürlich laden wir auch ReferentInnen ein. Aber es geht halt nicht nur darum, theoretisch zu diskutieren, sondern auch Selbstorganisation und Selbstbestimmung erfahrbar zu machen; schon deswegen sind alle Interessierten dazu eingeladen, den Kongress mitzugestalten.

Wie genau können sich interessierte an euch wenden und was können sie tun?

I: Einen ersten Eindruck kann sich jedeR auf unserem Blog verschaffen. Dort findet ihr auch eine Kontaktadresse und die Möglichkeit, euch in unsere Info-Mailingliste einzutragen.

C: Wir brauchen noch in vielen Teilbereichen Unterstützung. Zum Beispiel suchen wir Menschen für Übersetzungen in insgesamt sieben Sprachen, damit der Kongress auch für migrantische und internationale Perspektiven zugänglich ist. Wir freuen uns, wenn sich interessierte Gruppen und Initiatven frühzeitig mit uns vernetzen und die Kommunikation über Inhalte und Form mitmachen.

F: Wir sind offen für Workshopideen und Diskussionsthemen und veröffentlichen sie auf dem LiBiKo-Blog. Aber auch vor Ort brauchen wir konkrete Unterstützung – zum Beispiel suchen wir noch eine VoKü-Gruppe (1). Außerdem kommen wir gerne zu interessierten Gruppen und Zusammenhängen zu Besuch.

Danke für das Interview und viel Erfolg mit der weiteren Vorbereitung.●

Das Interview führte Christoph Chang

Mehr Infos: http://koennenduerfen.blogsport.de

1) Volksküche, alternativ »Küfa« = Küche für alle

Anzeige

ArchivCD.5

10 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2011 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2013 - Das alternative Adressbuch **und**
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

DER POLITISCHE KRIMI

Das schwarze Korps

Für Anspruchsvolle, die mehr als die Bildzeitung wollen. Alle drei Monate in CONTRASTE.

Von Roman Schweidlenka ● Manotti schreibe, so eine Stellungnahme der Herausgeberin der Ariadne Kriminalromane Else Laudan, die »härtesten Politkrimis« Europas. Mag diese Einschätzung auch in Hinblick auf Vermarktungsstrategien verfasst worden sein, so enthält sie dennoch etliche große Körnchen Wahrheit.

Das beweist nicht zuletzt der neue Band der französischen Schriftstellerin, die uns in das Jahr 1944 entführt. Die Alliierten landen in der Normandie, an der russischen Ostfront müssen die Deutschen immer weiter zurückweichen, in Paris übt die Gestapo unterdessen unbeirrt ihre Greueltaten aus. Manotti macht deutlich, was gerne übersehen wird: Nicht nur Deutsche mit der SS-Rune praktizierten menschenverachtenden Terror, ihnen zur Seite standen französische Kollaborateure, die die Barbarei ihrer germanischen Genossen fast noch übertrafen.

Die Autorin erhellt, und das ist der große Wert vorliegenden Thrillers, auch das »backstage«-Leben der Nazi-Barbaren: Da geht es um große Geschäfte, illegale Bereicherungen, um Geldanlagen, die den Zusammenbruch des Dritten Reichs überdauern sollen, um allmähliche Kontaktaufnahme einzelner Kriegsverbrecher mit den Amerikanern, die ein Leben nach Hitler präventiv absichern möchten. All das wird eingerahmt von den üppigen Salons von Paris, die meist auch einen Edel-Bordellcharakter aufweisen. Hinter dem Blut des Kriegs und Terrors fließt der Champagner, das »schöne Pariser Leben«, wie es ein SS-Mann im Roman formuliert.

Auch die Resistance kommt mit dem eigentlichen Helden des Thrillers, Inspecteur Domeyq, zum Zug. Nach all der schonungslosen Beschreibung des Terrors gibt es beim Einmarsch der Alliierten ein Happy End in Form einer dionysischen Freiluft-Orgie in den Parks von Paris.●

Manotti, Dominique: Das schwarze Korps; Ariadne Krimi im Argument Verlag, 2012. 280 S., 17,90 EUR

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Zu viel vom Schlechten

Herrschaftskritik aus linksradikaler Sicht

Seit nun mehr 16 Jahren veranstaltet die »jour fixe Initiative Berlin« jährlich eine Vortragsreihe zur Kritik von Herrschaft, Ausbeutung und Unmündigkeit. Und bietet so eine Plattform für Diskussion und Theoriebildung innerhalb der radikalen Linken, um einen Beitrag zur Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftung zu leisten. Regelmäßig publiziert sie Sammelbände oder Monographien aus ihren Vortragsreihen, wie zuletzt 2010 »Souveränitäten – Von Staatsmenschen & Staatsmaschinen« mit Beiträgen von Jan Weyand, dem inzwischen leider verstorbenen Daniel Bensaïd, Bini Adamczak und Michael Koltan. Zudem versucht die Initiative die hiesige linksradikale Debatte zu internationalisieren, indem sie eine weitere Theoriereihe mit mehrheitlich fremdsprachigen AutorInnen veröffentlicht. Alle Publikationen sind auf der Internetseite der Initiative zu finden und liegen beim Unrast-Verlag vor. Die letzten zwei Vortragsreihen »Etwas fehlt – Utopie, Kritik und Glücksversprechen I und II« setzen sich überwiegend mit Vorstellungen von Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen auseinander und versuchen dies an die Gegenwart mit utopischen Momenten im »Arabischen Frühling«, utopischem Verlangen im queeren Denken und die Utopie im Posthumanismus zu knüpfen. Auch auf diese Publikation darf man gespannt sein.

Das Märchen vom Wachstum

»Zu viel vom Schlechten – Von Wachstum, Krisenökonomie und gutem Leben« – lautet der Titel der diesjährigen Vortragsreihe. In acht Beiträgen soll dem Märchen vom Wachstum nachgegangen werden. Obwohl in den letzten Jahren immer deutlicher wird, dass eben dieser Wachstum den Kapitalismus selbst gefährdet, lautet die Antwort auf Wirtschaftskrisen weiterhin stumpfsinnig: **Wachstum**. Die Beiträge werden demgegenüber den Zusammenhang von ökonomischer, ökologischer und sozialer Krise des Kapitalismus aufzeigen. Denn systemimmanent ist ihm die unerschöpfliche Schröpfung begrenzter Energieträger, wie Kohle, Gas und Öl, bei gleichzeitiger Verantwortlichkeit der immer größer werdenden Müllberge der Welt. Das ist so alt wie offensichtlich.

Zu der ökologischen Zerstörung gesellt sich die immer weiter greifende Intensivierung der Arbeitsbestimmungen. Die Forderungen der Arbeitskämpfe der 70er Jahre – Autonomie, Kreativität und Selbstbestimmung – finden ihren neoliberalen Niederschlag in Flexibilität, Individualisierung und Scheinselbstständigkeit, deren Kehrseite der Anstieg psychosozialer Belastungen wie Burnout oder Depression ist. Im besonderen diesen beiden Punkten widmen sich die nächsten beiden Vorträge im März und April von Jean Marie Haribey »Welchen Reichtum brauchen wir?« und Ariane Brenssell »Macht die Krise krank?«. Unbeirrt wird Kapitalismus als alternativlos deklariert und gesellschaftlicher Wohlstand mit Wachstum gleichgestellt – diese Vortragsreihe wird beides zur Diskussion stellen.●

Termine der Veranstaltung und Informationen zu Publikationen unter: www.jourfixe.net

Stella Napieralla

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, www.netzwerk-selbsthilfe.de

HERRSCHAFTSFREIE ÖKONOMIE

Geld und Eigentum – abschaffen!

... und warum das noch lange nicht reicht!

Im Sommer 2006 haben wir in Bremen praktisch begonnen, ein kleines Netz Umsonstökonomie zu flechten. Wir haben gemerkt, wie schnell unsere Praxis im Umsonstladen als karitative Praxis wahrgenommen wird und dazu zu werden droht. Einbindung in Widerstand und die Entwicklung einer praktischen Theorie kann dagegen wirken.
Wir wollen keine abstrakt-theoretische Analyse am Schreibtisch entwerfen. Eine sinnvolle Analyse des Bestehenden muss vielmehr auf den praktischen Erfahrungen basieren, an denen eineR in Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen gerät.
Im Spätsommer 2010 trafen wir uns hier in Bremen zum »Gib & Nimm«, dem Vernetzungstreffen Umsonstökonomie. In Vorbereitung darauf entstand die erste Version des Plädoyers für die Abschaffung von Geld und Eigentum. Das Plädoyer ist also ein Versuch die Praxis von Umsonstökonomie mit Theorie zu verbinden. Der Text basiert einerseits auf Erfahrungen vor allem aus umsonstökonomischer Praxis, aus widerständigem Leben und aus dem Reproduktionsbereich. Andererseits wird Theorie reflektiert und in teils neue Zusammenhänge gestellt.

Brennender Geldschein

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

Von Johann Bergmann, Plädoyer-Diskussionsgruppe ● Unser Plädoyer für die Abschaffung von Geld und Eigentum umfasst eine radikale Kritik des Bestehenden, einen Abriss über Utopien und praktische Versuche einer Gesellschaft ohne Geld und Eigentum, unsere offene Utopie und Überlegungen zu möglichen Wegen dahin. Wir entwickeln den Text in einer Diskussionsgruppe. Der werdende Text ist öffentlich (Link am Artikel-Ende) und wir wollen ihn als Buch veröffentlichen.

»Die Hoffnungslosigkeit ist selber, im zeitlichen wie sachlichen Sinn, das Unaushaltbarste, das ganz und gar den menschlichen Bedürfnissen Unerträgliche.« (E. Bloch) Die Hoffnung, dass Emanzipation von Herrschaft möglich ist, braucht neue Nahrung! Wir wollen beitragen sie zu wecken, zum eigenen und gemeinsamen Nachdenken und zum praktischen Tun anregen!

Geld und Eigentum abschaffen? Wie soll das gehen? Da sind erst mal ganz viele Ängste. Aber: Die kapitalistische Krise macht sich bestimmt auch in deinem Leben bemerkbar. Versuch dir vorzustellen, was sich alles ändert, wenn es weder Geld noch Eigentum gibt: Das Geld-Verdienen-Müssen hat ein Ende, keine Miete, keine Preise.

»Nein, Nein, wir wollen nicht eure Welt, wir wollen nicht eure Macht und wir wollen nicht euer Geld, wir wollen nichts von eurem ganzen Schwindel hören, wir wollen euren Schwindel zerstören.« (Klaus der Geiger)

Die Kritik des Bestehenden

Eigentum war nicht immer da. Heute scheint Eigentum »uns« quasi natürlich zu sein. Dieser Schein wird propagiert, ist umkämpft. Er trägt dazu bei, die Eigentumsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Ohne Frage sind »alle Eigentumsverhältnisse ... einer beständigen geschichtlichen Veränderung unterworfen« (kommunistisches Manifest). So war das Eigentum an Gen-Sequenzen noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar. Eigentum ist immer Ausdruck von bestehender Herrschaft, von Klassenverhältnissen. Weltweit bedeutet Eigentum für wenige ein Privileg, für die meisten Entzug von Verfügung und Selbstbestimmung. Es liegt deshalb auf der Hand, mit Proudhon Eigentum als Diebstahl zu betrachten. Emma Goldman ergänzte, dass dieser Diebstahl »ohne Risiko und Gefahr für den Dieb«, also unter den herrschenden Verhältnissen legal ist. Und dieser Diebstahl ist oft gewalttätig, also legaler Raub.

Die Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus unterscheiden sich wesentlich von früheren. So gehört die Abspaltung reproduktiver Tätigkeiten zu den Grundpfeilern warenproduzierender Patriarchate (Kapitalismus, Staatskommunismus). Ja: »Produktions- als auch ... Reproduktionssphäre sind gleichermaßen aufeinander angewiesen und voneinander abhängig« (Roswitha Scholz). Reproduktions-Tätigkeiten erscheinen »als persönliche Dienstleistung außerhalb des Kapitals.« (Mariarosa Dalla Costa)

Zentrale Gemeinsamkeit warenproduzierender Patriarchate ist, dass nicht die Bedürfnisse der Menschen bestimmen, was und wie reproduziert wird. Im Kapitalismus werden die Dinge produziert und die Dienstleistungen angeboten, weil sie als Ware vermarktet werden können. Produziert wird also, was sich mit Gewinn verkaufen lässt. Nicht an der Warenform orientierte Re-Produktionsweisen verschwinden aus dem Bewusstsein, führen allenfalls ein Nischendasein.

Das Kapital existiert nur in einem permanenten Klassenkampf. Es stellt Nicht-Arbeit als kostenlos anzueignende Natur, z.B. die abgespaltenen Reproduktionstätigkeiten, und Arbeit in permanenten Kämpfen neu her und definiert sie neu. Arbeit und Kapital befinden sich außerdem in einem gemeinsamen Kampf gegen das dem Kapitalismus Äußere. In diesem Kampf wird die lebendige Arbeit Tag für Tag neu in tote Arbeit, in Kapital verwandelt. Das als Natur definierte wird in diesem Kampf der Warenform unterworfen, wird als Raub, als »ursprüngliche Akkumulation« (Karl Marx), in Wert verwandelt. Falls dieser Raub genug Profit verspricht, wird er in einen neuen Markt umgewandelt.

Die Lebensrealität aller Menschen ist geprägt davon. »Wir (werden) in der Tat durch Warenverhältnisse gleichzeitig entzweit und verbunden« (Maria Mies). »Wir« sind also unter kapitalistischen Verhältnissen immer KonkurrentInnen und treten gleichzeitig vorwiegend als KäuferInnen und VerkäuferInnen von Ware zueinander in Kontakt.

Die zunehmende Vereinzelung der Menschen in diesem System ist notwendig, damit »wir« das zugestandene Glück als Identität in der Ware, im Kauf suchen. Der Mensch ist von seiner historischen Entwicklung her ein soziales Wesen, ein Mensch als-Teil-der-Gemeinschaft. Das ist nicht identitär, nicht als Sein, sondern nur als Prozess, als Werden vorstellbar. Der Kapitalismus hat das abgespalten, hat Entfremdung und Vereinzelung extrem gesteigert. Zurück bleiben ein zerrissenes, widersprüchliches »wir« und in jedeR eine beschädigte Menschlichkeit, »ein atomisiertes Subjekt, dass bis in unsere Tiefen geschädigt ist.« (John Holloway) Das macht einerseits »unsere« Versuche eines anderen, widerständigen Lebens so anstrengend, ist andererseits aber unaushaltbar. Die Wut, die Enttäuschung der Vereinzelten kann umschlagen in Widerstand, wenn die Hoffnung auf ein gutes Leben aufkeimt.

Geld und Eigentum sind nicht nur Grundvoraussetzungen des Kapitalismus. Sie sind mit anderen, nicht zuerst ökonomischen Herrschaftsformen aufs engste verknüpft, verstärken sich damit gegenseitig. Der Staat mit seinen verschiedenen, nach innen und außen wirkenden Mechanismen basiert nicht nur auf Geld und Eigentum. Der Staat organisiert, schützt und modernisiert diese Herrschaft auch immer wieder. Privatisierung und staatliche Wirtschaft stellen also nicht den Widerspruch dar, für den sie ausgegeben werden. Der Staat kann nicht zur Emanzipation genutzt werden.

Patriarchale Gewalt ist alltäglich, nicht nur für Frauen und Menschen, die nicht in die zweigeschlechtliche Norm passen. Frau muss, um erfolgreich zu sein, die patriarchalen Grundlagen des Kapitalismus akzeptieren, verinnerlichen und reproduzieren. »Feminismus bedeutet nicht weibliche Macht in den Institutionen oder eine Frau als Präsidentin – es bedeutet keine Macht von Institutionen und keine PräsidentInnen.« (Peggy Kornegger)

Rassismus ist ebenfalls notwendig für Herrschaftsgesellschaften. Er zeigt sich in immer wieder neuen Spielarten, ja weist heute oft sogar entrüstet zurück, rassistisch zu sein. Staatsgrenzen sind heute vor allem auch Reichtumsgrenzen. Die Lebensgrundlage zahlreicher Menschen im Trikont wird zerstört – ihre Flucht, die nur relativ wenige in die Metropolen führt – wird mit rassistischen Grenzregimes wie FRONTEX beantwortet.

Geld und Eigentum hängen auch aufs engste mit der Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen zusammen. Klimadebatte, Atomkraft und Gentechnik zeigen, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, langfristig auch nur das Überleben der Menschen und von zahlreichen Tier- und Pflanzenarten zu ermöglichen.

Alles zusammen genommen zeigt unsere Kritik, dass es heute nicht nur möglich, sondern notwendig ist, Geld und Eigentum und andere Formen von Herrschaft zu überwinden.

Graffiti
„Tief durchatmen und den Panzer der Normalität sprengen“

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

Utopien und Versuche der Befreiung von Geld und Eigentum

Erste Utopien einer Gesellschaft ohne Geld und Eigentum gibt es bereits aus der Antike. Später kommen Versuche dazu, das auch praktisch werden zu lassen (von den Diggers im 17. Jahrhundert bis heute). Wir haben eine ganze Reihe davon gesammelt. Sehr deutlich wird dabei, dass die Abschaffung von Geld und Eigentum allein absolut unzureichend ist.

Die Überwindung des Bestehenden

Unter diesem Punkt beschäftigen wir uns zunächst mit dem Menschenbild, mit revolutionärer Subjektivität und dem Terror der Verhältnisse. Im Anschluss betrachten wir Widerstand dagegen, diskutieren Militanz und die Schwierigkeiten mit dem richtigen Leben im bestehenden Falschen.

Es scheint hier derzeit nicht aktuell, aber: »Eine Regierung zu stürzen – für einen Bourgeoisrevolutionär ist dies das höchste Ziel. Für uns bedeutet das nur den möglichen Beginn der sozialen Revolution.« (Peter Kropotkin) Der anarchistische Aufstand hat das Ziel, Herrschaft abzuschaffen. Einerseits zielt der anarchistische Aufstand deshalb darauf Herrschaftsstrukturen zu hinterfragen, Herrschaft zu verunsichern und langfristig ins Leere laufen zu lassen, Herrschaftsmittel und -strukturen zu zerstören. Abschließend blicken wir auf die aktuellen Aufstände, gucken, was wir davon lernen können.

Die utopische Perspektive

Die Utopie ist nie fertig. Sie bleibt ein offener Prozess der Emanzipation. »Die unbezwingbare Utopie wandelt sich – weiblich vorsichtig und feministisch realistisch – zum Entwurf einer möglichen Utopia, deren historische Verwirklichung / Verwirklichbarkeit weder gesichert ist noch erzwungen werden kann.« (Barbara Holland-Cunz) Sie muss offen bleiben, da sie nur mit den konkreten, sich selbst befreienden Menschen praktisch werden kann. Sonst wird sie selbst zu neuer Herrschaft.

Der Begriff Ökonomie selbst ist eigentlich überholt, ist Teil der Herrschaftsgesellschaft. Nur in einem vor- oder nachbürgerlichen Kontext kann also etwas wie eine herrschaftsfreie »Ökonomie« existieren. Das ist immer eine »Ökonomie«, die Teil eines komplexen gesellschaftlichen Geflechts und nicht ein alles dominierendes System ist.

Die Bedürfnisse der Menschen – und die werden sich unter solchen Bedingungen radikal verändern – werden im Zentrum stehen. »JedeR nach ihren Möglichkeiten, jedeR nach ihren Bedürfnissen« (Karl Marx, Zitat gegendert). Die Tauschökonomie wird sich in eine solidarische Gesellschaft des Austausches, ohne Verrechnung, wandeln. Die Arbeit wird aufgehoben, wird Sinnvolles Tun. Die Gesellschaft wird dezentral organisiert sein. Nur so können wir uns ökonomisch eine »substantielle Gleichheit« (Murray Bookchin) aller Menschen weltweit vorstellen.

Der Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft umfasst z.B. auch die Fragen nach herrschaftsfreier Sprache, nach nicht-hierarchischer Organisierung, nach einer Ordnung ohne Staat und damit ohne Knäste. Für jedeN EinzelneN verändert sich das Leben damit radikal. Die Vereinzelung widerspricht einer solchen Gesellschaft. Von Annette Schlemm übernehmen wir den Vorschlag von den individuellen Selbstentfaltungsbedürfnissen auszugehen, was ihrer Ansicht nach aus berechtigtem Eigeninteresse zu effektiven, sozial- und ökologisch verträglichen Strukturen führt. Die sich befreienden Menschen werden sich als Teil von freiwilligen Vereinbarungen selbst entfalten. Lernen wird Lehren ersetzen.

Abschließend beschäftigen wir uns mit der Befreiung von patriarchaler und rassistischer Herrschaft, mit veränderten gesellschaftlichen Naturverhältnissen und einer emanzipatorischen Naturwissenschaft, Technik und Technikanwendung.●

Wenn dir der Artikel Lust gemacht hat, dich näher damit zu beschäftigen, findest du monatlich aktualisierte Fassungen unseres Plädoyers für die Abschaffung von Geld und Eigentum unter: https://we.riseup.net/geldundeigentumabschaffen
Wir freuen uns über Rückmeldungen, Kommentare, Anregungen. Kontakt über: g_u_e_abschaffen@web.de

SICH GEGENSEITIG UNTERSTÜTZEN – HERRSCHAFTSVERHÄLTNISSE AUFKÜNDIGEN, TEIL 2

Sabotage im Alltag

Mag Wompels »Plädoyer für antizyklische, aber alltägliche Blockade der Unternehmens- und Wirtschaftsziele« erschien zuerst in der Graswurzelrevolution vom April 2009 und wurde für CONTRASTE aktualisiert. (1) In diesem Artikel liefert sie nicht nur eine plastische Begriffsklärung, sondern rückt auch den Alltag als Feld sozialer Kämpfe in den Blick. Mag Wompel ist Redakteurin von www.labournet.de/.

Von Mag Wompel ● Die Aufstände in der arabischen Welt mit ihren teilweise revolutionären und unerwarteten Erfolgen waren Inspiration für eine Bewegung der Empörten in Spanien, Italien und Portugal und die fast weltweite Occupy-Bewegung, die zunächst an der Wall Street begann. Dieses Strohfeuer ging erstaunlich schnell um die Welt (etwa Chile und Israel) und war stark genug, um auch einige in Deutschland zu entflammen.

Und – oh Wunder – diese Proteste wurden teilweise von Medien wie Politik umgarnt. Denn die Kritik an der Entdemokratisierung durch den Vorrang der Finanzpolitik und an der Macht der Banken ist weit verbreitet und wird momentan gern populistisch aufgegriffen. Die Proteste wurden aber auch brutal zerschlagen, sobald sie sich als dauerhaft erwiesen oder zum Beispiel in eine Praxis des Widerstandes gegen Hausräumungen und Streiks übergingen (Oakland, Madrid, Portland, Los Angeles, Philadelphia, New York, Washington) – auch auf die Gefahr ihrer Radikalisierung.

Langfristig okkupieren und immer wieder im Konsens die immer wiederkehrenden Entscheidungen ausdiskutieren – das können allerdings nur die, die wirklich nichts zu verlieren haben. So überrascht es nicht, wenn die Camps – unabhängig von der Wetterlage – bald auf Erwerbslose und Studierende schrumpften. Wer noch einen Job hatte, kam eventuell nach Feierabend oder am Wochenende – aber kaum auf die Idee, basisdemokratische Erfahrungen oder menschenrechtliche Forderungen in den betrieblichen oder schulischen Alltag zu tragen.

Sabotage als Widerstand am Arbeitsplatz

Trotz stark verbreiteter subjektiver Ohnmacht, Erpressbarkeit und Individualisierung gibt es sie aber durchaus: Wut und Widerstand am Arbeitsplatz – wenn auch oft versteckt. Und es gibt durchaus Macht der Lohnabhängigen an fast jedem Arbeitsplatz – wenn auch oft unbewusst. (2) Beides gilt es mehr denn je zu stärken: den Widerstand und das noch selbstbewusster machende Wissen um die eigene Macht.

Ein großes Potential, diese beiden Aspekte miteinander zu verbinden, traue ich der Sabotage als Arbeitskampfform zu. Um diese Klammerfunktion erfüllen zu können, sollte dieser leider etwas angestaubte Begriff der Sabotage (3) allerdings »modernisiert« und erweitert werden. Wenn als Sabotage nicht nur der berühmte Schraubenschlüssel im Fließband gilt, sondern auch alltägliche Verweigerung und Blockade der Unternehmensziele, eröffnen sich ihr neue Perspektiven.

Denn je mehr die Unternehmen vom Menschen wollen, je umfassender die Ökonomisierung der Gesellschaft wird, umso umfassender werden die – expliziten wie ungeschriebenen – Arbeitsverträge. Emotionen, Ideen, Einstellungen werden gratis mit abverlangt – und können dementsprechend auch verweigert werden! Vor diesem Hintergrund können auch Konformitäts- und Wettbewerbsverweigerung, Verweigerung der Selbstaktivierung und Selbstvermarktung sowie unternehmerischer Selbstunterwerfung in Zeiten von »Zielvereinbarungen« und »Ich-AG« den Charakter aktiver Sabotage bekommen. Denn wenn Konkurrenz und Wettbewerb all umfassend werden, gerät bereits geübte Solidarität zu Sabotage der Unternehmens- und Wirtschaftsziele. Dies gilt übrigens auch für uns als Kunden, die immer mehr zu »unbezahlten Mitarbeitern« der Unternehmen werden (4) und immer häufiger nur noch als Träger der geheiligten Binnennachfrage zählen.

»Smarte« Sabotage – nicht nur Maschinen stürmen...

Sabotage – wenn auch meist nicht so genannt und oft auch nicht so verstanden – findet schon immer und täglich statt, denn die arbeitenden Menschen haben – ob organisiert oder nicht – längst vielfältige Formen der Gegenwehr und Rache für die alltäglichen Zumutungen und Entwürdigungen gefunden: als individuelle Sabotage des expliziten (schriftlichen) und impliziten (ungeschriebenen) Arbeitsvertrages. Sabotage beginnt also keinesfalls revolutionär, sondern durchaus unpolitisch aus Enttäuschung und Frust, Rache und individueller Nutzenoptimierung. Nachlassende Identifikation mit dem Job, nicht zuletzt durch all die Entlassungswellen und ständige Bedrohung des eigenen Arbeitsplatzes (beides natürlich trotz Verzicht!), führt zur »inneren Kündigung«, der horrende Kosten für die Wirtschaft nachgesagt werden.

Was ist individuelle Sabotage des impliziten und expliziten Arbeitsvertrages?

Der Chef bekommt nur noch exakt das, was er unseres Erachtens verdient, durch alle möglichen Formen der verlangsamten Arbeit, des Streichens von Eigeninitiative, von Ideen oder von leidenschaftlichem Einsatz, durch Unterlassen, Stehen lassen, Liegen lassen, Arbeit vortäuschen und Pseudoarbeiten oder Krankfeiern.

Zur Perfektion gebracht hat dies »Das Dilbert-Prinzip« von Scott Adams mit seinen Gesetzen des Gehaltsgleichgewicht und des Gesamtarbeitsaufkommens:

wirkliche Arbeit + Pseudoarbeit = Gesamtarbeitsaufkommen (bei weitest möglicher Reduktion der wirklichen Arbeit).

Es gilt, Arbeit vorzutäuschen und Stress zu minimieren, »damit Sie ein zufriedener Arbeitnehmer auf Kosten Ihres Arbeitgebers werden können, der ohnehin keinen so netten Menschen wie Sie verdient« (5). Ob mensch es nun »Besser leben durch Bürodiebstahl« oder »autonome Lohnerhöhung« nennt – auch diese aktive Herstellung der Gerechtigkeit bleibt zunächst ein individueller, unpolitischer Akt. Bereits ganz anders sieht es aus, wenn wir bei den genannten Formen des verringerten Einsatzes der Arbeitskraft bewusst unterscheiden, für wen wir voll da sind und wen wir auflaufen lassen, was nach sozialen oder politischen Gesichtspunkten möglich ist.

Zu den eher aktiven Formen der (meist individuellen) Rache am Arbeitsplatz mit Politisierungspotential gehören – neben »Guerillakrieg« durch Kunden-, Produkt- und Computersabotage – »Badbossing« bzw. »Staffing« als Mobbing von unten – also »unfaire« Attacken gegen einzelne Führungskräfte oder gegen die Führungsebene von Seiten der »Beschäftigten«. Ziel kann der Ruin einzelner Vorgesetzter, des gesamten Stabes oder der gesamten Personal- und Unternehmenspolitik sein. Die öffentlichste Form ist das Whistleblowing. Wird dies nicht aus persönlicher Enttäuschung und Rache betrieben, kann dem durchaus ein politischer Charakter zukommen, den viele Unternehmen durch Maulkorberlasse zu vermeiden suchen und der übrigens zu vielen Unterlassungsklagen bei LabourNet oder chefduzen u.a. führt.

Sabotage als intelligenter Arbeitskampf: Strom heute mal nur für Arme...

Doch auch Sabotage als kollektive Arbeitskampfmaßnahme kann Politisierungspotential beinhalten. Dann bezeichnet sie die strategische Vereitelung eines Ziels durch gewollte geheime Gegenwirkung, zum Beispiel absichtliches Langsamarbeiten oder Verursachung von Fehlern, ferner die vorsätzliche Beschädigung, Zerstörung oder Unbrauchbarmachung von Arbeitsmitteln und Waren oder auch der Entzug von Energie. Damit soll planmäßig, entweder auf die Quantität oder die Qualität von Produktion und Dienstleistung gerichtet, die Effektivität einer Person oder einer Organisation verringert werden. Für solche kollektiven, strategischen Arbeitskampfmaßnahmen der Sabotage gibt es durchaus viele geschichtliche Beispiele. Die meisten Politisierungspotentiale entfaltet Sabotage allerdings als ausdrückliche Arbeitskampfform dann, wenn sie nicht nur betrieblich – aus unterschiedlichsten Gründen – Vorteile gegenüber einem Streik hat, sondern die Produkte des zu bekämpfenden Unternehmens und damit auch die eigene Rolle in diesem Wirtschaftsunternehmen zugleich als gesellschaftliche begreift. (6)

Französische IndustriearbeiterInnen warfen Holzschuhe (französisch: »sabot«) in die Maschinen, um sich die benötigten Ruhepausen zu holen. Neben der schwarzen Katze, die für wilden Streik (englisch »wildcat strike«) und direkte Aktion steht wurde der Holzschuh zum Symbol für »Sabotage« und damit eines der Erkennungszeichen der Wobblies, der Industrial Workers of the World (IWW).

Auch hierfür gibt es viele internationale Beispiele, wie auch kollektiv und ausdrücklich als Arbeitskampfmaßnahme verstanden nach sozialen oder politischen Gesichtspunkten unterschieden werden kann, für wen die Arbeitsverweigerung gilt und für wen ausdrücklich nicht.

Während in Deutschland Streiks im Transportwesen immer noch nur als erfolgreich gelten, wenn niemand transportiert wird (egal, ob zur Maloche oder zur Liebe), gibt es in Frankreich eine Tradition sozialer Arbeitskämpfe statt strikter Arbeitsverweigerung, in der Gratis-Mobilität angeboten und dabei über sie diskutiert wird. Soziale Differenzierung der Leistungserfüllung ist auch zum Beispiel bei der Briefzustellung (Erwerbslosenschecks ja, Unternehmenspost nein) oder bei der Stromversorgung (Strom für Arme an, für Reiche aus) erfolgreich durchgeführt worden und sicherte zudem den Aktionen die Akzeptanz und Solidarität der übrigen Teile der Lohnabhängigen, die sonst gerne und leicht durch die bürgerliche Presse als empörte Kunden gegen die Streiks gehetzt werden.

Kapitalismus und Repression leben vom Akzeptieren und Mitmachen

Ob solcher Widerstand der persönlichen Gesundheit gilt oder sich an der Grenze zur strategisch-politischen Sabotage bewegt, hängt von vielen Faktoren ab: politisches Bewusstsein, Grad der Kollektivierung, strategische Zielsetzung. Es gibt verschwimmende Grenzen zwischen individueller Rache und kollektivem Arbeitskampf – politisch können nämlich auch durchaus individuelle Verhaltensweisen am Arbeitsplatz und beim Einkaufen sein, zumal wenn sie NachahmerInnen finden.

Noch wird ohne Erfolg die deutsche Fabienne gesucht, also die ARGE-Sachbearbeiterin, die Repression verweigert und offen dazu aufruft. Doch wer genau hinschaut, trifft fast täglich auf ungehorsame Zugschaffner, ein Auge zudrückende Behördenangestellte oder mit der Kassiererin solidarische KundInnen. Sabotage fängt im Kleinen an und kann dennoch Großes bewirken.

Wie gesagt: Kapitalismus und Repression leben vom Akzeptieren und Mitmachen und jede noch so kleine Konformitäts- und Wettbewerbsverweigerung, jede geübte Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten – am liebsten kollektiv – kann zum ersten Schritt jenseits dieses inhumanen, und ohne unser Akzeptieren, und Mitmachen bankrotten Systems führen.

Allerdings setzt Sabotage Mut und Selbstbewusstsein und als Arbeitskampfmittel auch die Selbstermächtigung der ArbeiterInnen gegen die Macht der Gewerkschaftsbürokratie voraus – stärkt diese aber bereits im Prozess und lässt eine echte, alltägliche Demokratisierung durchscheinen.●

Anmerkungen

1) Weitere Quelle: Mag Wompel: Empören, Okkupieren, Verweigern. Sabotage im Alltag. GWR 365, 01/2012.
2) Vgl. Reinker, Susanne: Rache am Chef – Die unterschätzte Macht der Mitarbeiter. Berlin, 2008.
3) Als Sabotage bezeichnet man laut Wikipedia »die absichtliche Störung eines wirtschaftlichen oder militärischen Ablaufs zur Erreichung eines bestimmten (oft politischen) Zieles.« Im alltäglichen Sprachgebrauch ist mit Sabotage oft auch die gewaltsame Beschädigung und Zerstörung von Geräten, Maschinen, Infrastruktur usw. zugunsten eines höheren Zweckes gemeint (Gewalt gegen Sachen).
4) Rieder, Kerstin und G. Günter Voß: Der arbeitende Kunde. Wenn Konsumenten zu unbezahlten Mitarbeitern werden. Frankfurt a.M., New York: Campus, 2005.
5) Adams, Scott: Das Dilbert-Prinzip. Die endgültige Wahrheit über Chefs, Konferenzen, Manager und andere Martyrien. Landsberg am Lech, 1997.
6) Für weitere Beispiele siehe Wompel, Mag: Sabotage – Arbeitskampf mit Strategie und Spaß. In: Torsten Bewernitz (Hrsg.): Die neuen Streiks. Geschichte. Gegenwart. Zukunft. Münster: Unrast-Verlag, 2008 (S. 140-150).

ARBEIT

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

Kompass für die politische Praxis: Die Vier-in-einem-Perspektive

Die von Frigga Haug (emeritierte Universitätsprofessorin, Argument-Herausgeberin und Redakteurin des kritischen Wörterbuch des Marxismus) entwickelte Vier-in-einem-Perspektive (4 in 1) umfasst vier Säulen, die es im Sinne einer gerechten Politik von unten zusammenzuführen gilt: Erwerbsarbeit, Reproduktions- oder Zuwendungsarbeit, kulturelle Arbeit und politische Arbeit. Die Teilhabe an diesen vier Säulen soll für jedeN möglich sein und auf gleicher Ebene gesehen und verteilt werden. 4 in 1 greift ein bei den Vorstellungen von Arbeit, von anständigem Leben, von Geschlechterverhältnissen, von der Verantwortung für sich selbst und bei der Gestaltung der Gesellschaft. 4 in 1 als Projekt bezieht Position und setzt an beim zentralen Herrschaftsknoten, der unsere Gesellschaften zusammenhält: Dem Schnittpunt der Klassenfrage, der Geschlechterfrage, der politischen Regelung und der Entwicklung der Einzelnen. Mit Frigga Haug sprach Maggie Jansenberger (unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz):

Maggie Jansenberger: Ihre 4 in 1 Perspektive wird auch als »Gerechtigkeit für alle« bezeichnet. KritikerInnen könnten sagen, dass sind Utopien, die nicht für die politische Praxis taugen.

Frigga Haug: Solche Kritik ist so richtig wie falsch. Was ist das für eine Praxis, die ohne Vision von einer anderen Welt auskommt, zu der dann dennoch praktisch aufzubrechen ist, hier und jetzt? Es ist richtig, auf konkrete Forderungen zu bestehen, aber welche Forderungen zu stellen sind, bemisst sich dann doch an der Perspektive, zu der man aufbricht. Zum Beispiel wäre die Forderung: *Alle sollen ein Dienstmädchen haben, damit sie nicht zu viel Schmutzarbeit verrichten müssen,* sicher unpassend für die Dienstmädchen – dies auch dann, wenn wir vorher eilig Sprachpolitik betreiben, und sie kosmetisch und geschlechtergerecht RaumpflegerIn nennen. Darüber nachdenkend, erkennt man schnell, dass wir für eine gerechtere Gesellschaft über Arbeitsteilung forschen müssen und ziemlich bald vor großen notwendigen Entwürfen stehen über die Befreiung von Herrschaft überhaupt. Im Vergleich dazu wirkt das Verlangen nach Gerechtigkeit ganz alltagskonkret und praktisch, verständlich schon für Kinder.

Die politische Kunst liegt in der Verknüpfung der vier Bereiche. Woran mangelt es in der derzeitigen Politik mehr: an Kunstfertigkeit oder an Utopien/Visionen?

Das Verlangen nach politischer Kunst empfiehlt ja grade, solche entweder/oder-Fragen zu vermeiden. Die Verknüpfung der vier Bereiche schlägt vor, nicht eine Politik um die Erwerbsarbeit allein zu betreiben, keine bloß um Reproduktion, keine nur für Selbstentfaltung, und keine bloß um das Recht auf politische Einmischung, weil jedes für sich verfolgt auf lange Sicht reaktionär wird. Die Politik um die Vollzeiterwerbstätigen verliert wenigstens zwei Drittel der Erwerbsfähigen aus dem Auge, taugt also nicht für das zunehmende Heer an Prekariern; die Politik um die Reproduktion landet bei den Müttern und nagelt das weibliche Geschlecht ans Kreuz der Geschichte, die Konzentration auf Selbstentfaltung schafft eine Elite und das Recht auf politische Einmischung erbringt ohne die drei anderen Bereiche Politik als Beruf, als Stellvertretung. – Man muss also die Bereiche verknüpfen, z.B. die verständliche Forderung nach Verkürzung der Erwerbsarbeit zusammen mit Forderungen, wie mit der dann frei gewordenen Zeit zu verfahren ist, formulieren. Also nicht: »Samstags gehört Vati uns«, wie dies gewerkschaftliche Forderung war, sondern: Die Erwerbsarbeit muss radikal verkürzt werden, damit alle genug Zeit haben, sich der sozialen fürsorgenden Praxen ebenso anzunehmen, wie sich selbst zu entwickeln und politisch tätig zu sein, was, wie man an der Krise hautnah erfährt, zwingend notwendig ist usw.

Noch ein Beispiel: Die derzeit energischste Initiative für Arbeitszeitverkürzung in Deutschland fordert die 4-Tagewoche. Dies würde aber den wesentlichen Herrschaftsknoten, in dem die weibliche Zustimmung steckt, die jeden Tag auftretenden fürsorglichen Arbeiten privat zu erledigen, ebenso auf Dauer stellen, wie auf eigene Entwicklung zu verzichten und sich politisch nicht einzumischen. Es ist eine Forderung vom Männerstandpunkt gestellt, die zwar damit das Ziel verfolgt, die Arbeitslosigkeit zu verringern, nicht aber insgesamt eine andere und gerechtere und auch haltbarere Gesellschaft für alle zu verfolgen. Das Problem wird vertagt.

Wie kann eine Herauslösung des Arbeitsbegriffs aus der in der Form der Lohnarbeit verbrachten Tätigkeit vollzogen werden? (Stichwort: Teilzeitarbeit für alle!)

Das ist eine Frage nach einer Kulturrevolution. Denn praktisch existieren ja alle möglichen Arbeiten in der Gesellschaft, die auch als Arbeit bewusst sind, nur, wenn es darauf ankommt, zählt im gleichen Alltagsbewusstsein nur noch die Erwerbsarbeit als Arbeit. Das allgemeine Bewusstsein ist zu schärfen, dass in der gesellschaftlichen Gesamtarbeit eine Unmenge an Tätigkeiten stecken, deren Zuordnung zu Arbeit oder Nichtarbeit hinter dem Rücken unklar vorgeht. Man kann eine ganze Tagung damit verbringen, die einzelnen Tätigkeiten mit allerlei Beiwörtern geschmückt und verdeckt bis zur Unkenntlichkeit, wie Ehrenarbeit, Umsonstarbeit, Hobby-Arbeit, Gedankenarbeit, ideologische Arbeit, Repräsentationsarbeit, politische Arbeit, Maloche, Job, usw., herauszuholen und gemeinsam zu diskutieren, warum und wie die Tätigkeiten in welchem Fach zu finden sind und wie sie zum allgemeinen Begreifen und zur Befreiung zu erkennen wären. Sicher ist der Vorschlag der Vier-in-einem-Perspektive leicht verständlich als ein Ordnungsvorschlag für den Gesamtzusammenhang der Tätigkeiten. Damit können wir die bisherigen Ausdrücke, die auf der Straße liegen, zum Tanzen bringen. Dieses lässt sich etwa politisch aufregend tun mit dem Begriff Teilzeitarbeit. Er enthält völlig unbegriffene Setzungen, was volle Zeit, was ein Teil ist. Vor allem aber enthält er politische Erfahrung, gemacht in langen Kämpfen, dass Teilzeitarbeit ein Unglück ist und genauso schäbig wie Frauenarbeit. Alle diese Kämpfe und ihre Bedeutungen gilt es hervorzuholen und ein Bewusstsein über die Vorgänge zu schaffen. Marx folgerte am Ende seiner Analyse der Lohnarbeit: »Produktiver Arbeiter zu sein, ist daher kein Glück, sondern ein Pech.« – Diese Einsicht ist bis heute nicht überall angekommen. Aber genauso geht es mit der »Vollzeitarbeit «, weshalb die Losung »Teilzeitarbeit für alle« so paradox ist, wie verstörend, aufklärerisch und provokant.

Die lebenslange Entfaltung des eigenen Selbst braucht Zeit und den Raum, sowie das Recht auf eigene Wege auch bei eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten. »Sozialen Garantien des Lebens« (Rosa Luxemburg) gelten als unbedingte Voraussetzung dafür, dass politische Beteiligung möglich wird. Wie kann eine solche soziale Garantie aussehen?

In Österreich und in Deutschland wird der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert. Dieser Vorschlag antwortet zum einen auf die Lage des wachsenden Prekariats, also auf die schwierigen Bedingungen, unter denen die vielen Menschen leben müssen, die aus dem gesellschaftlichen Ewerbsprozess herausgefallen sind und nun in irgendeiner Form staatliche Unterstützung bekommen, die in kontrollierender Weise, mit Zusatzpflichten ausgestattet, gewährt wird. Ich habe mich vielfach damit auseinandergesetzt, weil im Vorschlag der Vier-in-Einem-Perspektive die soziale Sicherung von allen vorausgesetzt ist. Die Grundeinkommensbewegung ist also ein natürlicher Freund der Vier-in-Einem-Bewegung. Um es kurz zu fassen: Mir klingt die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen zu bescheiden, schmeckt nach Abspeisung und erinnert historisch an Brot und Spiele aus dem alten Rom. Ich schlage daher vor, den Luxemburgischen Begriff der »sozialen Garantien des Lebens« zu nehmen und in ihm das Kampffeld aufzuspannen. Jetzt geht es darum, zu bestimmen, was soziale Garantien sind, wie sie an einen menschlich durchschnittlichen Lebensstandard, historisch verschieden, angepasst sein müssen und wie vor allem auch politisches Handeln, Selbstentwicklung, mitmenschlicher Umgang zu den sozialen Garantien gehören oder anders, dass die sozialen Garantien so grundlegend sein müssen, dass politisch eingreifendes Handeln, das der kulturellen Teilhabe bedarf, so abgesichert möglich ist.

Sie nennen »Reproduktionsarbeit« auch »Zuwendungsarbeit« und kritisieren es als »welthistorische Niederlage«, dass der Bereich Zuwendungsarbeit in gesellschaftlichen Verruf kam, minderwertig und unwichtig zu sein. In Zeiten der »Sparwut« und Rückzug des Staates werden genau diese Leistungen eingespart, was zu einer Rückverlagerung in den privaten Bereich führt, sprich dass Frauen wieder vermehrt die Pflege und Betreuungsarbeiten übernehmen müssen – was aber frauenpolitisch ein Rückschritt ist.

Wieder finde ich es praktischer, zunächst sehr theoretisch anzufangen, denn, wie Rosa Luxemburg sagt: »nichts ist praktischer als eine gute Theorie«. Also besinnen wir uns, dass Kapitalismus bedeutet, dass sich der Bereich der Lebensmittelproduktion im weiteren Sinn als gesellschaftliche Hauptsache durchgesetzt hat und sich den Bereich, in dem es um das Leben geht, seine Pflege und Erhaltung nicht einfach unterworfen hat, sondern als Nebensache ausgegliedert. Wo immer es um die Versorgung und das Zueinander von Menschen geht, wird dies dem Zufall überlassen und als nicht so wichtig Frauen überantwortet, die darum auch als weniger wichtige Menschen gelten können. Soweit die theoretische Rahmenskizze. Im Laufe der jüngeren Geschichte haben Frauen mehr Rechte errungen. Im letzten Jahrhundert auch das Recht auf Erwerbsarbeit, zunächst als Zuverdienerin, später auch schon fast als Gleichwertige. Die ganze Zeit aber haben sie nebenher, unentgeltlich, zuhause die stets weiter nötigen fürsorgenden Tätigkeiten übernommen, soweit sie nicht in staatliche Einrichtungen überführt wurden. Das heißt auch, sie haben aus Not Teilzeitarbeit gewählt. Das bedeutet nicht nur, dass Frauen stets unter Stress stehen (man nennt dies: Vereinbarkeit von Beruf und Familie), es bedeutet auch, dass sehr vieles in diesem Feld des Mitmenschlichen und der Sorge um Natur einfach ungetan liegenbleibt.

Soweit der Staat in der Krise die sozialen Bereiche zusammenkürzt, kommen auch die dorthin verlagerten Tätigkeiten – besonders was Kranke und Alte betrifft –, zurück in die privaten Haushalte und fallen hier wiederum auf Frauen. Wo die Familie der letzte Rückhalt ist, sind es die Frauen, die nun wiederum auf eigenes Leben zugunsten der notwenigen Zuwendungsarbeit verzichten müssen. In der grundsätzlichen Verkehrung, dass Produktion um des Gewinns willen die Gesellschaft regelt, was ja ein barbarisches Prinzip ist, gibt es fürs Überleben diesen Zusammenhang, den ich den Herrschaftsknoten genannt habe. Die Zustimmung der Frauen, sich der liegengelassenen Aufgaben umsonst anzunehmen, einfach weil sie notwendig sind, macht zwar die Menschlichkeit dieser Menschen aus, zugleich aber verhindert es die notwendige Umwälzung, die ein gutes Leben für alle möglich macht. Hier ist Fantasie und Eigenwilligkeit nötig, diese Zumutung zugleich zurückzuweisen und doch auf menschliche Teilhabe nicht zu verzichten. Projekte an den Grenzen des Kapitalismus versuchen schon heute Experimente des Zusammenlebens, die nicht auf Kosten Einzelner gehen. Sie gilt es zu studieren, aus ihnen weitere Politikvorschläge zu gewinnen.●

Frigga Haug

Foto: www.friggahaug.inkrit.de

Eine gekürzte Fassung des Interviews wurde erstmals in blattforUm25 – die Zeitung der Plattform25 veröffentlicht:
http://www.plattform25.at/category/news/

Buch:
Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive. Argument Verlag, Hamburg, 2008, 352 Seiten; 19,50 EUR, ISBN 3-88619-336-3

Links:
www.friggahaug.inkrit.de, www.vier-in-einem.de/4/4

RECHT AUF ARBEIT?

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

Das Ganze des Lebens

Der Begriff »Arbeit« ist mit vielfältigen Bedeutungen besetzt. Ethymologisch bezeichnete er meist die Arbeit von Sklaven und Unfreien, oft verbunden mit körperlicher Anstrengung. Für freie, schöpferische Tätigkeiten wurden andere Begriffe verwendet; etwa das lateinische »operari« oder das englische »work«; der deutsche Handwerker ging nicht zur Arbeit sondern in die »Werkstatt« um seinem »Tagwerk« nachzugehen. Erst mit der Industrialisierung und dem zunehmenden Selbstbewusstsein der ArbeiterInnen, die ihre Arbeit als die Quelle des gesellschaftlichen Wohlstands erkannten, wurde der Begriff »Arbeit« ins Positive gewendet. Arbeit als Weg zur Menschenwürde – dieser Zusammenhang wurde so stark, dass heute das Recht auf Arbeit als Menschenrecht gilt.

Zeit zum in die Luft schauen Foto: Brigitte Kratzwald

Von Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz ● Und zweifellos entwickelt der Mensch erst in der tätigen Auseinandersetzung mit seiner Umwelt seine Fähigkeiten und seine Identität. Heute wird der Begriff »Arbeit« jedoch ausschließlich auf »Lohnarbeit« reduziert. Weil die soziale Absicherung meist an Lohnarbeit gebunden ist, wird diese, obwohl sie ursprünglich Autonomie begründen sollte, immer mehr zum Zwang. Arbeit zu schaffen scheint – neben der Vermehrung von Kapital – der Hauptzweck der Wirtschaft zu sein, die Herstellung der Dinge, die für ein Gutes Leben notwendig sind, wird dabei bestenfalls zur »Nebenwirkung«. Arbeit dient in erster Linie dazu, seinen Lebensunterhalt in Form von Geld zu verdienen.

Die Tätigkeiten der (Re-)Produktion von Leben werden durch diesen Arbeitsbegriff abgewertet und unsichtbar gemacht. Unbezahlte Arbeit sichert weder die Existenz noch soziales Ansehen – und das, obwohl die unbezahlte Arbeit die bezahlte an Zeitaufwand übersteigt. Frauen haben gegen diese Reduktion des Arbeitsbegriffes schon lange angekämpft. Heute wird der Umfang unbezahlter Arbeit zumindest regelmäßig erhoben und in Beziehung zum Bruttosozialprodukt gesetzt. Unter dem Motto »Das Ganze der Arbeit« wird versucht, alle gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten zusammenzufassen und gleich zu bewerten, egal ob bezahlt oder unbezahlt. In den letzten Jahren ist zudem die Tendenz zu bemerken, dass der Begriff Arbeit inflationär verwendet wird. Man spricht von Arbeit an der eigenen Persönlichkeit, Beziehungsarbeit und neuerdings auch von Konsumarbeit. Diese Tätigkeiten sollen damit aufgewertet werden. Das hat jedoch auch problematische Aspekte.

Erstens ist da ein Denkfehler. Im Kapitalismus können nicht alle Arbeiten bezahlt werden, weil die unbezahlte Reproduktionsarbeit notwendige Voraussetzung der Kapitalakkumulation durch Erwerbsarbeit ist. Darum lassen sich bezahlte und unbezahlte Arbeit nicht einfach addieren, es handelt sich dabei um zwei unterschiedliche Konzepte, die gewissermaßen die beiden Seiten der gleichen Medaille darstellen, nämlich der kapitalistischen Marktwirtschaft. Das eine ist die historisch spezifische Form abstrakter Arbeit, das andere die allgemein gültige konkrete, gebrauchswertproduzierende Arbeit. Es werden also Äpfel zu Birnen addiert, was den speziellen Charakter der Lohnarbeit unsichtbar macht und Lohnarbeit als quasi »natürlichen« Bestandteil des »Ganzen der Arbeit« festschreibt, egal ob es sich dabei um Tätigkeiten handelt, die zu einem Guten Leben beitragen oder dieses zerstören.

Daraus folgt der zweite problematische Aspekt: die Logik der Lohnarbeit wird zur Norm für alle Tätigkeiten, die unter dem Begriff Arbeit zusammengefasst werden. Teile der Frauenbewegung, wie Subsistenztheoretikerinnen und Vertreterinnen der Care-Perspektive, haben sich immer gegen die Orientierung an der Lohnarbeit verwehrt und die besondere Qualität der konkreten, gebrauchswertproduzierenden Arbeit ins Zentrum gestellt. Subsistenzproduktion bezeichnet alle jene Tätigkeiten, deren Zweck die Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens ist. Sie steht damit im Gegensatz zur Waren- und Mehrwertproduktion, deren erstes Ziel die Vermehrung des Kapitals ist. Häufig haben sie sich dabei vom Begriff »Arbeit« distanziert, einerseits weil dieser zu sehr auf Lohnarbeit fokussiert, andererseits weil er bestimmte Tätigkeiten vom Leben abtrennt, denn das, was uns gut tut und lebendig hält, liegt großteils außerhalb dessen, was gemeinhin als Arbeit gilt. Immer mehr Arbeit müssen wir erledigen, bevor wir endlich zu »Leben« beginnen können. Stattdessen könnte man es so sehen, dass Leben selbst zu einem guten Teil aus seiner eigenen Reproduktion besteht. Die dazu notwendigen Tätigkeiten trennen uns nicht vom Leben, sondern sie machen, in ihrer ganzen Vielfalt, dieses erst aus. Dabei entfalten sich unsere Fähigkeiten und unsere Kreativität, entwickeln wir unsere unverwechselbare Identität, schaffen wir tragfähige Beziehungen zur menschlichen und nicht-menschlichen Umwelt. Es geht also nicht um »das Ganze der Arbeit« sondern um »das Ganze des Lebens«.

In den letzten Jahren ist nun sozusagen am anderen Ende des wirtschaftlichen Spektrums, dort wo die technische Entwicklung am weitesten gediehen ist, eine Produktionsweise entstanden, die sehr ähnlichen Prinzipien folgt wie die Subsistenzproduktion und sich ebenfalls von der Logik von Markt und Lohnarbeit distanziert und an der Bedürfnisbefriedigung ansetzt. Aus der Freien-Software-Bewegung kommt der Begriff der »Peer-Produktion«. Sie bestimmt sich durch die Freiwilligkeit, den Spaß am Tun und die Möglichkeit der Selbstentfaltung, aber auch die Bedeutung des Teilens. Auf den ersten Blick zwei völlig unterschiedliche Welten, die nichts miteinander zu tun haben. Tätigkeiten, die Spaß machen und der Selbstentfaltung dienen, kann mensch sich erst widmen, wenn die lebensnotwendigen Dinge erledigt sind, so würden die Subsistenztheoretikerinnen vermutlich sagen. Aber muss das so sein? Sind lebensnotwendige Dinge immer mühsam und langweilig, so dass Menschen dazu gezwungen werden müssen? Oder erscheinen sie nur so, weil die Gesellschaft heute so organisiert ist, dass diese Dinge eben unbedankt zusätzlich zur als viel wichtiger und befriedigender empfundenen Lohnarbeit getan werdem müssen? Unter geeigneten Bedingungen könnten etwa Pflegetätigkeiten einen hohen Grad an Befriedigung und Selbstentfaltungsmöglichkeiten bieten.

Was, wenn diese beiden Ideen einander befruchten könnten? Wäre das nicht eine Grundlage für die Organisation einer zukunftsfähigen Gesellschaft ohne die Arbeit vom Leben abzutrennen? Es ginge dann nicht um Work-Life-Balance und nicht um die Frage der gerechten Bewertung und Verteilung unterschiedlicher Formen von Arbeit. Es ginge um die Einheit von Tun und Sein ohne den Umweg über das Haben. Mit den Worten der feministischen Ökonomin Ina Prätorius (1):

»Ich bin dann glücklich, wenn ich meine unverwechselbaren Fähigkeiten einsetzen kann, um die Welt wohnlicher zu machen. Wo auch immer. Am heimischen oder an einem anderen Lebe- und Arbeitsplatz. ... Ich muss mich nicht zwei- oder drei- oder vierteilen in Life and Work and Quality Time und was der schönen Dinge und Worte mehr sein mögen. Ich muss nicht dauernd organisieren, um alles unter einen Hut zu bringen, denn es ist schon alles unter einem Hut. Der Hut heißt: Weltgestaltung. Glücklich bin ich in einer Gesellschaft und einer Umwelt, die überlebensfähig ist und sich insgesamt auf das Wohlsein aller zu bewegt.«

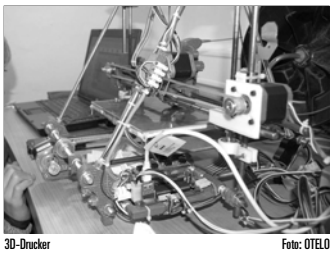
Liegt in einem Zusammendenken von Peer-Produktion und Subsistenzproduktion das Potenzial dieses »Ganze des Lebens« zu erfassen und zu beschreiben? Mit dieser Frage beschäftige ich mich in einem von der Stiftung Fraueninitiative finanzierten Projekt.●

1) **Prätorius, Ina:** Diesseits der Zweiteilung: die Zukunft der Arbeit. Vortrag an der 16. Frauenlandsgemeinde in Aarau, 9. Mai 2009
www.frauenlandsgemeinde.ch/downloads/inapraetoriusdiesseitsderzweiteilungflg09.pdf

OFFENES TECHNOLOGIE-LABOR

Neue Arbeit – Neue Kultur = OTELO

Frithjof Bergmanns Konzept »Neue Arbeit – Neue Kultur« ist die Grundlage für viele Projekte, die sich mit der Arbeit der Zukunft beschäftigen (siehe z.B. CONTRASTE Nr. 340, Seite 6). Ein Verein in Oberösterreich hat diese Idee erfolgreich in den ländlichen Raum transportiert. Einige Menschen in der oberösterreichischen Kleinstatt Ottensheim wollten ihrer Unzufriedenheit damit, wie derzeit Arbeit organisiert wird – starker Druck, für diejenigen, die Arbeit haben, Resignation bei den Arbeitslosen, das Gefühl, an der Arbeit eher zu leiden als daraus Befriedigung ziehen zu können – nicht mehr nur verbal Ausdruck verleihen. Aus der Zusammenarbeit mit Frithjof Bergmann und mit Unterstützung einer engagierten Bürgermeisterin entstand ein zukunftsweisendes Projekt, das inzwischen schon mehrere Nachahmer gefunden hat.



3D-Drucker Foto: OTELO

Von Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz ● Das OTELO, das offene Technologie-Labor, gibt es derzeit an sechs Standorten, fünf davon in Oberösterreich (neben Ottensheim sind das Gmunden, Vöcklabruck, Kremstal und Vorchdorf) und einmal im brandenburgischen Angermünde, allesamt Gemeinden mit – zum Teil deutlich – weniger als 15.000 EinwohnerInnen. Die Politik hat hier eine Rolle gespielt, die sie viel zu selten übernimmt: sie hat Rahmenbedingungen geschaffen, die lustvolle und produktive Selbstorganisation ermöglichen, sie unterstützt, wo es gewünscht wird und lässt wachsen, was wachsen will. Eine Anschubfinanzierung durch verschiedene öffentliche Stellen und private Sponsoren machte es möglich, ein von der Gemeinde zur Verfügung gestelltes Gebäude zu adaptieren.

Einer der Initiatoren des OTELO, Martin Hollinetz, verweist auf die Bedeutung solcher offenen Räume gerade in einer Gesellschaft des Übergangs: »Wir haben heute sowohl in den Städten, als auch in Gemeinden und Dörfern einen Grad der Durchorganisation erreicht, der einfach keinen Platz für Leerräume mehr bietet. Selbst Kellerwerkstätten, in denen früher gebastelt und experimentiert werden konnte, sind bei modernen Bauten nicht mehr vorgesehen«.

Das OTELO Ottensheim versteht sich im besten Sinne des Wortes als Labor für zukünftige Lebensweisen. Ein Schwerpunkt sind Naturwissenschaft und Technik, zu denen hier ein lustvoller Zugang für alle Altersklassen ermöglicht wird. Ein Vorzeigestück stellt natürlich der 3D-Drucker dar. Das engagierte Ottensheimer Team hat bereits wesentlich zur Weiterentwicklung des Druckers und der dazugehörigen Software beigetragen. Es werden aber keineswegs nur Computerfreaks angesprochen. Die unterschiedlichen Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit Ernährung, Bewusstseinsbildung, Werkstätten und Energie. Das OTELO beherbergt auch eine Rad-Reparaturwerkstatt, ein Radio-Studio, einen Kostnixladen und Räumlichkeiten zum Vernetzen und Diskutieren. Es wird getöpfert oder Seife gekocht und auch ein Gemeinschaftsgarten gehört dazu. Die einzelnen Arbeitsbereiche werden »Nodes« genannt, Knotenpunkte in einem größeren Netzwerk von Menschen, die an einer lebenswerten Zukunft bauen.

Dem Projekt zugrunde liegt die Beschäftigung mit dem Begriff »Arbeit« und seiner Neubewertung, wobei Lohnarbeit nicht mehr im Zentrum stehen soll. Laut Umsetzungskonzept geht es um Arbeit, die dem Menschen Freude bereitet. Arbeit, die vorhandene Potentiale und Ressourcen berücksichtigt. Arbeit für Menschen, deren Einbindung in den Arbeitsalltag problematisch ist. Arbeit, die hier in der Region entsteht und bleibt.

Die Verankerung in der Bevölkerung der Region durch Information und Veranstaltungen sind ein wichter Teil der OTELO-Aktivitäten. Es soll, so steht es im Konzept, »Visionsarbeit bei allen BürgerInnen von Ottensheim und der Region initiiert und ausgelöst werden.« Dabei geht es um so unterschiedliche Themen wie Permakultur, Alternativwährungen und neue Technologien. Darüber hinaus sollen aber möglichst viele Menschen dazu motiviert werden, selbst aktiv zu werden. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Zusammenarbeit mit Schulen, wodurch Kinder an diese neue Arbeitskultur herangeführt werden und die Lust des Selbermachens kennen lernen können.

Lehmofenbau Foto: OTELO

Alle Aktivitäten werden im regionalen Zusammenhang gedacht. »Das OTELO lebt vom Netzwerken und Kooperieren. Es hält ständig Ausschau nach Partnern aus der Wirtschaft, die Nodes sponsern, mit OTELO kooperieren und davon auch inspiriert werden. Es arbeitet mit regionalen Schulen und Lehrwerkstätten, Fachhochschulen, Universitäten, ähnlichen Labs auf der ganzen Welt oder auch mit dem Ars Electronica Center zusammen«, heißt es im Infoblatt des Vereins.●

Links:
www.neuearbeit.ottensheim.at
www.otelo.ottensheim.at

TEIL 1

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

Parecon versus Peer-Produktion

Michael Albert, der Begründer des Konzepts »Participatory Economy«, kurz Parecon, und Christian Siefkes, Vertreter der Peer-Produktion (s. CONTRASTE Nr. 292 und 303), diskutieren online ihre Ideen. CONTRASTE bringt in vier Folgen eine gekürzte deutsche Übersetzung der Diskussion.

BESCHREIBUNG VON PARECON

Michael Albert ● Parecon (s. CONTRASTE Nr. 236) beschreibt Institutionen für eine ökologisch fundierte und klassenlose Wirtschaft, die Solidarität, Gleichheit und Selbstverwaltung stärkt. Dabei sind selbstverwaltete Arbeiter- und Konsumentenräte der zentrale Ort, an dem wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden.

Selbstverwaltung bedeutet, dass Personen und Gruppen in dem Ausmaß Entscheidungen beeinflussen können, wie sie von diesen betroffen sind. Ist hauptsächlich eine Person betroffen, entscheidet diese alleine, auf der Basis von übergeordneten Richtlinien, die im breiten Konsens beschlossen wurden. Ist ein Arbeitsteam betroffen, entscheidet dieses, ebenfalls unter Beachtung dieser übergeordneten Richtlinien.

Der zweite wichtige Aspekt von Parecon ist die Frage der Entlohnung. Es wird weder Macht noch Eigentum belohnt und auch nicht ausschließlich der persönliche Output. Alle bekommen den ihren Bedürfnissen entsprechenden Anteil am Sozialprodukt; auch diejenigen, die nicht arbeiten, haben ein Recht auf Einkommen und medizinische Versorgung. Gleichheit bedeutet für Parecon aber nicht, dass alle das gleiche Einkommen bekommen. Wer schwerer, länger oder unter schwierigen Bedingungen gesellschaftlich nützliche Arbeit leistet, soll mehr verdienen. Kosten und Nutzen sollten sich für jeden wirtschaftlichen Akteur die Waage halten. Für interessante und befriedigende Arbeiten brauchen Menschen keine finanziellen Anreize. Aber auch in einer gut organisierten Wirtschaft gibt es beschwerliche und unbefriedigende Tätigkeiten, die gesellschaftlich unverzichtbar sind. Solche Arbeiten sollen belohnt werden.

Wenn wir Arbeit und Einkommen trennen und die Menschen arbeiten was sie wollen, wann sie wollen und wie lange sie wollen sowie konsumieren was, wann und wie viel sie wollen – ohne Mechanismen, um zwischen diesen beiden Entscheidungen zu vermitteln – würden die meisten weniger arbeiten und mehr nehmen als dem Gemeinwohl gut tut. Und zwar nicht, weil die Menschen gierig, faul oder verantwortungslos wären, sondern weil sie nicht wissen können, wie viel sie arbeiten müssen und wie viel sie haben können. Auf der anderen Seite wüssten auch die Unternehmen nicht, wie viel sie von welchem Produkt herstellen sollen oder wo sie investieren sollen.

Es gibt bereits viele Unternehmen, in denen diese beiden Aspekte von Parecon verwirklicht werden. Etwa in hunderten besetzten Fabriken in Argentinien und neuerdings auch in Venezuela. Nach einiger Zeit entstehen jedoch häufig Probleme. Die anfängliche Begeisterung schwindet und die Teilnahme an den Versammlungen geht zurück. Nur wenige Menschen beteiligen sich an den Entscheidungen, Einkommensunterschiede nehmen zu, es kommt wieder zu Entfremdung. Und die Beteiligten suchen die Schuld bei sich selbst. Es scheint, dass Herrschaft und soziale Ungleichheit in der menschlichen Natur liegen und es keine Alternative gibt.

Deshalb gibt es eine dritte Parecon Komponente, die sich »ausgewogene Arbeitspakete« (»balanced job complexes«) nennt. Bei der üblichen Arbeitsteilung üben 80% der Arbeiter Tätigkeiten aus, die sie »entmächtigen«. Es sind repetitive Routinearbeiten, die die Menschen voneinander, von den Entscheidungen, die getroffen werden müssen und von den dafür notwendigen Informationen trennen. Dadurch nehmen deren Kompetenzen, ihr Selbstvertrauen und das Wissen um die Zusammenhänge im Unternehmen ständig ab. Sie verlernen Entscheidungen zu treffen. 20% machen Jobs, die die Beziehungen untereinander stärken, die sozialen Kompetenzen erhöhen, ihr Selbstvertrauen und das Wissen über die Zusammenhänge im Unternehmen steigern, sie also ermächtigen, Entscheidungen zu treffen. Das führt zu einer Spaltung der Arbeitskräfte im Unternehmen, es entsteht so etwas wie eine Klasse von Koordinatoren. Um wirkliche Selbstverwaltung und Klassenlosigkeit zu erreichen, braucht es also zusätzlich zu Arbeiterräten und fairer Entlohnung einen neuen Modus der Arbeitsteilung, eben »ausgeglichene Arbeitspakete«. Das sind Bündel von Tätigkeiten, die alle mit einem adäquaten Machtpotenzial ausstatten, um an der Selbstverwaltung teilnehmen zu können.

Michael Albert Foto: Thomas Good / NLN

Das vierte Element von Parecon betrifft die Allokation der Güter. Wir haben dafür drei Modelle zur Auswahl: Märkte, zentralistische Planung und freiwillige Selbstregulierung. Märkte führen zu sozialer Ungleichheit, großen Machtunterschieden und in den ökologischen Wahnsinn. Sie bedrohen die Selbstverwaltung und fördern das Auftauchen einer Koordinatorenklasse. Zentralistische Planung erzeugt die gleiche Klassenspaltung und bedroht die Selbstverwaltung noch mehr. Auch sie tendiert zu ökologischem Wahnsinn und beschert den Planern Reichtum, während sie Gehorsam und Herrschaftsbeziehungen hervorbringt, die auch auf andere Lebensbereiche übergreifen.

Freiwillige Selbtregulierung ist eine großartige Idee, aber in den meisten Konzepten werden die wesentlichen Herausforderungen nicht angesprochen. Damit Menschen sich in Übereinstimmung mit den richtigen Werten und realen Möglichkeiten selbst verwalten können, brauchen sie Instrumente, mit denen sie feststellen können, welches Ausmaß an Arbeit und Konsum angemessen ist, und Rahmenbedingungen, die das Wohlergehen der Einzelnen an das Wohlergehen der Anderen binden. Das Allokationssystem von Parecon heißt partizipative Planung. Arbeiter- und Konsumentenräte bringen Vorschläge ein und verhandeln so lange, bis Inputs und Outputs in Einklang sind. Es gibt kein Oben und Unten und kein Zentrum, es ist kein Wettbewerb. Es wird buchstäblich Solidarität hergestellt und nicht unsoziales Verhalten gestärkt. Die Menschen müssen dazu weder allwissend noch Heilige sein. Einfache Strukturen ermöglichen und erleichtern Ergebnisse, die den Einzelnen und der Gemeinschaft nützen.

MEINE ZWEIFEL AN PARECON

Christian Siefkes ● Ich stimme mit den Zielen von Parecon überein. Was mich irritiert ist, dass Parecon den Kapitalismus überwinden will, aber doch einen essentiellen Aspekt beibehält: alles dreht sich weiterhin um bezahlte Arbeit: Alle müssen für Geld arbeiten, um die Dinge zu kaufen, die sie zum Leben brauchen. Warum? Müssen wir die Menschen wirklich zur Arbeit zwingen?

Ein typischer Vertreter des Kapitalismus würde vermutlich antworten: »Ja, die Menschen sind faul. Ohne Zwang würde niemand arbeiten und die Menschheit würde untergehen.« Michael Albert formuliert es ein wenig eleganter, aber im Grunde sagt er das Gleiche: alle sind ein wenig zu faul und ein wenig zu gierig für eine Gesellschaft ohne Zwang. Aber stimmt das wirklich? Und, gäbe es wirklich ein Missverhältnis zwischen »erreichbarem Output« und »erreichbarer Nachfrage«, könnte Parecon es vermeiden? Ich bezweifle beides.

Albert spricht immer noch von »Einkommen«, auch wenn die Menschen frei wählen sollen, wie viel sie arbeiten und konsumieren wollen. Aber wenn Arbeit nicht bezahlt wird und man für Konsum nicht bezahlen muss, verlieren die Konzepte »Einkommen« und »Geld« jede Bedeutung. Es gäbe also keine »Nachfrage nach Einkommen«, sondern eine »Nachfrage nach Gütern« unterschiedlichster Art. Das mögliche Missverhältnis wäre nicht nur quantitativ (nicht genug Einkommen, um die Nachfrage zu erfüllen), sondern qualitativ: zu wenig von manchen Gütern, zu viele von anderen, dazu Güter mit unpassenden Eigenschaften. Dieses qualitative Missverhältnis kann nicht einfach dadurch aufgehoben werden, dass Arbeit bezahlt wird. Parecon verfehlt genau den zentralen Punkt, wenn es weiterhin dem kapitalistischen Konzept »Einkommen« verhaftet ist, statt an das soziale Ergebnis, an die Produktion von Gütern zu denken.

Parecon versucht dieses qualitative Missverhältnis durch »partizipative Planung« zu verhindern, wo Arbeiter und Konsumenten ihre Vorschläge vorbringen und abgleichen. Der skizzierte Prozess erscheint mir zwar sehr formell und bürokratisch, ich stimme aber zu, dass es soziale Prozesse für die Abstimmung von Produktion und Konsum braucht. Aber wozu braucht es dann noch Geld und Lohn als zusätzliche Krücken?

Christian Siefkes

Die Diskussion darüber, was produziert werden soll, um die Nachfrage zu befriedigen, sollte schon alle benötigten Hinweise geben – nicht nur, ob mehr Arbeit notwendig ist, sondern auch welche Arten von Arbeit fehlen und von welchen es vielleicht schon zuviel gibt.

Es stimmt, dieses Wissen alleine garantiert noch nicht, dass sich tatsächlich Menschen finden, die die geforderten Aufgaben übernehmen. Das kann aber auch Lohnarbeit nicht garantieren, wenn sie nicht Teil eines vollständig ausgeprägten Arbeits- und Gütermarktes ist, wo diejenigen, die sich nicht in gesellschaftlich nachgefragter Weise betätigen können oder wollen, letztlich in ihrer Existenz bedroht sind. Natürlich will Albert das nicht, aber wenn er keinen Markt will, dann sollte er konsistent sein und auch die Idee der Bezahlung aufgeben. Keines dieser Konzepte macht Sinn ohne das jeweils andere.

Dies gilt insbesondere auch für die andere Seite der Medaille, den Preis der Waren. In seinem Text erwähnt Albert nicht, wie dieser bestimmt wird. Im Kapitalismus schwanken die Preise für eine Ware rund um ihren Wert, wie Karl Marx festgestellt hat. Dieser Wert ist die Menge an Arbeit, die durchschnittlich mit der bestmöglichen Technik für ihre Herstellung notwendig ist. Wenn ein Unternehmen veraltete Technik verwendet, oder Arbeiter beschäftigt, die langsamer sind oder mehr Fehler machen, kann es seine Produkte auch nicht teurer verkaufen. Wenn die Arbeiter das Problem sind, dann kann das kompensiert werden, indem sie weniger bezahlt bekommen oder entlassen werden. Parecon fordert aber, »die Bezahlung soll sich danach richten, wie lange jemand arbeitet«. Also erhält ein langsamer Arbeiter den gleichen Stundenlohn wie ein schneller. Aber wären die Konsumenten bereit, von einer Kooperative zu kaufen, die viele langsame Arbeiter beschäftigt, obwohl sie dasselbe Produkt bei einer anderen Kooperative mit schnelleren Arbeitern billiger bekämen? Wohl kaum.

Ohne den Wettbewerbsdruck des Marktes wird das Konzept »Preis« bedeutungslos. Grundsätzlich scheint mir, dass Parecon als Reaktion auf die Auswirkungen von Marktkräften konzipiert wurde, während es gleichzeitig antritt, um den Markt zu überwinden. Wenn Letzteres gelingt, ist ersteres aber nicht mehr nötig. Das wird am deutlichsten wenn Albert die »ausgewogenen Arbeitspakete« begründet.

Er sagt, die Arbeitenden kommen nicht mehr zu Versammlungen und darum nehmen Einkommensunterschiede zu. Wie das? Erhalten manche Menschen mehr Einkommen, weil sie länger arbeiten, statt zu Treffen zu gehen? Oder bekommen die anderen mehr Einkommen, etwa als Kompensation für die langweiligen Treffen? Beide Begründungen scheinen gleich wenig plausibel. Viel plausibler ist, dass Kooperativen – wie alle anderen Marktteilnehmer – im Wettbewerb bestehen müssen und es deshalb für sie schwierig ist, die interne Einkommensgleichheit aufrecht zu erhalten. Hat eine Kooperative hohe Löhne, so sind ihre Produkte teurer als die der Konkurrenz. Sind die Löhne niedrig, findet sie keine gut qualifizierten Arbeitskräfte. In beiden Fällen kann sie am Markt nicht bestehen. Das trifft auch auf alle anderen Faktoren zu, mit denen

Fortsetzung auf Seite 10 links unten

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als

❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

GRUNDKONZEPTE

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

Gedanken zu Wertewandel und Grundeinkommen

Von Arbeit und Leistung zu Freiwilligkeit und Füllebewusstsein

Bestimmte Grundkonzepte zu Arbeit und Leistung, zu Pflicht und Verdienst, prägen unsere Gesellschaft. Prägen sie auch mich? Inwieweit habe ich selbst mich von diesen Konzepten gelöst, oder sie in einer Weise verändert, mit der ich mich wohler fühle? Wie gut gelingt es mir, nach diesen neuen Werten zu leben, auch wenn meine Umgebung ein anderes Verständnis hat?

Von Nicole Lieger, Wien ● Der Begriff »Arbeit« ist in unserer Gesellschaft stark positiv belegt, in dem Sinne, dass man arbeiten sollte, dass Anerkennung und Belohnung gebührt, wenn man es getan hat, dass man dadurch Ansehen und Selbstrespekt gewinnt bzw. diese ohne Arbeit zu verlieren droht.

»Arbeit« ist gleichzeitig stark negativ konnotiert im dem Sinne, dass man sie nicht freiwillig tun würde, dass sie anstrengend und unangenehm ist und viel weniger schön als die »Freizeit«. Arbeit ist Pflicht, und Pflichten sind hart und unangenehm, aber notwendig und aus Gründen des (Selbst)Respekts geboten. Diese Konnotationen, insbesondere die Idee der moralischen Pflicht, ließen sich mit der Annahme begründen, dass »Arbeit« gesellschaftlich nützliche, ja notwendige Tätigkeiten umfasst.

Manches von dem, was derzeit als »Arbeit« angesehen wird, d.h. insbesondere bezahlte Erwerbstätigkeit, ist jedoch meines Erachtens gesellschaftlich nicht nützlich, vielleicht sogar schädlich (z.B. Herstellung von Kriegsspielzeug, Werbung für krebserregende Produkte). Vieles ist netter Firlefanz, der Spaß macht, aber eigentlich entbehrlich ist (z.B. gestreifte Zahnpasta; Innovation im Handtaschendesign). Umgekehrt sind viele unbezahlte Tätigkeiten für menschliches Leben und Wohlbefinden extrem wichtig. Kinderbetreuung zum Beispiel. Auch in Europa erfolgt der Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu großen Teilen noch über den nicht-monetarisierten Sektor, insbesondere in Hausarbeit und Pflege. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit könnte man all diese Tätigkeiten als »Arbeit« definieren. Mit diesem Zugang wird auch das Gespräch mit einem Freund zur Beziehungs»arbeit«, meine eigene Weiterentwicklung zur »Arbeit« an meiner Persönlichkeit und so weiter.

Dies ist eine Möglichkeit, die Gleichwertigkeit verschiedener menschlicher Tätigkeiten deutlich zu machen, und eine ungerechtfertigte Ungleichheit in der Wertschätzung und dem Status menschlichen Tuns aufzuheben. Diese Sichtbarmachung und Wertschätzung verschiedenen menschlichen Tuns kann auch in der umgekehrten Richtung erreicht werden: statt alles als »Arbeit« zu bezeichnen, könnten wir den Arbeitsbegriff auch verabschieden, und nichts mehr als »Arbeit« begreifen. Es gibt keine Arbeit; alles ist menschliches Sein und Tun, Leben. Es gibt nur menschliche Tätigkeit, in unzähligen Formen und Farben, und in dieser Komplexität ist auch zu betrachten, was hilfreich ist (und für wen, in welcher Situation) und was nicht.

Dieser Zugang, der die Frage »ist das Arbeit – ja oder nein?« ausspart und direkt auf menschliches Tun und Sein abstellt, wird mit Einführung des Grundeinkommens sehr unterstützt. Auch er stellt die Gleichwertigkeit verschiedenen menschlichen Tuns her, trägt aber gleichzeitig eine Note von Versöhnlichkeit, Lebenslust und Leichtigkeit, die mir sehr befreiend erscheint.

Diese Frage des Grundlebensgefühls geht über den Arbeitsbegriff hinaus, spiegelt sich aber auch in diesem wieder. Wie weit lebe ich in einem Grundgefühl von Pflicht, Zwang, Gefahr und Mangel? Wie weit will ich zu einem Lebensgefühl von Freiheit, Freiwilligkeit, Gestaltungsmöglichkeit, Vertrauen und Fülle?

Demonstration am 16.5.2009 in Gießen

Leistung, Produktivität

Wenn schon der Begriff der Arbeit als der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit fraglich ist, so sind die Begriffe der Leistung und Produktivität, also der genauen Zuordnung von Anteilen an der Schaffung von Werten, noch problematischer. In einem arbeitsteiligen Prozess sind alle der abgeteilten Schritte notwendig zur Herstellung des Endprodukts. Welchem Schritt wie viel »Wert« zugeschrieben wird ist eine willkürliche Festlegung.

Wenn ich einen Schuh kaufe, wie wichtig ist mir, dass die Grundmarterialen (Leder, Leinen) darin enthalten sind? Wie wichtig ist es, dass der Schuh zusammengenäht wurde? Wie wichtig, dass der Schuh dorthin gebracht wurde, wo ich bin? Alles unentbehrlich, würde ich meinen. Am entbehrlichsten scheint mir vielleicht noch die Werbung, die für den Schuh gemacht wurde; dennoch bekommt der österreichische Marketing-Manager am meisten von allen Beteiligten bezahlt. Gefolgt von der österreichischen Schuhverkäuferin, dann den russischen Seeleuten, dann der Thailändischen Fabrikarbeiterin, die den Schuh genäht hat und dafür vielleicht 0,4% des Gesamtpreises erhält.

Dies mag als gutes Spiegelbild der weltweiten Machtverteilung angesehen werden oder auch nicht. Ein Spiegelbild der Wichtigkeit der jeweiligen Beiträge zur Gesamtproduktion ist es jedenfalls nicht. Zur Arbeitsteilung im Prozess kommt die horizontale Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Die Schuhproduktion wäre ohne den Stahl für die Nähmaschinen und Transportschiffe nicht möglich, ohne Telefone, Computer. All diese Dinge und Dienstleistungen werden inzwischen von anderen beigesteuert, und nur dieser Gesamtkontext (den ich persönlich nicht geschaffen habe) ermöglicht es mir als Individuum oder als Firma, das zu produzieren was ich produziere.

Dazu kommt die historische Arbeitsteilung: selbst die heutigen Stahlarbeiter haben die Stahlschmelze nicht erfunden, ich persönlich schon gar nicht. Die heutige Produktivität beruht auf angesammeltem Wissen von Generationen. Mein persönlicher Beitrag ist also nur möglich aufgrund der Beiträge von unzähligen anderen Menschen, in Vergangenheit und Gegenwart. Wie also könnte ich wagen zu behaupten, ich hätte festgestellt, wie groß genau mein individueller Beitrag ist (und dass er hundertmal größer ist als der, der thailändischen Fabrikarbeiterin)?

Das Festmachen der individuellen Produktivität und Leistung ist nur in mikroskopischen Vergleichen möglich: z.B. eine Fließbandarbeiterin ist schneller als eine andere. Bei einer weitsichtigeren Betrachtungsweise, die die Fließbandarbeiterinnen im Kontext der Gesamtgesellschaft und der Zeit sieht, wird die Frage unbeantwortbar. Vielleicht muss sie auch gar nicht beantwortet werden. Vielleicht muss sie nicht einmal gestellt werden. Denn wie wichtig ist es eigentlich, den persönlichen Beitrag einer Person genau festzumachen? Sehr wichtig, wenn man glaubt, dass wir je nach unserer Leistung belohnt werden sollen: wer nicht arbeitet, soll nicht essen; wer viel arbeitet darf viel essen, und so weiter. Dafür, dass unsere derzeitige Beurteilung von Arbeit und Leistung so daneben liegt, hängen wir erstaunlich stark an dieser Idee.

Und? Wie sehr hänge ich persönlich an dieser Idee? Glaube ich immer noch, dass die Einkommensverteilung im Großen und Ganzen der Leistung der Betroffenen entspricht? Dass sie ihr entsprechen sollte? Ist das wichtig? Möchte ich mich damit beschäftigen? Oder möchte ich in einen größeren Paradigmenwechsel eintreten? Von einer aufrechnenden Gerechtigkeitsidee hin zu einer Lebenswelt, in der nicht Pflicht zu Belohnung führt, sondern Geschenk zu Geschenk? In der ich bekomme, weil ich bin, ich gebe, weil ich will?

Einkommen

Was bekomme ich? Auch hier mag es derzeit noch eine Überbewertung des Monetären geben. Ich bekomme Geld, natürlich, und über dieses Geld Güter und Dienstleistungen, die für Geld angeboten werden. Ich habe und bekomme aber noch viel mehr. Mein Augenlicht, zum Beispiel (mag banal erscheinen solange man es hat). Liebe und Freundschaft, zum Beispiel. Wie wichtig sind die für mein Wohlbefinden, im Vergleich zu Konsumgütern?

Wenn ich mich in dem Modus bewegen möchte, in dem versucht wird, Geben gegen Nehmen aufzurechnen, sollte ich dann nicht einen umfassenden Begriff für beide Seiten verwenden, für das, was ich beitrage, aber auch für das, was ich habe und bekomme? Wie weit will ich angesichts der Fülle und Vielfalt menschlichen Lebens und Tuns, mich überhaupt von der Aufrechnerei verabschieden, und überschwenken zur Förderung eines Verständnisses, in dem wir alle aus der Fülle nach unseren Bedürfnissen bekommen und nach Maßgabe unserer Fähigkeiten beitragen?

Unmittelbare und persönliche Schlussfolgerungen

In Wirklichkeit ist natürlich alles viel komplizierter. So einfach geht es nicht. Stimmt; und deshalb ist es gut, dass gesellschaftlicher Wandel sich nicht ruckartig vollzieht, sondern allmählich. Das gibt uns allen Zeit, uns an neue Gegebenheiten anzupassen, zu sehen, welche (Fehl-)Entwicklungen entstehen und wo nötig Anpassungen vorzunehmen. Auch gibt es uns Zeit, neue Konzepte und Werthaltungen einsickern zu lassen, und uns mit unserem neuen Selbst- und Weltbild anzufreunden.

Gerade Wertewandel geschieht in einer Gesellschaft nicht von heute auf morgen, sondern in Zeiträumen von Jahrzehnten und Jahrhunderten. Dementsprechend schnell oder langsam können sich auch gesellschaftliche Institutionen wandeln, die ein gewisses Grundverständnis oder eine bestimmte Lebenshaltung brauchen, um getragen zu werden; wie zum Beispiel das bedingungslose Grundeinkommen.

Viele der angeführten Überlegungen sind unabhängig vom Grundeinkommen relevant; der angedeutete Wertewandel kann auch ohne Grundeinkommen stattfinden. Dennoch wird das reale Funktionieren eines bedingungslosen Grundeinkommens davon abhängen, dass ein Wertesystem und ein Lebenszugang in der Gesellschaft verankert sind, die auf solch ein Grundeinkommens-System positiv reagieren und es lebensfähig halten. Dieses Wertesystem, diese konzeptuellen Zugänge konkret auszuformulieren, selbst vorzuleben und dadurch weiter zu verbreiten können wir uns zur Aufgabe machen.●

Auszug aus einem Beitrag in: Netzwerk Grundeinkommen (Hg) (2006): Grundeinkommen – In Freiheit tätig sein, Avinus

FORTSETZUNG VON SEITE 9

sich eine Kooperative von traditionellen Unternehmen unterscheiden will. Es ist wenig überraschend, dass die Unterschiede zu anderen Unternehmen geringer werden, je länger Kooperativen auf dem Markt überleben.

Gäbe es ohne den Druck des Marktes noch Gründe, Menschen »ausgewogene Arbeitspakete« aufzuzwingen? Ich denke nicht. Ohne Markt und ohne die Notwendigkeit einen Lebensunterhalt zu verdienen, würden die Beschäftigungen der Menschen sowieso viel abwechslungsreicher sein als heute. Aber wenn ich mit einer Beschäftigung glücklich bin, warum sollte ich zu anderen gedrängt werden? Es ist sinnvoll, eine größere Vielfalt an Beschäftigungen zu fördern, aber nicht, alle mit bürokratischen Mitteln dazu zu zwingen.

Was, wenn es wirklich ein Missverhältnis gibt zwischen der Summe aller Produktions- und Konsumpräferenzen; wenn etwa niemand fischen will und die Menschen trotzdem Fisch essen wollen? Dann müssen die Leute, die Fisch essen wollen, entweder verzichten oder aber eine Lösung finden, um an Fische zu kommen. Das würde nicht notwendigerweise bedeuten, dass jemand fischen muss. Vielleicht wäre eine Automatisierung von Fischzucht und -verarbeitung möglich. Es müssten sich zwar immer noch Menschen damit beschäftigen, ein solches System zu entwickeln, aber die Aufgabe wäre eine ganz andere und möglicherweise auch für Menschen attraktiv, die nicht fischen wollen.

Bleiben unangenehme Arbeiten offen, bei denen weder Automatisierung noch Umorganisation realistische Optionen sind, schlage ich vor, sie in »Aufgaben-Pools« zusammen und auf alle zu verteilen. Dann machen alle einige Stunden in der Woche oder im Monat Arbeiten, die sie nicht wirklich gerne tun. Weil aber die Präferenzen der Menschen so unterschiedlich sind, glaube ich nicht, dass dieses Problem oft auftreten würde. Etwas zu tun, was von anderen gebraucht wird, ist zudem befriedigender als nur für den Papierkorb zu arbeiten. Und obwohl die meisten Menschen auch Muße genießen, würden nur wenige damit voll ausgefüllt sein.

Märkte können den Abgleich zwischen Angebot und Nachfrage leisten, allerdings nur für diejenigen, die bezahlen können, und zu enormen sozialen Kosten. Bürokratische Verfahren, wie in Parecon angedacht, können das möglicherweise zu einem gewissen Grad, aber die sozialen Kosten, – z.B. alle Menschen zu zwingen, bestimmte Arbeiten zu tun, auch wenn andere sie gerne machen würden und viel Zeit für Planungstreffen aufzuwenden – scheinen mir immer noch höher zu sein als nötig. Zudem hat es noch nie ein bürokratisches Regime gegeben, aus dem keine privilegierte Klasse von Bürokraten entstanden wäre. Parecon versucht, das zu verhindern, doch ob es gelingen würde, bleibt fraglich.●

Die Diskussion in voller Länge auf Englisch ist hier nachzulesen:
www.zcommunications.org/znet/zdebatealbsiefkes.htm

Zusammengestellt von Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz

Anzeige

POLITIKWISSENSCHAFT

Fachbuch zur Piratenpartei

Die Debatte über die Piratenpartei fand und findet vor allem im Netz und in den Tageszeitungen statt. Die Literaturlage, was Bücher über die Piraten angeht, ist erstaunlicherweise immer noch sehr überschaubar. Oskar Niedermayers Buch, das im Frühsommer 2012 abgeschlossen wurde, versammelt zu einem für einen Wissenschaftsverlag ungewöhnlich niedrigen Preis 13 Artikel von insgesamt 12 AutorInnen. Über diese fehlen leider, außer der, dass Niedermayer Professor an der FU Berlin ist, im Buch weitere Angaben.

Niedermayer will, so schreibt er zu Beginn »eine Analyse« der Piratenpartei liefern und ihre Erfolgsbedingungen beleuchten. Der Erfolg einer (neuen) Partei im Parteiensystem wird nach Niedermayer in sechs Stufen gemessen. Sie lauten: Wahlteilnahme, Wettbewerbsbeeinflussung (die anderen müssen reagieren), Einzug in ein Parlament (sprich: Landtag), viertens die koalitionsstrategische Inklusion (Einbeziehung in Regierungsüberlegungen) und schließlich fünftens Regierungsbeteiligung und sechstens Regierungsübernahme (man ist stärkste Partei). Die Piraten erreichen mit dem Wahlerfolg in Berlin 2011 nur fünf Jahre nach ihrer Gründung am 10. September 2006 schon die vierte der sechs Stufen.

Nach einem Beitrag von Henning Bartels, dessen Buch über die deutschen Piraten im Netz als PDF frei zugänglich ist, zur schwedischen Piratenpartei zeichnet der Herausgeber die Ereignisgeschichte rund um die Piraten und ihre ersten Erfolge nach. Ein erster Schritt ist die Europawahl 2009, und zum Zeitpunkt der Bundestagswahl im Herbst desselben Jahres haben die Piraten – beflügelt durch die **Zensursula**- und andere Kampagnen – schon 7.400 Mitglieder. In den Wahlkämpfen im Saarland und in Berlin 2011 schließlich habe die Piratenpartei ein Vollprogramm angestrebt, das über ihren Markenkern der »Internetpartei« weit hinausreichte. Das vorherrschende Motiv aus dem heraus für die Piraten gestimmt wird, ist aber weniger ihre Programmatik als vielmehr ihr Versprechen der Transparenz und die Unzufriedenheit mit allen etablierten Parteien. Zum Schluss skizziert Niedermayer die Gefahren und Herausforderungen, vor denen die Piraten seiner Meinung nach stehen.

Anzeige

Der nächste Artikel beschreibt die WählerInnen der Piraten. Diese sind, wie bekannt, vor allem jung, männlich und ehemalige Nicht-Wähler. Die Selbstzuschreibung der Piraten, sie seien »weder links noch rechts«, funktioniert nicht ganz, denn die Piraten werden sowohl von der Öffentlichkeit wie auch von ihren WählerInnen deutlich links der Mitte eingeordnet. Nachdem Niedermayer die Organisation und die finanzielle Situation der Piraten referiert hat, untersucht Christoph Bieber die interne und externe Kommunikation der Piraten. Dann berichtet Felix Neumann, dessen Buch über die Piratenpartei ebenfalls kostenlos als PDF zugänglich ist, über die Ergebnisse einer auf 2.700 Antworten beruhenden Umfrage unter Mitgliedern der Piraten. Zwar bezeichnen sich 60 Prozent derer, die geantwortet haben, als passive Mitglieder, andererseits waren 30 Prozent vor den Piraten schon anderswo aktiv. Zwei Drittel treten für ein Vollprogramm ein, derselbe Anteil ist mit der Kommunikation und seinen eigenen Mitbestimmungsmöglichkeiten zufrieden. Von den Antwortenden waren 91 Prozent »männlich«, zwei Drittel »voll berufstätig« und 62 Prozent waren »zwischen 20 und 34 Jahre alt«. Zusammengefasst schreibt Neumann, dass nicht ihre parlamentarische Arbeit die Piraten interessant mache, sondern ihr Alleinstellungsmerkmal des »Andersseins« und ihre Abkehr »vom Stil der etablierten Parteien«.

Manuela S. Kulick untersucht dann, wie sich die Piraten mit der Existenz des Patriarchat auseinandersetzen: Die Piraten sind neben der FDP die einzige Partei, die keine Quote hat, es wird nicht einmal die Geschlechtszugehörigkeit erhoben, so dass der Frauenanteil auf 5 bis 15 Prozent geschätzt (!) wird. Bei den rotgrünen Parteien liegt er zwischen 31 und 37 Prozent. Kulick interpretiert diese Zahlen dahingehend, dass sie sagt, dass es keiner Partei so gut gelinge, trotz niedrigem Frauenanteil in der Mitgliedschaft so viele Frauen als Wählerinnen (immerhin circa 33 Prozent) zu erreichen, zweitens seien sie die einzige Partei, in der der durchschnittliche Anteil der weiblichen Führungskräfte dem der weiblichen Parteimitglieder entspreche. Letzteres illustriert Kulick mit einer Tabelle, die zeigt, dass die Piraten eine zutiefst »männliche« Partei sind, und auf Bundes- und Landesebene von 100 Vorstandsplätzen exakt 13 mit Frauen besetzt sind. Nichtsdestotrotz sieht sich laut Umfragen die Mehrheit der Piraten als »post-gender«. Die meisten lehnen mit dieser Meinung aber die Analyse von Geschlecht als Strukturkategorie nicht grundlegend ab, halten sie nur nicht für ausreichend oder allerklärend. Abschließend referiert Kulick ausführlich die Ergebnisse der Umfrage zur Genderproblematik des Kegelklub, einer kleinen Gruppe, die inner- und außerhalb der Piraten zur Geschlechterproblematik in der Piratenpartei arbeitet.

In einem weiteren Artikel erörtert Felix Neumann die programmatische Entwicklung der Piratenpartei. Zentral sei dort die postulierte sog. Plattformneutralität, die, so jetzt meine Interpretation, davon ausgeht, Technik sei neutral, es also nur darauf ankomme, wie sie eingesetzt wird. Dies wurde in den 1970er und 1980er Jahren unter undogmatischen MarxistInnen und EurokommunistInnen und in den End-1980erJahren bei den linken Grünen so diskutiert, dass der Staat eben doch kein Fahrrad sei, auf das sich einfach gesetzt und dann »umgesteuert« werden könne. Carsten Koschmieder, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Niedermayer, untersucht die Arbeit der Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in deren ersten sechs Monaten.

Niedermayer bietet abschließend einen Überblick über die Reaktionen der anderen Parteien im Feld der Netzpolitik seit der Bundestagswahl 2009 und dokumentiert, soweit vorhanden und mit Stand Anfang 2012, die Positionen der Parteien zu 15 verschiedenen im weitesten Sinne netzpolitischen Themenkomplexen, von Urheberrecht über Breitbandversorgung bis zu open data.

Zusammengefasst handelt es sich um ein solides politikwissenschaftliches Fachbuch, das eine Unmenge an Statistiken und Fakten über WählerInnen, die Partei selbst und ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft bietet. In etlichen Artikeln wird deutlich, wie es die PolitologInnen in Zweifel stürzt, dass eine Partei, die kein »strategisches Führungszentrum« hat, und die sich damit der Personalisierung von Politik verweigert, solch einen Erfolg erzielen kann. Was bei der Lektüre – nicht nur dieses Buches – auffällt: Seit den Erfolgen der Piraten wird die DIE LINKE als etablierte Partei wahrgenommen. Deren Nimbus des neuen und anderen ist endgültig verflogen.●

Bernd Hüttner

Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Piratenpartei, Verlag SpringerVS, Wiesbaden 2012, 257 S., 19,95 EUR

Anzeige

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Naziaufmarsch Dresden – Obrigkeit rechnet ab: Sei links, benutze ein Megafon... und ab hinter Gitter

Das Amtsgericht Dresden verurteilte den Antifaschisten Tim H. zu ein Jahr und 10 Monaten Haft – ohne Bewährung. Es sah als erwiesen an, dass er im Zuge der Gegendemonstrationen gegen einen Neonaziaufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden folgende Straftaten begangen habe: Körperverletzung, besonders schwerer Landfriedensbruch und Beleidigung. Letztere soll er mit dem Wort »Nazi-Schwein« gegenüber einem Polizeibeamten selbst begangen habe. Die beiden anderen Straftaten habe er zwar nicht selbst begangen, aber so gut wie: Mittels eines Megafons habe er andere dazu »aufgeheizt«, was den Richter zu dem Fazit führte: »Was andere getan haben, müssen Sie sich mit anrechnen lassen.« Von dieser Überzeugung ließ sich das Gericht nicht abbringen – schon gar nicht durch Fakten: Weder der Hauptbelastungszeuge der Anklage – ein Anwohner, der den Vorfall von seinem Balkon aus beobachtet hatte – noch vier geladene Polizisten, die vor Ort waren, identifizierten Tim H. als jene Person, die vor einer Polizeisperre ein Megafon trug und je nach Erinnerungswillen gerufen haben soll: »Durchbrechen!« und/oder »Nicht abdrängen lassen!«. Auf dem Polizeivideo ist einzig und alleine zu hören: »Kommt nach vorne!« Damit habe er sich der Mittäterschaft nach § 25, Absatz 2 StGB schuldig gemacht. Genauer auf:
http://de.indymedia.org/2013/01/340682.shtml.

Der Staatsanwaltschaft ist das Urteil noch zu mild. Sie legte Revision ein und will mehr. Auch der Angeklagte ging in die nächste Instanz. Zudem sind Staatsanwaltschaft und Gerichte auf weiterer Jagd nach AntifaschistInnen. Im März muss sich der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wegen schweren Landfriedensbruchs und weiteren Delikten verantworten. So soll er bei den Protesten am 19. Februar 2011 in der Dresdner Südvorstadt eine Menschenmenge zur Gewalt aufgestachelt haben. Im Zuge ihrer Ermittlungen hatte die Dresdner Staatsanwaltschaft die Diensträume Königs durchsucht und anschließend den Lautsprecherwagen beschlagnahmt:
http://de.indymedia.org/2013/01/340852.shtml.

Naziaufmarsch Dresden, die 2.: Immunität aufgehoben, Grünen-Politiker will offensiv agieren

Der Sächsische Landtag hat die Immunität des grünen Abgeordneten Johannes Lichdi aufgehoben. Die Mitglieder des Immunitätsausschusses folgten damit einer Forderung der Staatsanwaltschaft, die gegen den Politiker wegen seiner Teilnahme an den Blockaden vom 19. Februar 2011 Anklage erheben will und ihm die Störung einer angemeldeten Versammlung vorwirft.

Lichdi soll sich gemeinsam mit hunderten Menschen an der Besetzung der Kreuzung Reichenbachstraße/Fritz-Löffler-Straße beteiligt und damit einen Aufmarsch von etwa 700 Nazis durch den Süden der Stadt verhindert haben. Das Gesetz sieht in solchen Fällen Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren vor. Der Politiker und Rechtsanwalt hatte zuvor das Angebot der Staatsanwaltschaft abgelehnt, das Verfahren durch die Zahlung einer Geldbuße einzustellen und verwies in einer Stellungnahme auf sein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 des Grundgesetzes. Außerdem erinnerte er daran, dass sich mehr als 350 engagierte Bürgerinnen und Bürger seit fast zwei Jahren dieser gerichtlichen Auseinandersetzung stellen müssen. Ein ähnliches Verfahren gegen den Linken-Politiker André Hahn war Anfang November letzten Jahres am Amtsgericht ohne Auflagen eingestellt worden. Mehr:
http://de.indymedia.org/2013/01/340647.shtml.

Offensive Verteidigung vor Gericht: Richterin wirft Angeklagten raus!

Offenbar macht die unabhängige und offensive Form von Selbst- und Laienverteidigung vor Gericht den RobenträgerInnen immer mehr Probleme. Einige, die sich nicht zu helfen wissen, schmeißen Angeklagte aus dem Gerichtssaal und verhandeln ohne Betroffene weiter. Das ist zwar nicht zulässig, aber wer Robe trägt, hat – wortwörtlich – Recht. So erging es einem Tierrechtaktivisten in Celle.

Es war bereits der zweite Verhandlungstag. Karl-C. stieg in die Verhandlung mit einem Befangenheitsantrag gegen die Richterin ein. Gründe dafür waren ihre Beschneidung der Öffentlichkeit durch diskriminierende Einlasskontrollen. Es folgten weitere Anträge, die, wie der Vertreter der Staatsanwalt in seiner Stellungnahme feststellte, die tiefgehende Verachtung des Angeklagten gegenüber der Justiz zeigten. Es ging weiter mit der Beweisaufnahme, in der Karl-C. einige Stunden Beweisanträge stellte, mit denen er ausführlich auf die Folgen und die Hintergründe der industriellen Tierhaltung und das kapitalistische Wirtschaftssystem einging. Bis Richterin Precht ihn unterbrach, um die Thematisierung von institutionalisiertem Rassismus in EU und BRD zu verhindern. Das löste eine etwa dreistündige Antragsschlacht aus, die damit endete, dass Amtsgerichtsdirektor Busche das Verhalten der Richterin deckte, indem er sie für nicht befangen erklärte.

Karl-C. kündigte weitere Beweisanträge an und verlas weiter den Antrag, bei dem er vorher unterbrochen wurde. Dieser Vorgang brachte Richterin Precht völlig aus der Fassung. Sie ordnete den Ausschluss des Angeklagten aus dem Verfahren mit einem vorgefertigten Beschluss an, der die Begründung beinhaltete, »in dem Antrag gehe es lediglich um irgendwelche Migranten, die mit dem Fall nichts zu tun hätten«. Daraufhin wurde der Angeklagte von 3 JustizwachmeisterInnen gepackt und aus dem Saal geschliffen. Richterin Precht, die nach ca. 9 Stunden endlich ihr Urteil sprechen wollte, beendete die Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt plädierte für eine Verurteilung von 25 Tagessätzen à 15 Euro. Richterin Precht verurteilte Karl-C. schließlich zu 20 Tagessätzen à 12 Euro. Der gesamte Bericht auf
http://de.indymedia.org/2013/01/340827.shtml.

Passend dazu ein Buchtipp:

Per Eirik Martiensen, »Die unzulässige Beschränkung der Verteidigung als Revisionsgrund (§ 338 Nr. 8 StPO)« (2007, Lit in Berlin, 95 S.)

Die als Dissertation abgefasste Arbeit ergründet die bisherige Rechtssprechung zur als absoluter Revisionsgrund aufgeführten unzulässigen Einschränkung der Verteidigung im Strafverfahren. Dabei zeigt sich, dass die Gerichte recht unterschiedlich mit der Frage umgehen, ob eine unzulässige Verteidigung immer die Ungültigkeit des Verfahrens bewirkt oder ob das Urteil darauf beruhen muss. Eine abschließende Meinung bildet auch der Autor nicht, aber seine Ausführungen, welche anderen Rechtsvorschriften jeweils herangezogen werden, machen das Buch doch zu einem gut nutzbaren Kompendium, wie mensch sich in der Revision dagegen wehren kann, vor Gericht benachteiligt worden zu sein. Dass der Autor dabei immer davon ausgeht, dass ein Angeklagter mit Verteidiger im Gericht sitzt, mag eine gewisse Betriebsblindheit zeigen – aber die Hinweise sind einfach übertragbar.●

Jörg Bergstedt

Anzeige

KRITIK DER VEREINFACHTEN WELTERKLÄRUNGEN (DEN KOPF ENTLASTEN? – Teil 5)

Gesammelte Beispiele

»Verschwörungstheorien« vorgestellt

Mit dem fünften Teil der Serie über vereinfachte Welterklärungen geht diese zu Ende. Das war nicht vorgesehen – und es sind auch schon einige Artikel verfasst worden, die nun nicht zum Abdruck kommen. Die Redaktionen der CONTRASTE haben sich mehrheitlich gegen die weiteren Veröffentlichungen ausgesprochen, ohne jegliche Rücksprache mit dem Autor. Dem wurde nur mitgeteilt, dass der Platz wichtigeren Themen zur Verfügung stehen soll. Daher soll an dieser Stelle nur noch ein abschließender Überblick darüber erfolgen, was an anderer Stelle aber noch nachgelesen werden kann – vor allem auf der Internetseite www.kopfentlastung.de.vu.

Von Jörg Bergstedt ● Die Themen, die noch hätten folgen sollen, sind:

- Ausgewählte Beispiele für verkürzte Kritiken, einfache Feindbilder und populistische Ableitungen.
- Die Grauzonen zwischen populistischen politischen Forderungen und Verschwörungstheorien.
- Die AkteurInnen (wer streut wo welche vereinfachten Welterklärungen).
- Das Gegengift zur Vereinfachung: Skeptisches Denken und kritisches Hinterfragen.

Viele, viele Beispiele

An »Mythen über Deutschland« ist in CONTRASTE bereits beschrieben worden, wie Vereinfachungen und Fälschungen – durch gerührt – bestimmte Wahrnehmungen produzieren. Angetrieben durch eine spontane Empörung werden so Vorurteile bedient oder bestärkt. Das ist auch in etlichen weiteren Bereichen der Fall, die sich jeweils hinsichtlich ihrer Datengrundlage, der gerichteten Wahrnehmung und möglicher Gegenbelege erläutern lassen. So unter anderem:

- ChemTrails und andere Vergiftungsaktionen;
- Projektionsfläche Israel;
- 11.9.2001;
- Vermeintliche Strippenzieher: Von Bilderbergern, Rothschilds und Rockefellern;
- Weltuntergänge;
- Vermeintlich erfundener Klimawandel;
- Genderismus (Kampfansage an den Feminismus und zurück in die alten Männer- und Frauenrollen).

Sie sind unter www.kopfentlastung.de.vu beschrieben und hinsichtlich ihrer Hintergründe und Quellen durchleuchtet. Mehr Beispiele für vereinfachte Welterklärungen und Verschwörungstheorien? Kein Problem.

- Die 21 besten Verschwörungstheorien (laut taz): www.uni-muenster.de/PeaCon/conspiracy/taz-21ctheories.htm;
- Weitere Liste: www.conspiracy.nebelbank.de;
- Text in »Straßen aus Zucker«: http://strassenauszucker.blogsport.de/2010/05/12/alles-boese-kommt-vonoben/;
- Auf Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Verschwörungstheorie.

Übergänge zwischen politisch-populären Slogans und Verschwörungstheorien

Das Verständnis der Logiken vereinfachter Welterklärungen ist auch deshalb nützlich, weil es sehr fließende Grenzen zwischen Verschwörungstheorien und vielen politischen Positionen gibt, darunter einige recht bedeutender NGOs. Ein Beispiel ist die Kritik des spekulativen bzw. Finanzkapitals. Gebetsmühlenhaft wird von vielen NGOs, darunter auch großen wie Attac (zum Glück nicht von allen dort), das überbordende Finanzkapital als Ursache von Wirtschaftsproblemen gegeißelt und deren Regulierung gefordert. Mini-Reförmchen wie die Finanztransaktionssteuer (Tobin Tax) oder die Schließung von Steueroasen (Regionen oder Staaten mit Niedrigsteuersätzen) sollen die eigentlich gute, kapitalistische Welt retten. Doch die Zweiteilung in Finanzkapital und Investitionen hinkt – wie oben bereits gezeigt.

Kapital sucht immer den Ort der größten Rendite. Es lässt sich steuern, wohin es fließt, aber das eigentliche Problem, der Drang nach maximalem Profit und maximaler Rendite, bleibt. Die werden durch die Ausbeutung von Mensch, Rohstoffen und Natur erzielt. Der Profit steigt, wenn sie möglichst billig erfolgt oder ausgedehnt werden kann. Das ist keine Besonderheit des Finanzkapitals, sondern des kapitalistischen Wirtschaftens insgesamt. Wer das ändern will, muss für eine andere Ökonomie kämpfen und nicht für eine Verlagerung innerhalb des Schreckens ständiger Verwertung. Davon begreifen Leute wie Sven Giegold (Mitbegründer und für lange Zeit deren wichtigstes Aushängeschild) nichts. Sie träumen, es »würden schon die Verwirklichung von Forderungen wie Schuldenstreichung oder eine Steuer auf Devisenspekulationen reichen, um die extremsten Formen von Armut zu beseitigen. Für mich wäre das eine andere Welt.« (Interview in der Zeitschrift »Neon« im Februar 2004).

FreiwirtschaftlerInnen beschränken ihre Forderungen auf die Abschaffung des Zins und wollen damit sogar die echte Marktwirtschaft stärken. Andere benennen andere Einzelursachen – und können damit durchaus AnhängerInnen finden in einer Gesellschaft, die nach einfachen Erklärungen lechzt, weil ihr das eigenständige Denken längst zu anstrengend geworden ist. Eine der Gründergruppen von Attac hatte das am 17.5.2000 sogar strategisch vorgedacht: »Eine tiefergehende Kritik der Dominanz des Ökonomischen ist zwar auch unser Thema, soll aber nicht Teil unserer Kampagnenarbeit werden«, weil mit komplexen Analysen keine UnterstützerInnen gewonnen werden könnten.

Foto: Mamooli loves Winter

Wer vereinfacht die Welt und warum?

So unübersichtlich und teilweise widersprüchlich die »Theorien« der Weltvereinfacher sind, so undurchschaubar ist die Menge an Gruppen, Strömungen, auffällig vielen (alten) Männern und sogar einigen Parteien, immer mehr Büchern, Verlagen und Zeitschriften, Internetkanälen und kleinen bis großen Treffen. Große Label sind dabei selten, die Szene gibt sich netzwerkartig. Eine gefühlte Verfolgtheit schärft den Mythos, Geheimwissen zu tragen und zu verbreiten. So wird das vermeintliche Enthüllungsorgan »Stimme und Gegenstimme« clandestin verbreitet – jedeR soll drei Kopien an Personen des Vertrauens weitergeben. Dahinter steckt eine fundamentalistisch-christliche Gruppe mit einem Führer, der kultisch verehrt wird und auch auf anderen Plattformen (z.B. Antizensurkonferenz) für seine Weltrettungsideen (pro Familie, gegen Homosexualität, Aufklärung usw.) kämpft. Andere Weltvereinfacher treten professionell auf, z.B. der Wanderer zwischen den Vereinfachungswelten, Jürgen Elsässer. Gestartet im Wechsel zwischen antiimperialistischem und antideutschem Milieu, gibt er jetzt das Magazin »Compact« heraus, das Weltvereinfachungen sogar in die Bahnhofsbuchhandlungen bringt.

Foto: marfis75

Die weitreichende Wirkung der eigentlich schnell als platte Propaganda durchschaubarer Texte basiert nicht auf ihrer Qualität, sondern auf der zunehmenden Verunsicherung vieler Menschen. Die Verfügbarkeit großer Mengen an Informationen trifft auf eine nachlassende Fähigkeit und Bereitschaft, sich in komplexen Gedankengängen zu üben. Wie früher die Religionen bieten sich als verbotene Wahrheit getarnte Einfach-Erklärungen als Ersatz an.

Das Gegengift zur Vereinfachung: Skeptisches Denken und kritisches Hinterfragen

Alles, was mit einfach scheinenden Erklärungen herüberkommt, sollte kritisch beäugt werden. Oder besser: überhaupt alles. Denn dazu ist der Kopf da – und das beste Gegengift zu Verschwörungstheorien und Regierungspropaganda heißt schlicht, immer skeptisch zu sein, zu hinterfragen und viele Quellen zu nutzen. Beginnen Sie gleich mit diesen Texten und der ganzen CONTRASTE: Auch hier ist nichts eine unhinterfragbare Weisheit. Ihr Kopf ist der Partner, auf den Sie sich am meisten verlassen können. Und schon der macht viele Fehler (die zu entdecken, Skeptizismus auch helfen kann).

Foto: Incinerator

Kritisches Hinterfragen hat viele Vorteile, unter anderem auch eine bessere Abwehr gegen das Eindringen rechten und anti-emanzipatorischen Gedankenguts in eigene Überzeugungen. Das ist vielerorts nötig, dringen doch vereinfachte, populistische und mitunter offen rechte Ideen in fast alle politischen Strömungen immer wieder ein. Die Ausweitung einer herrschaftskritischen und emanzipatorischen Position bietet die notwendige und deutliche Abgrenzung gegenüber antiemanzipatorischen Blickwinkeln. Am besten wird sie mit dem offensiven Formulieren einer Zukunft kombiniert, in der nicht die Zunahme von Kontrolle, Macht und Reglementierung, sondern deren Verschwinden die menschliche Produktivkraft für ein besseres Leben nutzbar macht. Solange aber nur Sorgen um Gesundheit und Umwelt die Kritik ausmachen, können sich Rechtsextreme, FreundInnen entfesselter Regulierungswut durch immer neue Gesetze und Ordnungstruppen und AnbeterInnen fremder Mächte (von kosmischer Energie bis zu irgendwelchen Göttern, deren Willen zu befolgen sei oder deren Werke gefährdet würden) problemlos einreihen. Die Unterschiede würden nicht auffallen. Sie wären im Kern ja auch gar nicht vorhanden. Wo aber eine emanzipatorische Orientierung prägend wird, entspannt sich die Lage. Wer sich um die Machtfülle von Staaten oder Göttern, die Reinheit von Völkern oder die Unversehrtheit von Heimat sorgt, steht dann im Widerspruch dazu. Abgrenzungen sind gar nicht mehr künstlich nötig, weil eine inhaltliche Nähe nie da wäre.

Allerdings hat skeptisches Hinterfragen auch Nachteile, jedenfalls gefühlte. Denn es beseitigt die schönen Klarheiten, die bisher den festen Anker des eigenen politischen Denkens bildeten. Es fehlen nämlich plötzlich die einfachen Erklärungsmodelle, ebenso die geistigen Führungsfiguren und Leitideologien oder -kulturen. Fortan ist nichts mehr selbstverständlich, sondern die – sich durch Übung schärfenden – Sinne beobachten, hinterfragen, analysieren. Bei Bedarf werden Menschen selbst recherchieren, unangenehme Fragen stellen. Nichts ist schon vorher klar, nichts mehr einheitlich. Die Gesellschaft besteht nicht weiter aus festen Kategorien, sondern zerfällt in eine unendliche Vielfalt, die zudem dynamisch ist, d.h. sich ständig verändert. Sie ist eine Welt, in der viele Welten Platz haben.

Täglich üben: Kritische Analyse statt feststehender Wahrheiten

Zum skeptischen Denken gehört auch die prinzipielle Skepsis gegenüber eigenen, gerade für sinnvoll gehaltenen Analysen und Überzeugungen. Es gibt keine Dogmen. Jede Meinung, die sich selbst für ewig wahr hält, ist ein Dogma. Denn wer heute meint, dass eine Überzeugung auch morgen noch Bestandskraft haben soll und wird, definiert sich selbst außerhalb der Fortentwicklung von Wissen und Möglichkeiten. Das machen aber nicht einmal PhysikerInnen auf der Suche nach dem Ursprung der Materie – warum also sollte es bei Erklärungsmodellen für soziale Abläufe gelten, wo doch noch vielmehr verändernde Einflüsse und grundsätzliche Möglichkeitserweiterungen hineinspielen.

Eine kleine Hilfe für den Alltag bietet die folgende Liste. Kritisch-skeptische Analyse stellt mindestens die folgenden Fragen an jede Information:

- Werden Quellen genannt? Wenn ja: Welche sind das?
- Sind Analogien, wenn sie vorgenommen werden, passend? Oder behaupten sie Scheinähnlichkeiten, die sich tatsächlich nicht vergleichen lassen?
- Welche Interessen bzw. Motive stehen hinter Entstehen oder Verbreitung der Information?
- Enthalten die Informationen Projektionen, d.h. werden bestimmte Vorurteile oder vorher feststehende Bilder in ein Geschehen hineininterpretiert?
- Wo sind Zirkelschlüsse da, d.h. wo wird A mit B begründet und dann B mit A?
- Werden aus Einzelinformationen Verallgemeinerungen gemacht?
- Werden komplexe Sachverhalte auf einzelne Informationen vereinfacht?
- Welche Sprache (z.B. zu einem bestimmten Denken drängende Wörter wie »sollst, wirst, ist, wahr, objektiv, bewiesen ...«) und welche kulturellen Codes enthält die Information?
- Ist ein missionarischer Geist erkennbar?

Damit ist die Reihe zu vereinfachten Welterklärungen beendet – auf Wunsch der Redaktion früher als geplant. Die weiteren und alle bisherigen Ausführungen sind aber zugänglich: Zum einen im Internet unter www.kopfentlastung.de.vu sowie in der Broschüre »Den Kopf entlasten« (siehe www.aktionsversand.de.vu).●

BÜRGERENERGIE BERLIN EG

Regional – erneuerbar – bürgereigen

Genossenschaft will das Stromnetz der Hauptstadt in Bürgerhand organisieren

Das Modell Genossenschaft ist nicht nur altbewährt, sondern derzeit einer der wesentlichen Treiber für die Energiewende. 600 Genossenschaften gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik, die sich diesem Projekt widmen. 500 von ihnen wurden allein in den letzten fünf Jahren gegründet – rasanter Neubeginn einer alten Idee. Die meisten Energiegenossenschaften bauen und betreiben eigene Kraftwerke oder verkaufen Strom. Doch auch als Netzbetreiber sind Genossenschaften attraktiv, wie die Elektrizitätswerke Schönau eindrucksvoll beweisen. Die »Stromrebellen« betreiben ihr örtliches Stromnetz seit mittlerweile siebzehn Jahren. Träger ist eine bürgereigenene Genossenschaft.

Liv Colell / Luise Neumann-Cosel, Red. Genossenschaften ● Das Schönauer Modell soll – in abgewandelter Form – auch in Berlin Wirklichkeit werden. Die BürgerEnergie Berlin eG, eine junge Berliner Genossenschaft mit gegenwärtig rund 600 Mitstreitern, bewirbt sich um die Ende 2014 auslaufende Konzession. Sie befindet sich derzeit noch in der Hand des multinationalen Energiekonzerns Vattenfall, wird aber demnächst vom Land Berlin für den Betrieb des Stromnetzes neu vergeben. Dies bietet eine einmalige Chance auf ein bürgereigenes Stromnetz: Nur alle 20 Jahre wird die Konzession neu vergeben.

In Berlin wird sich zeigen, ob und welche Parteien Bürgerbeteiligung wirklich ernst nehmen, wenn die Konzessionsvergabe am Berliner Energienetz ansteht.

Public-Private-Partnership alternativ

Die Stromgenossen in Berlin streben ein Modell an, in dem nicht nur die Bürgergenossenschaft, sondern zu mindestens 51% das Land Berlin am Netz beteiligt ist. Gleichzeitig macht der Berliner Energietisch, ein Bündnis aus rund fünfzig Organisationen, für die Herbeiführung eines Volksentscheides über die Rekommunalisierung des Netzes mobil. Er arbeitet eng mit der Bürgergenossenschaft zusammen und sorgt politisch für viel Aufwind. Alle im Berliner Parlament vertretenen Fraktionen haben sich positiv zur Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle des Stromnetzes geäußert, ebenfalls zu einem Kooperationsmodell mit der »BürgerEnergie Berlin«. Die Chancen auf ein bürgereigenes Stromnetz in der Hauptstadt stehen gut.

Was aber macht das Modell Bürgergenossenschaft für den Betrieb eines Stromnetzes so attraktiv? Antworten auf diese Frage liegen in der grundsätzlichen Struktur jeder Genossenschaft. Das Prinzip »Ein Kopf – eine Stimme« verhindert eine Konzentration der Stimmgewalt auf wenige finanziell potentere Anleger. Dies sichert die demokratische Entscheidungsfindung. Gerade eine Kooperation mit der Kommune – unter dem Motto »Öffentliche Hand und Bürgerhand: Hand in Hand« – ist aus mehreren Gründen besonders attraktiv. Der Zusammenschluss aus Bürgerinnen und Bürgern, die sich finanziell an Kauf und Betrieb des Netzes beteiligen, bedeutet eine relevante Entlastung für den Haushalt der Kommune.

Eine Bürgergenossenschaft ist nicht nur beim Kauf des Netzes entscheidend. Als politischer Katalysator spielt sie auch für den weiteren Netzbetrieb bei der Umstrukturierung des Netzes eine wesentliche Rolle. Dies ist für einen schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien notwendig. Zudem stärkt sie die regionale Wertschöpfung. Ist eine Bürgergenossenschaft am Netz beteiligt, kann der Gewinn aus dem Netzbetrieb zurück in die Energiewende in der Region fließen. Auf jeden Fall versickert dieser nicht in den Taschen eines profitorientierten Unternehmens.

Direkte Bürgerpartizipation

Die alternative Eigentümerstruktur durch die Genossenschaft ermöglicht eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung des Netz-Unternehmens. Mindestens ebenso wichtig ist, dass die Genossenschaft eine zusätzliche Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger bietet, Kontrolle über die Energiepolitik vor Ort auszuüben – und zwar auf direktem Wege. Entsprechend kann die Genossenschaftsbeteiligung einen erneuten Verkauf des Netzes an ein privates Unternehmen verhindern sowie Vetternwirtschaft und Filz entgegenwirken.

Der wichtigste Punkt bei der Beteiligung von Genossenschaften an der Energiewirtschaft: Sie ermöglicht die direkte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen über die Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ohne dabei abhängig von politischen Lagern oder parlamentarischen Entscheidungen zu sein. Der eigene Anteil am örtlichen Stromnetz oder Stadtwerk schafft Identifikation mit der Energiewende vor der eigenen Haustür. Und er ermöglicht, dass die Bürgerinnen und Bürger jederzeit an der Gestaltung der Energieversorgung mitwirken können, von der sie direkt abhängig sind. Dafür müssen sie nicht erst den oft mühsamen und langwierigen Weg eines direktdemokratischen Verfahrens gehen.

Dezentralisierte Entscheidungsgewalt

Letztlich bedeutet die direkte Bürgerbeteiligung über das Modell Genossenschaft eine Dezentralisierung nicht nur in der Energieerzeugung, sondern auch in der Entscheidungsgewalt. Bürgerinnen und Bürger rücken stärker in das Zentrum der Entscheidungen über das künftige Energiesystem. Sie sorgen für einen dynamischeren politischen Prozess. Allein das stellen bereits zwei wichtige Faktoren dar, die für eine ernstgemeinte Energiewende nicht nur wünschenswerte, sondern notwendige Voraussetzung sind.●

GREENPEACE ENERGY EG

Testphase für virtuelles Kraftwerk gestartet: Die Hamburger Energie-Genossenschaft »Greenpeace Energy eG«, das Tochterunternehmen »Planet energy« und das Stadtwerk Haßfurt testen ein so genanntes virtuelles Kraftwerk. Das Kraftwerk verknüpft die Leistung von zunächst zwei Windparks und einem Blockheizkraftwerk (BHKW), um windschwache Zeiten zu überbrücken. Weht weniger Wind als vorhergesagt, springt innerhalb von Minuten das aus Hamburg gesteuerte BHKW im bayerischen Haßfurt an und gleicht den fehlenden Windstrom aus. Die Wärme, die zugleich erzeugt wird, heizt die lokale Schwimmhalle sowie eine Grundschule. Solche flexiblen Kraftwerke werden dringend benötigt, um die schwankende Einspeisung von Wind und Sonne auszugleichen und die Stromnetze in Balance zu halten.

BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFT WOLFHAGEN EG

Genossenschaftliches Vorzeigemodell auf gutem Weg

Stadtwerkebeteiligung wird realisiert

Genau 244 Mitglieder informierten sich am 29.1.2013 in der voll besetzten Stadthalle über den Verlauf des 1. Geschäftsjahres der Bürger-Energie-Genossenschaft Wolfhagen eG (BEG) und nahmen ihre Rechte in Wortbeiträgen und Beschlussfassungen wahr. Die wichtigste Information der Veranstaltung: Das Ziel, ausreichend Geld zum Erwerb der 25% Beteiligung an der »Stadtwerke Wolfhagen GmbH« über Geschäftsguthaben bis zum 31.03.2013 aufzubringen, wurde bereits im Januar 2013 erreicht.

Iris Degenhardt-Meister, Red. Genossenschaften ● Der Einstieg in die 2. Generalversammlung der BEG Wolfhagen erfolgte durch den Gastredner Dr. Peter Becker. Der Rechtsanwalt befasst sich seit Jahrzehnten im Schwerpunkt mit Energierecht und schildert »Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne« anschaulich in seinem gleichnamigen Buch. Er beschrieb die Ursprünge und geschichtliche Entwicklung der Großkonzerne, die Einführung der Atomtechnologie als staatlich geförderte Technik der Stromerzeugung sowie das Entstehen der gesetzlichen Vorgaben zur Energieeinspeisung bis hin zum heutigen EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) in einem fesselnden Vortrag.

Erfolgreiche Mitgliederwerbung

Vorstand Wilfried Steinbock begann seinen Geschäftsbericht mit der wichtigsten Botschaft: »Unser Ziel, die Beteiligungssumme zum Erwerb der 25% Beteiligung an der Stadtwerke Wolfhagen GmbH über Geschäftsguthaben bis zum 31.3.2013 aufzubringen, wurde bereits im Januar 2013 erreicht.« Die Mitgliederzahlen konnten von 265 Gründungsmitgliedern im März 2012 auf fast 590 Mitglieder Ende Januar 2013 mehr als verdoppelt werden.

Zum Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 (Stichtag 30.9.2012) führte Wilfried Steinbock aus: »Die Anlauf- und Betriebskosten sind im Gründungsjahr deutlich niedriger ausgefallen, als wir es in der ursprünglichen Jahresplanung annahmen. Dank des engagierten unentgeltlichen Einsatzes der Mitglieder in Vorstand, Aufsichtsrat und Fachbeirat konnten wir die Kosten auf ein Drittel reduzieren.« Die Vorsitzenden von Vorstand und Aufsichtsrat dankten den Stadtwerken für ihre wertvolle Unterstützung, insbesondere bei den Aktivitäten zur Gewinnung von Mitgliedern. Einstimmig wurden Vorstand und Aufsichtsrat entlastet sowie das Jahresergebnis und die Deckung des Jahresfehlbetrags beschlossen.

Erhöhung der Beteiligungsgrenzen

Die Generalversammlung entschied mehrheitlich, die in der Satzung festgelegte maximale Beteiligung pro Mitglied von bisher 20 auf 40 Anteile zu erhöhen, um zukünftig mehr Handlungsspielraum für weitere Investitionen zu erhalten. Das Grundprinzip der Genossenschaft »ein Mensch = eine Stimme« wird davon nicht berührt. Das heißt, die Anzahl der gezeichneten Geschäftsguthaben hat keinen Einfluss auf das Stimmrecht des einzelnen Mitglieds. Die Mindestbeteiligung bleibt unverändert bei einem Anteil (500 EUR) und kann auf Ratenbasis innerhalb von zwei Jahren angespart werden.

Neue Herausforderungen im laufenden Geschäftsjahr 2012/2013 bestehen für die Geschäftsführung der BEG in der Prüfung und Entwicklung von Projekten, in denen die Gelder weiterer Mitglieder im Sinne der Satzung für eine nachhaltige Versorgung der Mitglieder mit Strom aus regionalen regenerativen Quellen

Rechtsanwalt Dr. Becker informiert auf der Generalversammlung der BEG Wolfhagen anschaulich über »Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne«, den er in seinem 2010 erschienen Buch aufgearbeitet hat.

eingesetzt werden können. Auch gilt es, den Mitgliedern aus Mitteln des Energiesparfonds der Genossenschaft konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung im Haushalt anzubieten. In beiden Fällen kommt dem Fachbeirat hierbei eine wichtige Rolle zu.

Wirkungsvolle Energieoffensive

Ralf Hecker, Vorsitzender des Fachbeirats Energieeffizienz, berichtete über die große Resonanz des 1. Projekts des Fachbeirats. Es wird derzeit in Kooperation mit den Stadtwerken umgesetzt: Die Wärmebildaktion. Über 230 Anmeldungen von Hauseigentümern zeigen, dass die Aktion einen Nerv getroffen hat. Wärmeverluste am Haus aufspüren und eindämmen, um den Ausstoß von klimaschädlichem CO_2 zu verringern und steigenden Energiepreisen zu begegnen, kommt eine herausragende Bedeutung zu. Die Infrarotbildaufnahmen geben eine erste Bestandsaufnahme zum energetischen Zustand des Gebäudes.

Weiterführend wird seitens des Fachbeirats eine Informationsveranstaltung für die Teilnehmer der Wärmebildaktion angeboten werden. Das Projektbüro der »Energie Offensive Wolfhagen« ist eingebunden und veranschaulicht den Themenbereich mit der Ausstellung »Energie sparen im Altbau« ab 7.2.2013 im Wolfhager Kulturladen. Darüber hinaus bietet die Energie Offensive Wolfhagen in den kommenden Wochen Fachvorträge an.●

Auslöser war ein Akt der Solidarität

Alia Ciobanu las im Januar auf Einladung der Redaktion Berlin in einer gemütlichen Kreuzberger Buchhandlung. Ihr Buch »Revolution im Klassenzimmer« ist die gelungene Dokumentation des »Methodos«-Lernprojekts, das mit einer – lokal begrenzten – Revolution begann: Nicht dass der oder die SchulleiterIn samt Familie unter der Guillotine gelandet wäre oder die SchülerInnen dieser Waldorfschul-Klasse die Gültigkeit der allgemeinen Menschen- und BürgerInnenrechte in deutschen Klassenzimmern proklamiert hätten.

Dass sich 2007 eine Gruppe von Jugendlichen von ihrer Freiburger Waldorfschule abmeldete und ihr Abitur selbst organisierte, hatte einiges mit Repression zu tun: Sie fühlten sich untergebuttert und waren mit ihren Bedürfnissen an ihrer Schule nicht gehört worden, obwohl sie diese deutlich artikuliert hatten. Sogar eine Demo hatte es gegeben. Obwohl es in Waldorfschulen keine Noten gibt, erfuhren sie, dass es auch an ihrer Schule spezifische Formen von Repression und Disziplinierung gibt, gegen die auch Solidarität nichts ausrichten konnte. Dennoch stand am Ende ein Akt der Solidarität: Weil zwei unbequeme junge Lehrer endgültig gehen mussten, meldeten sich auch viele Schülerinnen und Schüler von dieser Schule ab. Sie gründeten einen Verein mit dem Namen »Methodos«, warben Spenden für ihr Projekt ein und organisierten ihr Lernen von da an selbst.

Seit diesem Ereignis gibt es in Freiburg jedes Jahr eine Lerngruppe, die sich nach diesem Modell organisiert. In ihrem Wochenablauf kommen immer auch »LehrerInnenstunden« vor. Aber die Lehrkräfte erklären nur das, wonach sie gefragt werden, und die Bedürfnisse und Fragen der Lernenden sind entscheidend dafür, was passiert.

Alia Ciobanu hat auf diese Weise Abitur gemacht. Sie schildert rückblickend viele Situationen aus ihrer Zeit in der Waldorfschule, arbeitet ihren repressiven Charakter aus Schülerinnenperspektive heraus und schließt eine weitreichende Kritik der Waldorfschule und des Schulsystems an, zu der sie sich erst nach dem gemeinsamen Lernprojekt in der Lage fühlte. Trotzdem habe ich etwas darüber verstanden, wie sie dazu kam, das Projekt mitzumachen und den Unterschied zwischen den zwei Wegen des Lernens mit offenen Augen wahrzunehmen. Mit ihrem Buch gibt sie wertvolle und detaillierte Einblicke in das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden und die Lernpraxis, die sich auf diese Weise entwickelt hat. Viele der Beteiligten hat sie interviewt und lässt begeisterte und nachdenkliche Stimmen ausführlich zu Wort kommen, sodass alle Perspektiven spürbar werden. Ihr plastischer Schreibstil ermöglichte es mir, viele der geschilderten Situationen mit meinem inneren Auge zu sehen, während ich sie lesen hörte.

Was mich ein bisschen störte, war, dass die weiblichen Formen fast immer fehlten. Ich bin das »_innen« einfach schon so sehr gewohnt, dass in meinem Hören eine Lücke bleibt, hinter den vielen »Lehrern«, und »Schülern« in dem Buch – als wäre mir absichtlich der größere Teil unserer Gesellschaft verschwiegen worden. Weil ich aber das Projekt und auch das Buch so gut finde, wünsche ich der Autorin Alia Ciobanu viele weitere Auflagen, und dass sie es schafft, den doch recht konservativen Verlag zu einer Gender-sensiblen Schreibweise zu bewegen.●

Christoph Chang

Alia Ciobanu: Revolution im Klassenzimmer. Wenn Schüler ihre eigene Schule gründen. 176 Seiten, Flexcover. Herder-Verlag: Freiburg, 2012. 17 EUR (D); 17,50 EUR (A)

Zum Glück gab es Punk...

In kurzen Geschichten geht es unter anderem um eine Rattenzucht, ein Fanzine und den unbedingten Willen Punkerin zu werden – oder wie die Autorin es selbst sagt: »Ich konnte schließlich kein positives Hippie-Mädchen werden«. Ute Wieners schildert autobiographisch in ihrem Buch »Zum Glück gab es Punk...«, aus welchem Leben sie ausbricht und in welches sie mit Punk aufbricht.

Sie erzählt von der Umsetzung antiautoritärer Konzepte in der Schule, die sie am eigenen Leib zu spüren bekommt, vom unerträglichen Leben bei ihrer Mutter und dem SPD-Ortsverein. Die Jahre ihrer Kindheit sind geprägt von Gewalt, Mobbing und einem völligen Unverständnis ihr gegenüber. Sie entscheidet sich für einen eigenen Weg im Durcheinander ihres Lebens, zieht zu Hause aus und wird Punkerin. Wie es nun genau dazu kommt und wie sich ihr Leben daraufhin gestaltet, erzählt sie frei heraus.

Sie schreibt begeistert von ihrem ersten Punkkonzert: »Ungefähr im Takt der Musik tobte man einfach drauf los, hampelte, drängelte, rempelte, warf die Arme und die Beine von sich, sprang senkrecht in die Höhe, stieß sich von seinem Nachbarn ab. (...) Alles war egal! (...) hier war mein Platz. Hier würde ich nie wieder weggehen.«

Ute Wieners unterhält mit ihren Geschichten von Partys, besetzten Häusern, Straßenschlachten. Sie schildert persönliche Eindrücke von ihrer Umgebung, der Punkszene in Hannover und darüber hinaus. Dabei ist sie weder pathetisch noch Mitleid heischend – und genau das macht es so lesenswert. Mit einem großartigen trockenen Humor und viel Ironie berichtet sie von Normalbürgern und Anti-Imps, von anderen Punks und dass sie selbst nicht wie Alice Schwarzer ist. Wer darüber hinaus schon immer wissen wollte, wie es um den Punk so bestellt war, wie die Chaostage entstanden sind oder die APPD (Anarchistische Pogo Partei Deutschland) begründet wurde, sollte das Buch unbedingt lesen.●

Ulrike Kumpe

Ute Wieners: Zum Glück gab es Punk. 319 S., Verlag des Arbeitskreises Regionalgeschichte e.V., Edition Region+Geschichte. Neustadt 2012. 16,80 EUR
Aktuelle Informationen unter: www.ute-wieners.de

1983: Hafenblockade in Bremerhaven

Vom 13. bis 15. Oktober 1983 werden die Zufahrten zum Hafen in Bremerhaven von mehreren tausend Menschen blockiert. Die Aktion der norddeutschen Friedensbewegung ist eine der, wenn nicht die größte zivilen Ungehorsams gegen die damals beabsichtigte Stationierung von Pershing II-Raketen und Cruise Missiles. Der Bremerhavener Kulturwissenschaftler Burkhard Hergesell hat nun ein Buch über dieses Ereignis verfasst, eine, wie er es nennt, »stadtgeschichtliche Mikrostudie«.

Er gliedert sein Buch in drei Abschnitte. Nach einer kurzen Einleitung zur heutigen Wiederkehr von Protest weltweit und zur damaligen globalen politischen Situation und Konfrontation, wird im ersten »die Friedensbewegung« und ihre Vorbereitung des Wochenendes geschildert. Im zweiten Kapitel erzählt Hergesell die dreitägige Hafenblockade detailliert nach und im letzten geht er auf Protest- und Kommunikationsformen der Friedensbewegung ein. Als Quellen stützt sich Hergesell sehr auf ZeitzeugInnen, diese werden namentlich benannt und leben vermutlich bis heute in Bremerhaven. Zweitens hatte er Zugang zum Archiv der Ortspolizeibehörde Bremerhaven.

Im Herbst 1982 demonstrieren in Bonn 400.000 Menschen gegen Aufrüstung, im März 1983 ziehen die Grünen erstmals in den Bundestag ein. Angesichts der für Herbst 1983 geplanten Stationierung weiterer Raketen stand die bunte und breite Friedensbewegung vor einem strategischen Dilemma. Sollte sie durch bürgernahe Aktionen weitere MitstreiterInnen gewinnen und so die Gegenseite durch die pure Zahl überzeugen (dieser Ansicht war nach Hergesell die Mehrheit), oder sollte sie durch direkte Aktionen in den Alltag und den Militärbetrieb eingreifen und diese dadurch be- und verhindern? Auf den Aktionskonferenzen der verschiedenen vertikalen Ebenen werden diese Fragen diskutiert und es ist klar, dass verschiedene Strömungen und Organisationen dazu unterschiedliche Haltungen einnehmen. In Bremerhaven sind damals nach Auffassung der Friedensbewegung 40 Prozent des Güterumschlages, die im Hafen stattfinden, militärischer Natur. Die Stadt ist darüber hinaus stark von der Kaserne und der Anwesenheit der amerikanischen Truppen geprägt, im Positiven wie im Negativen. Nach Ansicht vieler AktivistInnen ist sie ein lohnendes Ziel, es wird eine spektrenübergreifende Aktion (Blockaden und Abschlussdemonstration mit anschließender symbolischer Umzingelung der Carl-Schurz-Kaserne) verabredet. Im Vorfeld finden, ähnlich wie heute bei »Castor Schottern«, Trainingscamps für die Blockaden statt.

Am 13.10., dem Beginn der Aktionstage, hat die Polizei alles abgesperrt, sie ist mit 6.000 BeamtInnen im Einsatz – und bringt schon alleine deswegen den LKW-Verkehr zum Erliegen. Die Hafenarbeiter werden teilweise mit Schiffen zu ihren Arbeitsplätzen gebracht, insgesamt ist der Hafenbetrieb aber beeinträchtigt. Die Polizei räumt unter Einsatz von Knüppeln temporär einzelne Blockadepunkte. Nach der Abschlusskundgebung am Samstag bilden sich zwei Demonstrationszüge, die geplante Umzingelung gelingt nur schlecht und einer der Demonstrationszüge wird zu einem polizeilichen Wanderkessel umfunktioniert. Es kommt auch zu einem Wasserwerfereinsatz.

Das im Verkauf sehr preiswerte Buch ist unter prekären Bedingungen entstanden und ist nur dank der Spenden vieler Sponsoren finanzierbar gewesen, es verdient alleine deswegen schon Respekt. Trotzdem kann über seine Mängel nicht hinweggesehen werden: Zum einen werden die internen Kommunikationsprozesse der Friedensbewegung zu wenig beleuchtet, obwohl es dazu massenhaft gedruckte Quellen gibt. So taucht zum Beispiel der für Norddeutschland damals eminent wichtige Kommunistische Bund (KB), der sich um eine Scharnierposition zwischen militanten und gemäßigten Friedensbewegten bemühte, in dem Text nicht auf. Quellen zu den Autonomen, die ja zumindest in Bremen und Hamburg seinerzeit eine große Bedeutung gehabt haben, kommen nicht vor, vielmehr werden diese – wie damals – als hirnlose Politrocker diffamiert.

Zum anderen ist der Teil zu den Protestformen zumindest aus Sicht des Rezensenten eher albern. Sicher ist es nett, Fahnen, Graffiti, Kleidung und Reden zu beschreiben. Was aber ist der Erkenntnisgewinn, wenn unter einem Foto mit einem Transparent dann als Bildunterschrift eben dieser Transparentspruch steht, oder unter einem Foto von DemonstrantInnen zu lesen ist »Man trägt Schals und Regenjacken«, während gleichzeitig unkommentiert bleibt, dass auf einem anderen Foto Rudolf Bahro zu erkennen ist, wie er von der Polizei weggetragen wird (S. 68). Nicht zuletzt ist der Umgang mit den Zeitzeugen zu unkritisch. Ihre aufgrund ihrer heutigen Kenntnisse und Prägungen vorgenommenen Erzählungen und Deutungen werden nicht hinterfragt. Ob mit dem Buch wirklich eine stadtgeschichtliche Mikrostudie vorliegt, das muss der Leser und die Leserin selbst entscheiden. Die Friedensbewegung hatte jedenfalls mit den Herbstaktionen ihren Höhepunkt erreicht und zerfiel danach innerhalb kürzester Zeit mehr oder minder.●

Bernd Hüttner

Burkhard Hergesell: »Petting statt Pershing«. Die Hafenblockade der Friedensbewegung in Bremerhaven 1983, 160 S., 12,90 EUR, Hauschild Verlag, Bremen 2012

Selbsthilfe in Bremen in der Nachkriegszeit

Im Zweiten Weltkrieg waren auch in Bremen viele Wohngebiete nicht vom Krieg verschont geblieben. Bombardements aus der Luft, insbesondere Flächenangriffe im August 1944, machten viele Bewohner, deren Häuser in der Nähe der Hafen- und Industrieanlagen gelegen sind, zu Obdach- und Wohnungslosen. Die meisten hausten in den Kellern der ausgebombten Häuser oder errichteten provisorische Notunterkünfte. Für Tausende wurden die Gartenlauben in den Parzellengebieten zum Zufluchtsort. Im August 1945 verkündete der damalige Bürgermeister daher den nach ihm benannten »Kaisen-Erlass«; die Bewohner in den Kleingärten erhielten die Genehmigung, in Eigeninitiative neue Lauben-Notwohnungen zu bauen oder die vorhandenen zu vergrößern.

In der Folgezeit entwickelte sich in den Parzellen eine besondere Bau- und Wohnkultur, die von der Sozialhistorikerin Kirsten Tiedemann in dem gut recherchierten und anschaulich bebilderten Berichtsband beschrieben wird. Das Besondere der aus der Not geschaffenen Bauten war ihr Raumprogramm, das sich den familiären Bedürfnissen der Bewohner anpasste. Als Baumaterial dienten Ziegel aus ausgebrannten Häusern, Bauholz, Kalk und Heraklitplatten aus dem Trümmerschutt. Gestalterisch waren die Gebäude in die umgebende Nutzgartenlandschaft eingebunden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit entstand auf diese Weise aus den Notunterkünften in den Parzellen eine eigenwillige Siedlungsstruktur, die durch enge nachbarschaftliche Bezüge und den kollektiven Wunsch geprägt war, das Leben unter den ursprünglichen Bedingungen eines »Provisorium« beizubehalten und zu normalisieren.

Diese Entwicklung auf der Basis von Selbstorganisation und sozialem Eigensinn der Bewohner rief die behördliche Bauaufsicht auf den Plan, die den »Kaisen-Erlass« 1949 annullierte. In der Folgezeit und bis in die 1970er Jahre bekämpften sich Parzellenbewohner und städtische Behörden – ohne durchschlagenden Erfolg letzterer. Erst nach langen Auseinandersetzungen und schrittweisen Änderungen der demografischen Struktur kam es zu einer Entscheidung auf Seiten der Politik: Einem eng umschriebenen Kreis von Bewohnern räumte die Behörde ein Bleiberecht auf Lebenszeit ein, während allen übrigen das dauerhafte Wohnrecht »auf Parzelle« versagt wurde.

Der Band des Bremer Zentrums für Baukultur erinnert an ein gelungenes Beispiel des »informellen Bauens«, das in der Zwischenzeit allerdings einer rechtspositivistischen Verwaltungsbürokratie und der städtebaulichen Verkommenheit von Kommunalpolitikern zum Opfer gefallen ist. Was in den Notzeiten der Zerstörung durch den Krieg als Lösung entwickelt und neu geschaffen worden ist, wurde in Jahren der Friedenszeit nach dem Krieg ohne Not zerstört.●

Rudolph Bauer

Kirsten Tiedemann: Bremens Kaisenhäuser – Mehr als ein Dach über dem Kopf; Bremen: Verlag Bremer Tageszeitungen AG 2012. 135 S., 16,90 EUR (Bremer Zentrum für Baukultur, Schriftenreihe Band 16)

Grenzfall

Es tut sich einiges im Westen und Osten Deutschlands nachdem es die innerdeutsche Grenze nicht mehr gibt. Asylsuchende kommen aus verschiedenen Ländern, inner- und außerhalb Europas. Resultat: Schikane, Diskriminierung, Brandanschläge und andere rassistische Demütigungen nehmen zu! Der aktuelle Krimi von Merle Kröger thematisiert diese Flüchtlingsbewegungen. Er basiert auf Tatsachen, die sich im Frühjahr und Sommer 1992 zugetragen haben.

Im ersten Teil – knapp einem Viertel des Buches – stellt die Autorin ihre Protagonisten vor. Der Ausgangsfall: In einem Kornfeld in Mecklenburg-Vorpommern werden zwei Männer aus Rumänien von alkoholisierten, unachtsamen Jägern erschossen. Eine Flüchtlingsgruppe wollte mit Hilfe polnischer Schlepper die EU-Außengrenze passieren. Erst Jahre später kommt es zum Prozess, der mit einem Freispruch für die Täter endet.

Im zweiten Romanteil – 20 Jahre später – nimmt die Autorin das Geschehene wieder auf und beschreibt als Fiktion die Bemühungen der Protagonistin Mattie, den »Grenzfall« und deren Hintergründe aufzuklären. Einer der Getöteten hatte all die Jahre Tagebuch geführt, was jetzt bei der Aufklärung hilft. Nadina, die Tochter des anderen Toten, wird von Mattie und ihren Freunden in Rumänien aufgesucht, um gemeinsam mit Rechtsanwälten und Journalisten aus Berlin eine Wiederaufnahme des Falles vor Gericht zu erreichen.

Die Ereignisse überschlagen sich. Pausenlose Fahrten durch Europa wechseln sich ab mit verschiedenen Ortsterminen in Deutschland. Können die Leser also darauf hoffen, dass ein komplizierter Fall nach 20 Jahren endlich zügig aufgeklärt wird? Nein, nicht ganz, denn hier agiert kein Kommissar mit einer umfangreichen Soko, sondern Einzelpersonen, die gemeinsam und im Alleingang schier rastlos Fakten sammeln.

Der Roman ist mehr ein Politthriller, der uns vielfältige Situationen in wechselnden sozialen Bereichen, Widersprüche im gemeinsamen Europa, Ungerechtigkeiten und erschreckende Aktualitäten vor Augen führt. Spannend zu lesen sind die persönlichen Charaktere der »Ermittler«, deren Antrieb und deren Beziehungsprobleme.

Hoffentlich halten sie durch, Zivilcourage ist vorhanden, aber das Ziel ist noch nicht erreicht. Hoffentlich scheitern die Privatermittler nicht an ihren jeweiligen Unzulänglichkeiten, das wäre fatal. Als Leser fiebert man mit, ob einzelne Situationen und damit verbundene Vorhaben auch den gewünschten Erfolg bringen.

Ärger und auch Wut verdichten sich beim Lesen, denkt man an das gemeinsame Europa, das irgendwie nicht so richtig zu funktionieren scheint. Seit fast 70 Jahren gab es in Westeuropa keinen größeren Krieg, das ist ja schon eine Menge, aber wie sieht es mit »Demokratie und Wohlstand für alle« aus? Lücken, die zwischen Wissen und Wegschauen entstehen, scheinen immer größer zu werden – schönes Europa, das hat man sich eigentlich anders vorgestellt!

Die Problematik der Sinti und Roma ist momentan ja immer wieder in allen Nachrichten. Die Autorin beschreibt den Fall so tempo- und vor allen Dingen so facettenreich, einfach prima – bitte mehr davon!●

Jochen Wiegand

Merle Kröger: Grenzfall. Ariadne Krimi, Argument Verlag 2012, 347 Seiten, 11 EUR

Sonnenaufgang im Wasserglas

Schon mal eine Piratin geküsst? Nein? Michael Benaglio hat. Und wie. In seinen Kurzgeschichten verlieren sich die Gefühle ebenso wie Realitäten. Da glaubt man sich an einem Platz, der so herrlich urlaubsvertraut scheint, und schon ist der Leser, natürlich auch die Leserin, im Irgendwo jenseits der Mauern des Greifbaren. Die ins Phantastische hinüberwechselnde Verträumtheit mischt sich letztlich aber wieder mit politischer Alltäglichkeit. Benaglio wird mitunter recht grob, wenn es gegen den neoliberalen Anstrich unserer Gesellschaft geht. Zu recht. Aber sein Engagement bleibt nicht in irgendwelchen Formalitäten stecken. Es ist eine wahre und auch wieder nicht ganz so wahre Welt der Fantasie, die sich beim Lesen auftut. Ein Meer an Sehnsucht und Abgeklärtheit. Absolut empfehlenswert zum Reintauchen.●

Eduard Gugenberger

Michael Benaglio: Sonnenaufgang im Wasserglas. Phantastische Erzählungen. Verlag sonneundmond, Wien 2013, 15 EUR
Direkt zu beziehen bei: info@sonneundmond.at

Anzeige

VERKAUF

Bremen: Bio-Gastronomie mit Catering, Kunst und Kultur in historischem Ambiente zu verkaufen. Pachtfrei!
Kontakt: info@mundart-bremen.de

PROJEKTE

Kommune Uthlede: politische Kommune auf dem Land (20 Min. bis Bremen) sucht neue MitkommunardInnen. Wir wollen mehr werden! Einige Arbeitsbereiche gibt's schon, einige sind noch im Aufbau – auf jeden Fall gibt's viel Raum für eure eigenen Ideen! Auch Kleingruppen sind willkommen.
Infos unter:
☎0 42 96) 74 82 25 oder
info@kommune-uthlede.org
Und 2013 gibt's auch wieder ein »Los geht's«: www.losgehts.eu

Öko-Hausprojekt in Berlin-Lichtenberg sucht drei neue MitbewohnerInnen! Willst du eineR davon sein?
kontakt@woennich.de

Hausprojekt in Leipzig-Lindenau sucht Menschen! Es gibt Gruppendynamik, Selbstverwaltung, nicht-kommerzielle Räume und linksradikale feministische Ansprüche. Flt*/nicht-männlich bevorzugt. Meld dich!
casablanca@riseup.net

Hallo, gibt es in Saarland/Rheinl.-Pfalz, Menschen mit Interesse an gemeinschaftlichem Leben u. Arbeiten? Vera, 52 J. Handwerkerin (Maler), Künstlerin, offen für vielseitige Arbeitsbereiche (Hauswirtsch. Kinder, Senioren, Tiere, Gartenb...) Freue mich über jede Antwort!
VeraKa@web.de

Menschen gesucht, die die Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft wollen. Neue Gruppe in Gemeinschaftsprojekt Wukania bei Berlin. Solidarisch, nichtkommerziell, öko, politisch aktiv, gem. ökonomie, DIY. Baustelle. Platz für deine Ideen: werkstätten, politarbeit, kollektivbetriebe, garten, teilw. selbstversorgung...
☎(01 51) 15 40 52 59
betti@wukania.net

Suche Wohnmögl. f. künstl. Arbeiten, z.B. auf kleiner Hofstelle, mit Bäumen u. Natur i.d. Nähe, u. Anbind. an öffentl. Verkehr u. Bahn. (Pfalz – Saarl. – Sachsen-Anh. – BB – NRW)
Chiffre 2013-3

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

Graswurzelrevolution Nr. 376, Feb.: Zapatismus; Krieg in Mali; Mit Ernie und Bert für die Anarchie; Anarchismus?; Der Fall Oury Jalloh; Anti-Atom; Antimil; Antirassissmus; Antifa; u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.; verlängert sich ohne Kündigung zum Abo, Kündigung jederzeit möglich) bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -35**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Ja, ich bestelle von der Broschüre zur XVIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2013
zum Preis von 3,60 € (zzgl. 1,50 € Versandkosten, ab einer Bestellung von 10 Broschüren entfallen die Versandkosten)
Exemplare
Gesamtsumme: Euro
Frau Herr
Name Contraste
Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon E-Mail
Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von meinem Konto abzubuchen:
Kontonummer
Geldinstitut
Bankleitzahl
Datum/Unterschrift
Coupon einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :

06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de und Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz,** Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt,** Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG
E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 26.-28.04.2013
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

Los Geht's
Im 2-Jahres-Rhythmus veranstaltet das »Kommuja-Netzwerk«, der Zusammenschluss der politischen Kommunen, das »Los geht's«.

Hauptanliegen des »Los geht's« ist es, die Gründung weiterer Kommunen zu unterstützen. So wird gründungsinteressierten Personen und Gruppen eine Plattform geboten, in ihren Gründungsprozessen weiter zu kommen und sich mit anderen Gruppen zu vernetzen. Viele Gruppen aus dem Kommuja-Netzwerk werden mit ihrem Know How zur Verfügung stehen.

Die gastgebende Gruppe in diesem Jahr ist die »Quecke«. Bei der »Quecke« handelt es sich um ein queerfeministisches Projekt 60 km nordöstlich von Berlin gelegen. Ein traumhaftes Gelände, mehrere Häuser, ein großer Garten – schaut selbst: www.quecke.net.

Auch über die Vision des gemeinsamen Miteinanders in der Quecke und den Zielen eines queerfeministischen Projekts könnt Ihr Euch dort informieren.

Das »Los geht's« bietet logistisch und organisatorisch Platz für 250 Menschen. Erfahrungsgemäß ist das Interesse größer. Darum bitten wir um frühzeitige und verbindliche Anmeldung unter:
www.losgehts.eu/?page_id=482
Termin: 17.-21.5.2013
»Los geht's« bedeutet: Utopien spinnen, in der Praxis vorankommen, ein langes Wochenende mit politischen Diskussionen, Workshops, Methoden- und Praxiserfahrungen, Spielen, Lagerfeuer, Musik, Spaß und Vernetzung:
www.losgehts.eu

Selbstverwaltete Projekte stellen sich vor
Nicht erst angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wächst das Interesse an Alternativen zum herkömmlichen marktwirtschaftlichen System. Mindestens seit die kapitalistische Wirtschaft besteht, gibt es Menschen, die andere Wünsche und Vorstellungen haben und alternative selbstverwaltete Konzepte entwickeln. Wir haben Projekte aus der Schweiz, Deutschland, Italien und Österreich eingeladen zum Seminar.

Wir werden nach einer kurzen historischen und aktuellen Einführung in Gruppen und Themenblöcken oder auch im Plenum Erfahrungen über Erfolge und Enttäuschungen austauschen und uns gegenseitig Mut machen, in guten wie in schlechten Zeiten an unseren Ideen zu arbeiten und sie praktisch zu leben. Denn: WER KEINEN MUT ZUM TRÄUMEN HAT, HAT KEINE KRAFT ZU KÄMPFEN!

Eingeladen sind alle, die sich interessieren, austauschen und vielleicht auch vernetzen wollen. Außer den ProjektlerInnen sind auch Menschen, die an kollektivem Leben und Arbeiten Interesse haben oder ein neues Projekt in Planung haben und andere Interessierte herzlich eingeladen. Vorkenntnisse sind keine erforderlich. Selbstverwaltete Projekte sind für uns Projekte, in denen sich Menschen zusammen finden, die die Lösung der Probleme, die in ihrem Projekt oder Betrieb entstehen, selbst in die Hand nehmen. Das heißt nicht Individuell, sondern als kollektiver, politischer und sozialökonomischer (Lern-)Prozess einer überschaubaren Menge von Menschen. Selbstverwaltet können neben Projekten und Betrieben auch Wohn-, Lebens-, Bildungs-, Konsum-, Erwerbslosen- oder Ausbildungsprojekte sein.

KOMMUNEN
Selbstverwaltet leben und arbeiten auch Kommunen als freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen, die auf Grundlage gemeinsamer Überzeugungen ihr Zusammenleben radikaldemokratisch organisieren. D.h., alle Menschen haben die gleichen Rechte und Pflichten, das betrifft sowohl das gemeinsame Selbstverwaltete Leben und Arbeiten als auch die gemeinsame Arbeitsgestaltung und politische Aktionen.

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE
ist ein Begriff für vielfältige Formen der alternativen Wirtschaft. Auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe schließen sich Menschen zusammen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Das Prinzip Solidarität sehen sie im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistisch organisierten Marktwirtschaften.

Vielleicht gelingt es uns, unsere Anschauungen in »weite Kreise zu tragen, wo sie sich fruchtbar auswirken können«.
Vorbereitungsteam:
Gisela Notz, Berlin, Frauenwohnprojekt
Astrid Wolf, Kommune Niederkaufungen
Silvie Kiefer, Salecina-Team
Termin: 3.-6.10.2013
Information & Anmeldung:
www.salecina.ch

GARTENBAU

»Pflanz dir die Welt, so bunt sie dir gefällt...!«
Lust auf eigenes frisches Gemüse? Bio soll es sein? Mehr Bewegung an der frischen Luft? Ein Garten hinterm Haus? Oder nur ein Balkon? Aber wie fängt man am besten an?

In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit dem Anfang eines eigenen Bio-Gartens. Ob nun Balkon, Hausgarten oder Baumscheibe in der Stadt, die Grundlagen sind für alle GartenanfängerInnen wichtig zu wissen. So wird das Wochenende im Zeichen des praktischen Übens und Ausprobierens von gärtnerischem Wissen und Techniken stehen. Unter fachkundiger Anleitung wird gesät, pikiert, getopft und gepflanzt. Es wird um den Boden und dessen Bearbeitung gehen, um Düngung und Bewässerung. Auch Kenntnisse über Wildkräuter und deren Zubereitung werden vermittelt. Am Ende sollte jede/r TeilnehmerIn ein kleines gärtnerisches Grundwissen mit nach Hause nehmen, das den Anfang erleichtern soll. Weitere Fragen können dann im Folgeseminar im August beantwortet werden.
Termin: 12.-14.04.2013
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

Frühlings-Workcamps in 2 emanzipatorischen Gartenprojekten, 18.-20.3.2013 bei Döbeln, 24.-29.3. in Verden
http://allmende.de.vu/

STUTTGART OPEN FAIR

Open-Air-WeltSTATTMarkt am 23.3.2013 auf dem Stuttgarter Schlossplatz: Straßen-Aktionen, Straßentheater, Spiele, Themenzelte, Infostände, Ausstellungen etc...
Info:
www.stuttgartopenfair.de

JAHRESTAGUNG

Gewaltfrei im Schatten von Gewalt
Wir möchten uns auf unserer Jahrestagung anhand von drei sehr unterschiedlichen Ländern (Belarus, Syrien und Ägypten) mit der Frage beschäftigen, wie AktivistInnen mit politischer Repression und mit der eigenen Gefährdung umgehen, welche Strategien sie entwickelt haben und welche Rolle internationale PartnerInnen in Unterstützung und Schutz spielen können.

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) hat in den vergangenen Jahren im Rahmen seiner internationalen Arbeit u.a. eng mit AktivistInnen in Belarus zusammengearbeitet, einen Kriegsdienstverweigerer aus Ägypten unterstützt und eine Vertreterin in den Beirat der Initiative »Adopt a revolution« entsendet, die den zivilen Widerstand in Syrien zu unterstützen sucht.

Als Mitglied von »Nonviolent Peaceforce« hat der BSV darüber hinaus Erfahrungen in zivilen Schutzmaßnahmen in Krisengebieten des globalen Südens gesammelt. Diese Erfahrungen spiegeln sich in dem Programm und wir hoffen, einige unserer PartnerInnen auf der Tagung als ReferentInnen begrüßen zu können.
Termin: 22.-24.3.2013, Würzburg
Info: www.soziale-verteidigung.de

SEMINARREIHE

Eine Woche intensiv
– Theorie der Herrschaftsfreiheit
Wie kann eine herrschaftsfreie Welt aussehen? Diese Frage beschäftigt PhilosophInnen, manch zukunftsorientierte PolitikerInnen oder AktivistInnen, Roman- und Sachbuchschreiberlinge. Doch ein kritischer Blick zeigt meist: Zukunftsdebatten sind eher ein Abklatsch heutiger Bedingungen mit netteren Menschen in der Führung. »Freie Menschen in freien Vereinbarungen« ist radikal anders: Mit scharfem, analytischen Blick werden die Bedingungen seziert, unter denen Herrschaft entsteht, wie sie wirkt und was sich wie ändern muss, damit Menschen aus ihrem Streben nach einem besseren Leben (Eigennutz) sich nicht nur selbst entfalten, sondern genau dafür die Selbstentfaltung aller Anderen brauchen und deshalb mit herbeiführen. Der Anspruch an das Seminar ist nicht weniger als der Versuch, eine Theorie der Herrschaftsfreiheit darzustellen, zu diskutieren und, wo nötig und möglich, weiterzuentwickeln. Die Länge des Seminars ermöglicht es, alle Formen der Herrschaft und ihrer Wirkung zu klären und die Aspekte einer herrschaftsfreien Welt zusammenzutragen.
Termin: 30.3.-6.4.2013 in Berlin
Ort: Kubiz, Bernkasteler Str. 78
Informationen und Anmeldung unter
www.projektwerkstatt.de/termine

Gentechnik
Risiken und Nebenwirkungen, emanzipatorische Kritik und Aktionen
Ein Seminar für alle, die ihre Kritik inhaltlich schärfen wollen: Was ist Gentechnik eigentlich, wie funktioniert und was bewirkt sie? Wo bestehen die Gefahren? Dabei wird klar, dass verschiedene Begründungen gegen die Gentechnik existieren – von Umweltschutz über Gesundheitsgefahren bis zur Herrschaftsförmigkeit dieser Technik. Aber auch von rechten Gruppen wird Gentechnik kritisiert. Viele kritisieren die Gentechnik prinzipiell. Andere prangern vor allem ihre konkreten Ausformungen und die Bedingungen, unter denen sie entwickelt wird, an. Im Seminar sollen die verschiedenen Standpunkte geklärt und diskutiert werden. Einblicke in die Gesetzeslage, Tipps zu Infoquellen (welche Felder sind wo?) und Aktionsideen runden das Wochenende ab.
Termin: 26.-28.4.2013
Ort: Projektwerkstatt Saasen
Informationen und Anmeldung unter
www.projektwerkstatt.de/termine

Den Kopf entlasten
– von vereinfachten Welterklärungen bis zu rechter Ökologie
Monsanto ist schuld. Nein, die Bilderberger. Quatsch, das Finanzkapital macht alles kaputt. Die Überbevölkerung bedroht unseren Planeten. Gentechnik ist Frankenstein. Gegen Schächte – auch mit Nazis. So oder ähnlich klingen viele politische Forderungen. Was sie gemeinsam haben: Sie blenden Machtebenen aus, verkürzen komplexe Herrschaftsanalysen und spielen mit den Mitteln des Populismus. Das Seminar soll für skeptisches und genauses Denken werben – mit drei Schwerpunkten:
1. die Merkmale von einfachen Welterklärungen und rechten Denkmustern zu klären,
2. konkrete Beispiele (gern auch auf Wunsch von Teilnehmenden) zu hinterfragen,
3. wie kann mensch sich vor vereinfachtem Denken schützen und solche »Theorien« entlarven?
Termin: 3.-5.5.2013
Ort: Projektwerkstatt Saasen
Informationen und Anmeldung unter
www.projektwerkstatt.de/termine

Sich einmischen
Akten und Pläne studieren, mitreden und protestieren vor Ort
Kreative Widerständigkeit ist gut. Meist ist es nicht klug, sich ständig mit den Herrschenden und Privilegierten zu verbinden, um kleine Vorteile zu ergattern, aber damit das Ganze selbst zu unterstützen. Doch unabhängiger Protest bedeutet nicht, zu den Strukturen des herrschenden Systems ohnmächtigen Abstand zu halten. Ganz im Gegenteil: In den Kochtöpfen der Macht herum zu rühren, genau hinzugucken, Interessen zu demaskieren, Vorhaben frühzeitig und genau zu kennen, verbessert die Handlungsmöglichkeiten. Darum soll es gehen: Die vorhandenen Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten im Rahmen des bestehenden Systems kennen zu lernen, um sie – neben der direkten Aktion – optimal nutzen zu können, z.B. Akteneinsichtsrecht, Beteiligung und Klagen bei Planungen und Behördenentscheidungen, Bürgerbegehren und -entscheide herbeiführen usw.
Termin: 24.-26.5.2013
Ort: Projektwerkstatt Saasen
Informationen und Anmeldung unter
www.projektwerkstatt.de/termine

JUNGE LINKE

»I don't like the drugs but the drugs like me« (M. Manson)
Was sind Drogen und was machen sie mit dem Bewusstsein der Menschen, die sie konsumieren? Warum verbietet der Staat bestimmte Substanzen als Betäubungsmittel und erlaubt andere als Genussmittel? Was hat es mit der viel diskutierten Sucht auf sich? Warum teilen selbst viele Linke das Ressentiment gegen Drogen und ihre KonsumentInnen, und worin hat es seinen Grund?
Termin: 11.3.2013, 20 Uhr
Ort: UJZ Korn, Kornstraße 28-30, Hannover

»Na dir werd ich helfen!«
Zur Kritik an der Sozialen Arbeit
Nachdem das staatlich organisierte Gegeneinander nicht wenigen Menschen ein recht miserables Leben beschert, spendiert der Staat einigen von ihnen Hilfe: Mit viel praktischen Methoden der Manipulation ausgestattet, machen sich dann SozialarbeiterInnen daran, den Gescheiterten mal ordentlich zur »Selbsthilfe« zu helfen. Sie kommen dann nicht selten besonders alternativ und kritisch daher und verteilen Ratschläge an Leute, die diese gar nicht bestellt haben.

Wir wollen mit euch die Vorgehensweise, Denkfiguren und Methoden der Sozialen Arbeit diskutieren und genauer beleuchten, welche Zumutungen die Soziale Arbeit für die als hilfsbedürftig Definierten bereit hält.
Termin: 2.4.2013, 19 Uhr
Ort: Erreichbar, Reichenberger Str. 63a, Berlin

Gesundheit
Wie die kapitalistische Wirtschaftsweise den Menschen auf den Körper schlägt (Rückenleiden) und auf die Nerven geht (Burn out). Wie der Staat sich dazu verhält mit Gesundheitsversorgung, Prävention und Gesundheitsforschung. Wie die Menschen bemüht sind, ihre im Alltag geschädigten Körper und Geister mit Physiotherapie oder im Saunaparadies wieder herzustellen. Was gilt als gesund? These: Den Kapitalismus aushalten können und dienstbereit zu sein. Was gilt als krank? Den Kapitalismus zu kritisieren – das soll auf dieser Veranstaltung gemacht werden.
Termin: 7.5.2013, 19 Uhr
Ort: Erreichbar, w.o.
Info: www.junge-linke.org

BERLIN

Anne Seeck:
Ohne Angst verschieden sein – Freiräume und Eigensinn in der DDR
Vorstellung einer Neuerscheinung
Das Buch analysiert Dissidenz in der DDR, beginnend mit den Protesten gegen den Einmarsch in Prag 1968, über die Punkbewegung in den 1980er Jahren bis hin zu rebellischen Aktivitäten von Betriebsbelegschaften im Herbst 1989. Der Band entwirft einen Spannungsbogen der DDR-Realität, der der heutigen Linken weitgehend unbekannt ist. Dieser reicht vom DDR-Punk als »großartigem Experimentierfeld« bis zur Biografien zerstörenden Stasi-Methode der Zersetzung, vom »anders sein« als Abwehr DDR-spezifischen Stumpfsinns industriegesellschaftlicher Arbeit bis zu kaum bekannten Migrationserfahrungen.

»Die Linke hat so gut wie nichts zur Aufarbeitung der DDR beigetragen. Sie reagiert nur mit Abwehr auf den Vergleich 'der zwei deutschen Diktaturen'. Es ist mir ein inneres Bedürfnis, mit Geschichtsmythen, mit denen auch ich in der Linken konfrontiert bin, aufzuräumen.«
Termin: 29.3.2013, 19 Uhr
Ort: Bibliothek der Freien,
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

STIFTUNG MITARBEIT

»Alle im Boot?!
Schwer erreichbare Zielgruppen in Bürgerbeteiligungsprozesse einbeziehen«
Im Mittelpunkt des Seminars steht die Frage, wie es gelingen kann, diejenigen Menschen in Partizipationsprozesse einzubeziehen, denen Beteiligung nicht »nahe liegt« und die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren. Wie können wir z.B. MigrantInnen, benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren? Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden?

Die Veranstaltung ist stark praxisorientiert und richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.
Termin: 12.-13.4.2013, Hannover
Information & Anmeldung:
www.mitarbeit.de/
alle_im_boot_2013.html

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.